

# Das Parlament

Berlin, 17. Oktober 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 42 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Unglaublicher Mut

**Wladimir Kara-Mursa** Der russische Oppositionspolitiker und Journalist ist mit dem Vaclav-Havel-Preis des Europarats ausgezeichnet worden.



Es erfordere ungläublichen Mut, sich im heutigen Russland gegen die Obrigkeit zu stellen, sagte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Tiny Kox, vergangene Woche in Straßburg. Kara-Mursa gilt als prominenter Kritiker von Kremlchef Wladimir Putin. Zweimal hat er rätselhafte Vergiftungen nur knapp überlebt. Er ist wegen „Hochverrats“ angeklagt und sitzt seit einigen Monaten im Gefängnis. Ihm drohen bis zu 20 Jahre Haft. Seine Frau nahm den Menschenrechtspreis entgegen. Sie las ein Statement von ihm vor, wonach er den Gewinn all jenen widme, die sich in Russland gegen den Ukraine-Krieg auflehnen. *ah/dpa*

**ZAHL DER WOCHE**

99

**Abgeordnete** der Parlamentarischen Versammlung des Europarates haben die russischen „Referenden“ in vier ukrainischen Gebieten als „Farce“ und „null und nichtig“ in einer Resolution zurückgewiesen. Es gab eine Enthaltung und keine Gegenstimmen.

**ZITAT DER WOCHE**

»Das ist mehr als ein Verbrechen. Das ist ein Fehler.«

**Olexij Resnikow** Ukraines Verteidigungsminister beantwortet den russischen Raketenbeschuss auf sein Land mit dem geflügelten Wort des französischen Diplomaten Talleyrand (siehe Seite 11).

**IN DIESER WOCHE**

**INNENPOLITIK**  
**Arbeitsmarkt** Debatte um die Sicherung von Fachkräften in Deutschland **Seite 4**

**INNENPOLITIK**  
**Familien** Bundesregierung will die Qualität der Kita-Betreuung verbessern **Seite 5**

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Bauen** Koalition will Wohngeld ausweiten und Heizkostenzuschuss erhöhen **Seite 7**

**EUROPA UND DIE WELT**  
**EU** Deutsches Entlastungspaket sorgt bei einigen Nachbarn für Unmut **Seite 10**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Gereizte Stimmung

**BÜRGERGELD** Koalition und Opposition liefern sich hitzige Wortgefechte um die Sozialreform

**H**artz IV erhitzt die Gemüter, seit es diese Grundsicherung gibt. Und offensichtlich hat das Bürgergeld ähnliches Erregungspotenzial. Als am vergangenen Donnerstag unter der Reichstagskuppel erstmals der Gesetzentwurf der Bundesregierung für die Einführung des Bürgergeldes (Details auf Seite 2 und 3) beraten wurde, sah sich Bärbel Bas (SPD) als Bundestagspräsidentin und Sitzungsleiterin veranlasst, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Eigentlich sprach gerade Kai Whittaker für die Union und zerpfückte das Vorhaben der Ampel, als es Andreas Audretsch in den Reihen der Grünen nicht mehr auf dem Sitz hielt. Er durfte eine Zwischenfrage stellen, die aber keine Frage, sondern eher eine Anklage in Richtung Union war: „Sie verbreiten Lügen, Sie verbreiten Hetze mit Begriffen wie Sozialtourismus und biedernd sich rechts bei der AfD an.“ Audretsch ging es dabei um die Sanktionen und die Behauptung, das Bürgergeld sei in bedingungsloses Grundeinkommen. Nach der Erwidern des CDU-Abgeordneten appellierte Bas an alle: „Wir sollten darauf achten, uns nicht gegenseitig Hetze vorzuwerfen. Draußen machen die Menschen gerade harte Zeiten durch und da spielt es eine große Rolle, wie wir hier miteinander diskutieren.“

Mit ihrem Bürgergeld-Gesetz (20/3878), nach Koalitionsaussagen die größte sozialpolitische Reform seit vielen Jahren, möchte die Ampel-Regierung „Hartz IV hinter sich lassen“. Geplant sind unter anderem eine „Kooperation auf Augenhöhe“ zwischen Arbeitssuchenden und Jobcenter-Mitarbeitern, die Einführung einer zweijährigen Karenzzeit, in der das Vermögen und die Angemessenheit der Wohnung nicht überprüft werden, die Stärkung von Weiterbildung durch finanzielle Anreize. Außerdem soll der Soziale Arbeitsmarkt verstetigt und Sanktionen deutlich abgemildert werden. Die monatlichen Regelleistungen werden um einen Inflationsausgleich deutlich angehoben.

**Streit um Fachkräftemangel** Für die Union, aber auch für die anderen Oppositionsfraktionen, sind diese Pläne allerdings vor allem ein Grund zur Aufregung. So kritisierte Kai Whittaker (CDU): „Wir haben kein Problem mit der Regelsatz-Erhöhung, sondern mit dem, was drum herum passiert. Es interessiert Sie gar nicht mehr, ob sich jemand ernsthaft um Arbeit bemüht!“ In Bezug auf die sechsmonatige „Vertrauenszeit“, die weitgehend ohne Sanktionen



Hubertus Heils (SPD) Ministerium hat Tempo gemacht bei der Reform der Grundsicherung. Im Januar soll das Bürgergeld kommen.

© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

auskommen soll, ergänzte er, je länger die Arbeitslosigkeit dauere, desto schwerer werde der Wiedereinstieg. „Sie wollen den Menschen helfen, schaden ihnen aber nur.“ Der Fachkräftemangel werde so nicht behoben.

Mit ihrer Kritik brachte die Union nicht nur die Grünen, sondern auch die FDP richtig auf die Palme. So erwiderte Jens Teutrine: Das bisherige Arbeitslosengeld II, an dem die Union so gerne festhalten wolle, habe ebenfalls keine Lösung für das Fachkräfteproblem gehabt. Er warf der Union vor, einerseits einen Inflationsausgleich bei den Regelsätzen zu unterstützen, dann wieder gegen höhere Regelsätze zu wettern. Außerdem stimme es schlicht nicht, dass es künftig keine Sanktionen mehr gebe. „Hören Sie auf, auf Grundlage falscher Fakten Stimmung zu machen! Das ist brandgefährlich“, empörte sich Teutrine. Ähnlich empört, wenn auch aus der anderen Richtung, äußerte sich Jessica Tatti (Die

Linke): Sie kritisierte, dass es eben keine echte Erhöhung der Regelsätze, sondern nur einen Inflationsausgleich gebe. Auch die Pläne für einen Sozialen Arbeitsmarkt und Weiterbildung seien „Verarsche auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen“, wenn gleichzeitig die Mittel dafür gestrichen würden.

**»Es interessiert Sie gar nicht, ob sich jemand ernsthaft um Arbeit bemüht!«**

Kai Whittaker (CDU)

Aus Sicht der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen sind sie das auch nicht. Aber Menschen in Not müssten unbürokratische Hilfe bekommen, das Bürgergeld erneuere das „Schutzversprechen des Sozialstaates“, entgegnete Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Zwei Drittel der

Langzeitarbeitslosen hätten keine abgeschlossene Berufsausbildung und das jetzige System habe sie nur hin und wieder in eine Maßnahme vermittelt. „Ausbildung statt Aushilfsjob – das ist der bessere Weg“, bekräftigte er.

**Individuelle Hilfen** Ähnlich argumentierte Beate Müller-Gemmeke (Grüne): Langzeitarbeitslose bräuchten neue Chancen und neue Perspektiven. „Dieser Perspektivwechsel ist uns besonders wichtig.“ Denn auf die unterschiedlichen individuellen Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit habe Hartz IV nur eine Antwort gekannt, nämlich „Aktivierung“. Bei verschiedenen Vermittlungshemmnissen helfe das aber nicht, erläuterte die Grüne. Dagmar Schmidt (SPD) verteidigte die Karenzzeit zu Beginn des Bürgergeld-Bezugs. Es sei gut, dass sich Menschen auf ihre Jobsuche konzentrieren könnten und sich nicht auch noch um ihre Wohnung sorgen müssten. Das Bürgergeld unterstütze die Menschen nicht mehr „von der Stange“, sondern individuell. „Es geht nicht mehr um schnelle Vermittlung in irgendeine Arbeit, sondern um nachhaltige Vermittlung in gute Arbeit.“

Claudia Heine

**EDITORIAL**

## Prinzip Hoffnung

VON CHRISTIAN ZENTNER

Bei allem Streit in der Debatte zum Bürgergeld: Gut, dass sie geführt wurde. Die Politik ist fest entschlossen, zu gestalten. Trotz aller Krisen und mit einem großen Wurf. Der zuständige Bundesminister, Hubertus Heil (SPD), nennt das Bürgergeld die „größte Sozialreform seit 20 Jahren“. Der Anspruch wäre vermessend, eine so angekündigte Reform ohne kritische Diskussion auf den Weg bringen zu können. Reformen wie diese sind keine Routine. Über den richtigen Weg in der Grundsicherung der Zukunft darf gestritten werden, es muss Kritik geben.

Seit der großen Arbeitsmarktreform der Agenda 2010 elektrisiert Hartz IV das Land und auch die Diskussion über das neue Bürgergeld wird ziemlich aufgeladen geführt. Es geht schlicht um sehr konträre Sichtweisen, wie sich Solidarität in der Gesellschaft mit Gerechtigkeit verbinden lässt. Und es geht um sehr unterschiedliche Sichtweisen darauf, ein würdevolles Leben auch ohne Arbeit zu garantieren und gleichzeitig allen Betroffenen möglichst schnell einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit zu verschaffen.

Bemerkenswert ist, dass im Bundestag in einem Punkt große Einigkeit herrscht: Es ist richtig, die Regelleistungen deutlich zu erhöhen. Und kaum in der Kritik steht auch der neue Ansatz, mit dem die Regelsätze nicht mehr der Inflation hinterherlaufen. Künftig werden sie nicht als Reaktion auf die Inflation im Nachhinein, sondern vorausschauend an die Teuerungsraten angepasst. Wer heute Hartz IV bezieht oder künftig das Bürgergeld, hat im Regelfall keine Reserven, die Inflation erst einmal vorzufinanzieren.

Emotional wird die Debatte vor allem in der Gerechtigkeitsfrage. Wie viel Mitwirkung darf die Gesellschaft von Mitbürgern verlangen, deren Lebensunterhalt sie übernimmt? Sanktionen heißt das Reizwort. Ganz nüchtern hat das Bundesverfassungsgericht 2019 entschieden, dass Sanktionen grundsätzlich zulässig sind, allerdings müssen diese begrenzt sein. Das neue Bürgergeld will auf Druck weitestgehend verzichten. Die Hoffnung dahinter ist, dass die Menschen sich ohne Druck stärker auf die Arbeitssuche konzentrieren und Langzeitarbeitslose ohne Berufsausbildung vor allem auch auf Qualifizierung. Diese Hoffnung teilt nicht jeder. Wenn sie aber nicht trügt, könnte sich dieses Vertrauen für die Gesellschaft auszahlen, als Beitrag zur Fachkräftesicherung.

## Koalition macht nun Tempo beim Bremsen

**ENERGIEPREISE** Erster Gesetzentwurf soll am Freitag verabschiedet werden. Ärger in der EU über deutsches Vorgehen

Nach langer Diskussion um Gasumlage und Co. drückt die Koalition bei der Umsetzung ihrer Entlastungspläne nun aufs Tempo. Bereits an diesem Freitag soll der Bundestag nach aktueller Tagesordnung ein Gesetz beschließen, das die Finanzierung von Gas- und Strompreisbremsen sowie von Unternehmenshilfen regeln soll. Dazu soll der auch in der Corona-Pandemie genutzte Wirtschaftsstabilisierungsfonds in diesem Jahr mit Krediten in Höhe von 200 Milliarden Euro ausgestattet werden, Gelder dürfen dann bis Mitte 2024 fließen. Für die Kreditaufnahme ist eine Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse erforderlich, über die ebenfalls am Freitag abgestimmt werden soll. Bei der ersten Lesung vergangene Woche (siehe Seite 6) wurde seitens der Opposition unter anderem kritisiert, dass noch gar nicht klar sei, wofür das Geld eigentlich genau ausgegeben werden soll.

Tatsächlich liegen zu den von der Bundesregierung avisierten Maßnahmen noch keine Detailvorschläge auf dem Tisch. In Sachen Gaspreisbremse hat vergangene Woche aber die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission einen ersten Aufschlag



Die Heizperiode startet, die Gasuhr läuft: Mit einer Preisbremse für Gas und Strom sollen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen entlastet werden.

© picture-alliance/dpa | Bernd Weißbrod

vorlegt. Die Fachleute schlagen eine zweistufige Entlastung vor. Zunächst soll der Staat im Dezember die Abschlagzahlungen für Gas- und Fernwärmekundinnen und -kunden übernehmen. Ab März 2023 bis mindestens April 2024 soll eine staatliche Preisgarantie von zwölf Cent pro Kilowattstunde für Gas beziehungsweise 9,5 Cent pro Kilowattstunde für Fernwärme gelten. Diese Preisgarantie greift aber nur für ein

bestimmte Menge, nämlich 80 Prozent des Verbrauchs, der der Abschlagzahlung im September 2023 zugrunde lag.

Über die Vorschläge der Kommission diskutierte der Bundestag vergangene Woche in einer Aktuellen Stunde (siehe Seite 6). Vertreter der Koalition kündigten an, die Vorschläge aufzunehmen, zu erweitern und verbessern zu wollen. Schnell erhoben auch Kritiker außerhalb des Parlaments ihre

Stimme. Der Eigentümerverband „Haus und Grund“ zweifelt an der Umsetzbarkeit der Erstattung im Dezember. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaft, Marcel Fratzscher, wiederum hält die Vorschläge für „unsozial“, würden davon doch vor allem Unternehmen und Menschen mit hohem Einkommen profitieren.

**Europäische Bremse** Diskussionsbedarf gibt es auch auf europäischer Ebene. Beim EU-Gipfel Ende der Woche wird das Thema Gaspreisbremse im Mittelpunkt stehen, eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht. Dass Deutschland nun mit viel Geld ansässige Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger unterstützen will, kommt in einigen Mitgliedsstaaten nicht gut an, auch weil Deutschland als Bremse für eine gesamt-europäische Lösung angesehen wird (siehe Seite 10).

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN?

Chance vertan

PRO



Margaret Heckel, freie Journalistin

Beim Bürgergeld gehe es um „einen Sozialstaat auf der Höhe der Zeit“ schreibt Bundesminister Hubertus Heil auf der ministeriumseigenen Webseite. Menschen, die in Not sind, sollten „verlässlich abgesichert werden“.

Reform mit Substanz

CONTRA



Eva Quadbeck, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Bürgergeld klingt gut – klingt nach einer Sozialleistung, bei der die Bürger vom Staat auf Augenhöhe behandelt werden.

Herr Strengmann-Kuhn, Sie beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit dem Thema Armut und fordern, dass soziale Sicherungssysteme armutsfest sein müssen.

Ich habe das aus politischer und aus wissenschaftlicher Perspektive sehr kritisch gesehen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war richtig, aber man hätte es besser und sozialer machen und damals auch schon mit einem Mindestlohn verknüpfen müssen.

Mit dem Bürgergeld soll ein „Sozialstaat auf Augenhöhe“ geschaffen werden. Reicht es dafür, auf die Sanktionsdrohungen in den Anschlägen zu verzichten?

Das ist ein Baustein. Aber wir verändern grundsätzlich die Systematik des Umgangs miteinander. Das fängt mit dem Kooperationsplan an, der am Anfang erstellt wird.

Was unterscheidet den Kooperationsplan von der jetzigen Eingliederungsvereinbarung?

Die Eingliederungsvereinbarung kann einseitig vorgegeben werden und der Kunde oder die Kundin muss sie dann unterschreiben.

Arbeitgeberverbände kritisieren die entschärften Sanktionen als fehlenden Anreiz, sich ernsthaft um eine neue Arbeit zu bemühen.

Es ist eine grundsätzlich falsche Annahme, dass Menschen nur deswegen eine Arbeit aufnehmen oder eine Weiterbildung machen, weil sie mit Sanktionen bedroht werden.

Ihre Partei möchte eigentlich ein Ende jeglicher Sanktionen. Wie viel von der grünen Garantiesicherung steckt im neuen Bürgergeld?

Was das Verhältnis von Jobcentern zu den Betroffenen angeht, steckt da eine Menge von unserem Konzept drin. Das wollten wir insgesamt neu aufstellen und da waren wir uns in der Koalition auch einig.

»Es reicht noch nicht«

WOLFGANG STRENGMANN-KUHN Der Armutforscher und Grünenpolitiker fordert eine neue Berechnungsgrundlage für das Bürgergeld.



© Stefan Kaminski

Sie sind schon lange ein Verfechter des Grundeinkommens. Warum lohnt es sich, für diese Idee zu streiten?

Zunächst einmal ist das Bürgergeld keineswegs so etwas wie ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie es derzeit öfter behauptet wird.

gen Sozialsystem gibt, abgeschafft werden und allen Menschen das Existenzminimum garantiert wird, was ja im Übrigen ein Grundrecht ist.

Die Gesellschaft lebt seit Jahren in einem Ausnahmezustand, erst Corona,

dann Ukraine-Krieg und Inflation. Das sind nicht gerade gute Voraussetzungen, um diese Idee umzusetzen, oder?

Im Gegenteil: Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie gut es gewesen wäre, wenn es ein Grundeinkommen gegeben hätte und dadurch bestimmte Berufsgruppen wie Künstler abgesichert gewesen wären.

Mit dem Bürgergeld werden auch die Regelsätze deutlich angehoben. Sozialverbände wie Ökonomen kritisieren, dass auch dies wieder nicht armutsfest ist.

Bei der geplanten Anhebung geht es um einen Inflationsausgleich. Der beseitigt aber nicht das grundsätzliche Problem: Der Regelsatz ist insgesamt zu gering und die Berechnung muss so umgebaut werden, dass er existenzsichernd ist.

Der Niedriglohnsektor hat sich seit der Agenda 2010 auf einem Niveau von zirka 20 Prozent verfestigt. Das Problem wird seit Jahren beklagt - ohne Folgen.

Es war explizit ja Ziel von Gerhard Schröder, Wolfgang Clement und anderen, den Niedriglohnsektor auszuweiten. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 wurde auf die krassen Auswüchse reagiert.

Was bedeutet Armut für Menschen?

Armut bedeutet, dass Menschen aufgrund fehlenden Einkommens vom normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind.

Viele Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, nehmen diese nicht in Anspruch, aus Scham oder wegen der umständlichen Beantragung.

Ja, denn wir bauen Stigmatisierungen ab und auch bürokratische Hürden, indem wir in den ersten zwei Jahren Vermögen und Wohnung nicht antasten.

Das Gespräch führte Claudia Heine.

Der Volkswirt Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2008 Mitglied des Bundestages und dort für Renten-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zuständig.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Erfahrene Newcomerin: Annika Klose

Im dritten Stock des Reichstags wird gekächert. Es ist kurz nach acht in der Früh, nur ein Bodenreiniger, Typ „Professional“, dreht seine Runde auf der Fraktionsebene, lässt die elektronische Tür zur SPD wie von Geisterhand öffnen.



© diepicture-alliance

»Es geht darum, bei den Langzeitarbeitslosen ihr Potenzial zu heben, durch Qualifizierungen und Umschulungen.«

Klose sagt, sie habe die Jugend im Harz genossen, die Natur, sich aber auch eingeschränkt gefühlt, etwa mit ihren ablehnenden Ideen gegenüber dem dreigliedrigen Schulsystem.

an einem Seenotrettungseinsatz der Sea-Eye-Mission auf dem Mittelmeer. Dass sie mit Politik auch ihr Geld verdienen würde, zeichnete sich als Möglichkeit irgendwann nach 2015 ab.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Chefredakteur Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure Lisa Brißler (lbr) Claudia Heine (che)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 14. Oktober 2022

Druck und Layout Frankfurt Societatis-Druckerei GmbH & Co. KG

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition Fazit Communication GmbH

Abonnement Jahresabonnement 25,80 € für Schüler, Studenten und Auszubildende

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)



Peter Hartz und Gerhard Schröder (links) reformierten nicht nur den Arbeitsmarkt. Als Nebenprodukt gründete sich auch eine neue Partei mit Ex-SPD-Chef Lafontaine an der Spitze - die heutige Linke. © picture-alliance/dpa/Tim Brakemeier/AP Photo/BERND KAMMERER/Michael Hanschke

# Nach der Reform ging's los

**GRUNDSICHERUNG** Hartz IV ist seit 2005 unzählige Male korrigiert worden. Nun soll es vom Bürgergeld abgelöst werden

Die letzten Tage auf Hartz IV. Damit sind nicht etwa die letzten Dezembertage 2022 gemeint, kurz bevor das Bürgergeld im Januar eingeführt wird. Es ist der Episodentitel einer offensichtlich erfolgreichen Serie im Privatfernsehen, in der „Promis“ testen, wie es sich mit „Hartz IV“ lebt. „Das Sozialexperiment stellt die Promis auf eine harte Probe. Stehen sie diese anstrengende Zeit durch? Wie werden sie sich in einem Leben in Armut behaupten?“, versuchte RTL 2 im Januar Spannung zu erzeugen. Überraschenderweise waren die jeweiligen „Glamour-Paare“ am Ende pleite und froh, aus der Platte wieder in ihre Villen übersiedeln zu können. Dass sich „Hartz IV“ seit 2005 zu einer Marke entwickelt hat, die mit Armut, Abstiegsgängsten und leider auch mit Stigmatisierung verbunden wird - dafür waren die Auswüchse im sogenannten Hartz-IV-Fernsehen nur ein trauriger Tiefpunkt. Der sich aus bildungsbürgerlicher Perspektive leicht naserümpfend beiseiteschieben lässt, der aber trotzdem zeigt, welche gravierenden Folgen das Reformprogramm der rot-grünen Bundesregierung von Kanzler Gerhard Schröder am Anfang der 2000er Jahre hatte. Nicht nur für die Arbeits- und Sozialpolitik der kommenden Jahre, sondern für den gesellschaftlichen Diskurs über Armut und deren Ursachen insgesamt. Und für die SPD im Besonderen, die seitdem Mühe hatte, sich noch als Partei der sozialen Gerechtigkeit, ihr Markenkern seit mehr als hundert Jahren, zu verkaufen. Bittere Wahlniederlagen folgten.

**Gegen den Reformstau** Dabei setzte die SPD eigentlich nur ein Versprechen um, mit dem sie 1998 im Bündnis mit den Grünen fulminant die Wahl gewonnen hatte. Sie sollte und wollte den Reformstau der letzten Jahre unter Langzeitkanzler Helmut Kohl (CDU) auflösen. Nach dem Wahlsieg warb der jung wirkende Kanzler Schröder für eine Politik der „Neuen Mitte“, die Sozialpolitik in Zeiten zunehmenden Globalisierungsdrucks neu definierte.

„Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft.“ Mit dieser Ansage schlug Schröder 2001 Pflöcke ein - für sein Programm und für die Debattenkultur der nächsten Jahre. Schröder wurde zum „Genossen der Bosse“ und nach dem knappen erneuten Wahlsieg seines Regierungsbündnisses 2002 brachte die Durchsetzung der „Agenda 2010“ das bis dahin quasi natürliche Band zwischen SPD und Gewerkschaften fast zum Zerreißen. Die Union freut sich wahrscheinlich noch heute, dass nicht sie in Folge der Agenda 2010 zum Buhmann wurde, obwohl sie die Pläne ausdrücklich unterstützte. Und links von der SPD freute sich der Ex-SPD-Chef Oskar Lafontaine über eine neue Karriere in der WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit), 2004 hervorgegangen aus den Protesten gegen Hartz IV und später aufgegangen in der Linken.

**Fingierte Vermittlungen** Zu dieser Zeit galt Deutschland mit mehr als vier Millionen Arbeitslosen als „kranke Mann Europas“, der gleichzeitig einen aufgeblähten Wohlfahrtsstaat finanzierte. Ein „Vermittlungsskandal“ bei der Bundesanstalt für Arbeit - die Behörde hatte jahrelang ihre Vermittlungszahlen manipuliert - brachte den Stein dann ins Rollen. Was folgte, war die umfassendste sozialpolitische Reform seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie fußte auf den Ergebnissen der 2002 eingesetzten „Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Leitung des VW-Personalvorstands Peter Hartz. Hauptsächliches Ziel war, die Strukturen der Bundesanstalt für Arbeit zu erneuern und die Arbeitslosenzahlen zu halbieren. Die Reform des Arbeitsmarktes wurde dabei in einzelne Gesetze (Hartz I bis IV) aufgeteilt, die schrittweise zwischen 2003 und 2005 in Kraft traten. Die Bundesanstalt wurde zur Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden abgeschafft und stattdessen das Arbeitslosengeld I und II (ALG I und II), besagtes Hartz IV, eingeführt. Das ALG I als

Versicherungsleistung der Arbeitslosenversicherung wurde auf zwölf Monate begrenzt und sorgte bei vielen für Angst vor dem schnellen Absturz. Denn danach gibt es das deutlich niedrigere ALG II, verbunden mit dem Zwang, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen. Doch nach Inkrafttreten des Hartz IV-Gesetzes 2005 zeigte sich: Nach der Reform ist vor der Reform. Was folgte, waren unzählige Korrekturen - vor allem im ALG II. Einige davon waren gerichtlich erzwungen: Das Bundesverfassungsgericht verwarf 2007 nicht nur die eingeführte Struktur zur Berechnung der Grundsicherungs-Beziehenden und machte damit den Weg frei für die heutigen Jobcenter. Es erklärte auch die Berechnung der Regelsätze (2010) und deren Sanktionierung um 60 oder gar 100 Prozent (2019) für verfassungswidrig. Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche mit Zuschüssen für Schulbedarf und Klassenfahrten war eine Folge aus dem Urteil von 2010, die aktuelle Sanktionspolitik eine des Urteils von 2019. Aber die wohl gravierendste Konsequenz der Agenda-Politik war die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber. Der Mindestlohn war nötig geworden, weil der Niedriglohnbereich mit Dumpinglöhnen rapide gewachsen war. Der Lohndruck im unteren Entgeltbereich hatte deutlich zugenommen. Heute ist der Niedriglohnbereich,

trotz Mindestlohn, bei 20 Prozent der Beschäftigten (knapp acht Millionen) verfestigt. Flexibler Arbeitsmarkt hieß auch: mehr Befristungen, mehr Leiharbeit, mehr Minijobs. Letztere werden von vielen Wissenschaftlern längst als Sackgasse, besonders für Frauen, kritisiert, weil sie kaum eine Brücke in reguläre Beschäftigung bieten. 2021 arbeiteten rund vier Millionen Menschen ausschließlich in einem Minijob - nicht alle natürlich unfreiwillig.

**Zu wenig Aktivierung** Zweifellos hat sich der Arbeitsmarkt in den Jahren nach der Agenda 2010 deutlich erholt, die Arbeitslosenquote halbierte sich tatsächlich - von 13 Prozent 2005 auf sechs Prozent 2021. Deutschland wurde wieder zum Wachstumsmotor, auch wenn sich Wissenschaftler noch darüber streiten, welchen Anteil der Agenda 2010 daran hatte. Die Befürworter von Hartz IV erklären dies bis heute auch mit dem Prinzip des Förderns und Forderns. Sie werfen der Koalition vor, dieses mit dem Bürgergeld und seinen milderen Sanktionen wieder über Bord zu werfen. Insbesondere Arbeitgeber lehnen es ab. So kritisierte der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Steffen Kamper, das Bürgergeld sei keine Brücke in die Arbeitswelt, sondern in das Transfersystem. Dort verharren seit Jahren vor allem langzeitarbeitslose Menschen auf konstant ho-

hem Niveau. Zwar ging deren Zahl nach 2005 deutlich zurück: Ihr Anteil an allen Erwerbslosen lag 2007 noch bei 46 Prozent und vor dem Pandemie-Jahr 2019 bei 32 Prozent. Dennoch blieb es einer der häufigsten Kritikpunkte: Die Aktivierungspolitik in den Jobcentern schaffe es nicht, den verfestigten Sockel von rund 800.000 Langzeitarbeitslosen deutlich abzusmelzen. Nur die besten Maßnahmen reduzierten, so schrieb Markus Promberger vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 2015 an dieser Stelle, die Zeit ohne Job um ein Fünftel oder ein Zehntel. Das Prinzip der Vermittlung in Arbeit um jeden Preis, egal wie passend diese ist, bot den meisten Arbeitslosen also keine nachhaltige Perspektive. „Sehr gut“ sei deshalb die Schaffung von Anreiz- und Bonussystemen und das Primat von nachhaltiger Qualifizierung vor prekärer Arbeit um jeden Preis“, urteilt deshalb Michael David, Referatsleiter Soziales bei der Diakonie Deutschland über den neuen Ansatz des Bürgergeldes. Was die Hartz-Gesetze auch nicht schafften: die Kosten für den Sozialstaat, die Zahl der Hilfebedürftigen und die Armutsgefährdungsquote zu senken. Die Zahl der Menschen, die Grundsicherung beziehen, schwankt seit Jahren zwischen fünf und sechs Millionen. Gründe genug gab es also für die SPD, sich 2019 mit ihrem Sozialstaatskonzept von einem System zu trennen, das ihr nachhal-

tig geschadet hat. Das Bürgergeld, das freilich ein Mix ist aus SPD-Ideen und jenen der Grünen und der FDP, soll nun den Befreiungsschlag bringen. Für einige Kritiker steckt dagegen noch zu viel Hartz IV darin. Für Michael David reicht es nicht, um Armut zu bekämpfen: „Wir brauchen eine Neubewertung von Arbeit. Gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten müssen auch finanziell richtig bewertet werden - von Einzelhandel und Landwirtschaft bis zu sozialen, gesundheitlichen und familienbezogenen Angeboten.“

Claudia Heine

**STICHWORT**

**Regelsätze in der Grundsicherung**

- > **Höhe** 2005 lag der monatliche Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen bei 349 Euro, heute liegt er bei 449 Euro. Hinzu kommen noch Kosten für Unterkunft und Heizung.
- > **Berechnung** Grundlage ist ein kompliziertes Verfahren, in dem die Ausgaben der unteren Einkommensgruppen für einzelne Lebenshaltungskosten als Referenz dienen. Davon werden aber wiederum einzelne Posten abgezogen. Grüne, Linke und Wohlfahrtsverbände kritisieren das als „bewusste Kleinrechnung“.

## Zwei Jahre Schonfrist für mehr Vertrauen

**BÜRGERGELD** Karenzzeit, Vertrauenszeit, Kooperationsplan, höhere Regelsätze und weniger Sanktionen

Die Bundesregierung verweist in ihrem Bürgergeld-Gesetzesentwurf (20/3873) zwar auf die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. „Zugleich haben die außergewöhnlichen Herausforderungen, mit denen sich Staat und Gesellschaft in Folge des Kriegs in der Ukraine konfrontiert sehen, es vielen Menschen in den sozialen Mindestsicherungssystemen erschwert, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten“, heißt es im Entwurf.

**Regelsätze** Deshalb sei eine Erhöhung der monatlichen Regelsätze dringend geboten, schreibt die Regierung und plant: für Alleinstehende ab 1. Januar 2023 einen monatlichen Regelsatz von 502 Euro (bisher 449 Euro); für volljährige Partner 451 Euro (bisher 404 Euro), für Kinder, gestaffelt nach Alter, 318 Euro bis 420 Euro (bisher 285 bis 376 Euro). Die Berechnung der Regelsätze soll künftig nicht mehr rückwirkend, sondern vorausschauend an die Teuerungsraten angepasst werden. Darüber hinaus begründet die Regierung die Initiative mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich seit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2005 grundlegend geändert habe: Arbeitskräfte, insbesondere qualifizierte Arbeitskräfte, würden vielerorts gesucht, gleichzeitig würden Langzeitarbeitslose zu oft von dieser Entwicklung nicht profitie-

ren. Daher solle das Bürgergeld sich stärker als das bisherige System auf Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitssuchenden konzentrieren.

**Karenzzeit und Schonvermögen** Konkret sieht der Entwurf unter anderem vor, in den ersten zwei Jahren des Bürgergeldbezugs eine sogenannte Karenzzeit gelten zu lassen, damit sich die Leistungsberechtigten stärker auf Arbeitssuche und Weiterbildung konzentrieren können. Die Kosten für Unterkunft und Heizung sollen in dieser Zeit in tatsächlicher Höhe anerkannt und übernommen werden. Auf eine Prüfung des Vermögens soll verzichtet werden, „sofern es nicht erheblich ist“, also 60.000 Euro für eine Person beziehungsweise 30.000 für jede weitere im Haushalt lebende Person nicht übersteigt. Nach Ablauf der Karenzzeit soll es eine entbürokratisierte Vermögensprüfung mit höheren Freibeträgen geben. Versicherungsverträge für die Altersvorsorge werden nicht als Vermögen berücksichtigt.

**Kooperationsplan** Vorgesehen ist, die bisherige Eingliederungsvereinbarung durch einen Kooperationsplan abzulösen, der von den Leistungsberechtigten und den Integrationsfachkräften gemeinsam erarbeitet wird. Dieser Plan dient dann als „roter Faden“ im Eingliederungsprozess und wird

als Kernelement des Bürgergeld-Gesetzes bezeichnet. Mit Abschluss des Kooperationsplans soll eine sechsmonatige Vertrauenszeit gelten. In diesem Zeitraum soll ganz besonders auf Vertrauen und Zusammenarbeit auf Augenhöhe gesetzt werden.

**Sanktionen** Auch das Bürgergeld kennt Sanktionen, wenn auch deutlich abgemildert. So soll es im ersten halben Jahr des Bürgergeld-Bezugs, also der „Vertrauenszeit“, bei Pflichtverletzungen keine Sanktionen geben. Bei wiederholten Terminversäumnissen und nach vorheriger Aufforderung, den Mitwirkungspflichten nachzukommen, sollen sie aber möglich sein. Härtere Sanktionen für unter 25-Jährige sollen abgeschafft werden. Leistungen dürfen nur noch um maximal 30 Prozent gekürzt werden. Höhere Kürzungen hatte das Bundesverfassungsgericht 2019 untersagt. Kosten der Unterkunft und Heizung dürfen nicht mehr sanktioniert werden.

**Job und Weiterbildung** Abgeschafft werden soll der „Vermittlungsvorrang in Arbeit“. Stattdessen sollen Geringqualifizierte auf dem Weg zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung unterstützt werden, um ihnen den Zugang zum Fachkräftearbeitsmarkt zu öffnen. Eine umfassende Betreuung (Coaching) soll jenen Leistungsberechtigten helfen, „die aufgrund vielfältiger

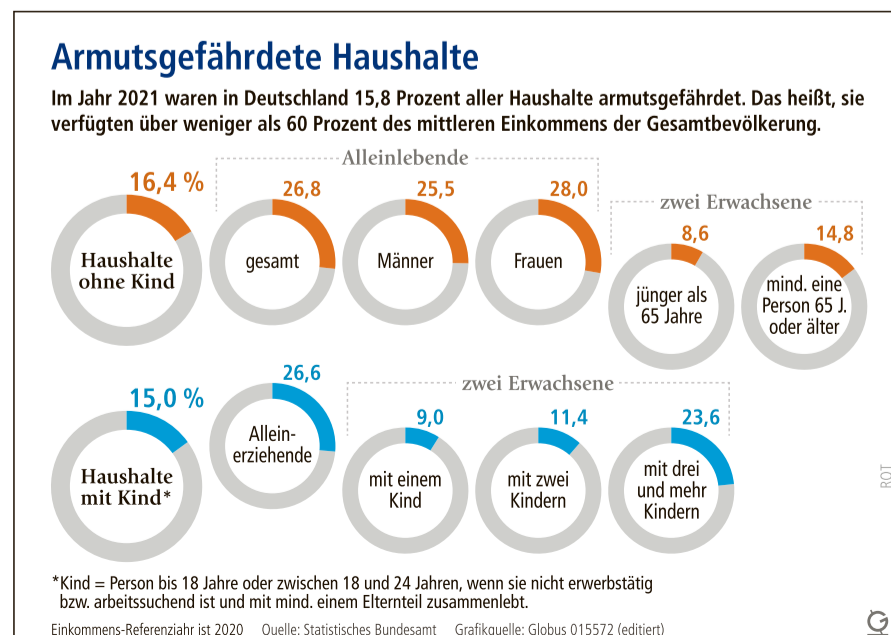
individueller Probleme besondere Schwierigkeiten haben, eine Arbeit aufzunehmen“. In Zeiten einer berufsabschlussbezogenen Weiterbildung gibt es einen Zuschuss von 150 Euro im Monat.

**Sozialer Arbeitsmarkt** Die Regelung zum „Sozialen Arbeitsmarkt“ wird entfristet. Sie war mit dem Teilhabechancengesetz 2019 eingeführt worden, um besonders arbeitsmarktfremden Menschen soziale Teilhabe durch längerfristige öffentlich geförderte Beschäftigung zu ermöglichen. Ziel ist, Übergänge in ungeforderte Beschäftigung zu erreichen. Bislang ist die Regelung bis zum 31. Dezember 2024 befristet.

**Hinzuverdienst** Auszubildende, Schüler und Studierende, die Bürgergeld beziehen, sollen mehr vom Hinzuverdienst behalten. Für alle anderen gilt: Wer zwischen 520 Euro und 1.000 verdient, dessen Freibeträge werden auf 30 Prozent angehoben. Ferienjobs von Jugendlichen bis 25 Jahren gelten nicht mehr als Einnahmen, die verrechnet werden müssen.

**Bürokratie** Das Bürgergeld soll insgesamt unbürokratischer und digital zugänglich sein, mit einer einfachen Beantragung. Mit einer Bagatellgrenze von 50 Euro für Rückforderungen soll die Anzahl der Bescheide reduziert werden.

che







Die frühkindliche Bildung in Kitas gilt unter Experten als entscheidende Voraussetzung für den späteren Lernerfolg. Besonders wichtig ist die frühe Sprachentwicklung

© picture-alliance/dpa/ZB/Waltraud Grubitzsch

# Mehr Qualität in Kitas

**KINDER** Bund investiert Milliarden in frühkindliche Bildung. Sprache als Schlüssel zum Erfolg

Die Bundesregierung will die Kindertagesbetreuung verbessern. Dazu hat sie den Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (20/3880), das sogenannte KiTa-Qualitätsgesetz, in den Bundestag eingebracht. In der ersten Lesung vergangene Woche zeichnete sich ab, dass Widerstände auf Länderebene ausgeräumt werden müssen. In den Jahren 2023 und 2024 will der Bund den Ländern jeweils zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um die Qualität der frühkindlichen Bildung zu verbessern. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) betonte, der Bund investiere in die sprachliche Bildung, weil in der Kita-Zeit die Grundlage für eine gute Sprachentwicklung gelegt werde. Sie verwahrte sich gegen den Vorwurf, der Bund ziehe sich aus der Förderung der Sprachentwicklung zurück: „Mit diesem Gesetz geben wir den Ländern die Möglichkeit, die Sprach-Kitas in die Landesstrukturen zu überführen, und genau da gehören sie hin.“ Der Bundesrat hat in sei-

ner Stellungnahme zum Gesetzentwurf die Förderung der sprachlichen Bildung als „Handlungsfeld von vorrangiger Bedeutung“ begrüßt, zugleich aber darauf hingewiesen, dass diesem Ziel das Auslaufen der finanziellen Förderung durch das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ zum Jahresende 2022 widerspreche.

**»Wir dürfen Gebührentlastung und Qualität nicht gegeneinander ausspielen.«**

Erik von Malottki (SPD)

**Fachkräfte halten** Die Länderkammer hält es für notwendig, das Bundesprogramm fortzusetzen, auch um die befristeten Arbeitsverträge mit den Fachkräften nahtlos verlängern zu können. „Sind jetzt alle Bundesprogramme vor dem Aus, auch die Sprach-Kitas“, fragte der CDU-Abgeordnete Hermann-Josef Tebroke. Seine Fraktion werde sich für den Erhalt des Programms einsetzen.

Die Linken-Abgeordnete Heidi Reichinnek sprach von einem Chaos in der Umsetzung: Länder, Kommunen und Träger wüssten nicht, wie es 2023 mit der Sprachförderung weitergehe. Auch die 6.800 über das Programm finanzierten Fachkräfte wüssten dies nicht. Ihr SPD-Kollege Erik von Malottki kündigte an, man werde in der Gesetzesberatung

überlegen, wie ein guter Übergang für die Sprach-Kitas und deren langfristige Absicherung geschaffen werden könne. Bund und Länder müssten sich auf eine Bestandsgarantie einigen, denn die Beschäftigten bräuchten Sicherheit. Er plädierte für eine Regelung im Gesetz und die Aufnahme der Bestandsgarantie in die zu verhandelnden Bund-Länder-Staatsverträge. Malottki sprach im Übrigen von einem „Balanceakt“ im Gesetzesvorhaben zwischen der Fokussierung auf Qualitätsverbesserung und der Möglichkeit, Familien mit Kita-Kindern weiter zu entlasten. Für die SPD sei dies aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit, der Gleichstellung und wegen guter Löhne wichtig. Kita-Gebühren seien das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit, sie seien ein Bremsklotz für die Gleichstellung wegen der ungerechten Verteilung der Sorgearbeit in den Familien.

**Gute Tarife** Hinzu komme, dass 92,5 Prozent aller Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen Frauen sind. In Mecklenburg-Vorpommern habe die Landesregierung die Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz ab 2020 dafür eingesetzt, die Elternbeiträge abzuschaffen. Als Folge davon hätten die Gewerkschaften die Erzieherinnen durch gute Tarifabschlüsse aus dem Niedriglohnsektor herausholen können. „Wir dürfen Gebührentlastung und Qualität nicht gegeneinander

ausspielen“, mahnte Malottki in seiner Rede. Katja Leikert (CDU) rügte, dass nicht die gesamte Förderung für die Qualitätsverbesserung ausgegeben werden müsse. Mit einem Großteil der Mittel könnten Länder, die dies bisher schon getan haben, weiterhin den Wegfall von Elternbeiträgen finanzieren. Länder, die die Bundesmittel bisher ausschließlich in Qualität investiert hätten, wie etwa Baden-Württemberg, dürften das nicht und würden somit bestraft.

Matthias Seestern-Pauly (FDP) erläuterte, dass die Kita-Gebühren künftig bundesweit nach verpflichtenden Kriterien gestaffelt werden sollen, um einkommensschwache Familien spürbar zu entlasten. Eltern, die Wohngeld, Kinderzuschlag oder Unterhaltsvorschuß bezögen, seien bereits seit 2019 im ganzen Bundesgebiet von den Gebühren befreit. Aus Sicht des Bundesrates greift die geplante Staffelnungsregelung allerdings unverhältnismäßig in die Länderzuständigkeit und das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ein.

**KOMPAKT**

**Das KiTa-Qualitätsgesetz**

- Qualität:** Die Förderung der kindlichen Entwicklung, Ernährung, Bewegung sowie sprachlicher Bildung und die Stärkung der Kindertagespflege haben ab 2023 Vorrang bei der Qualitätsverbesserung in Kitas.
- Finanzierung:** Der Bund stellt den Ländern für 2023 und 2024 je zwei Milliarden Euro für die Qualitätsverbesserung in Kitas zur Verfügung.
- Elternbeiträge:** Die Pflicht zur Staffelnung von Elternbeiträgen soll verbindlicher werden.

**Staatliche Obhut** Gereon Bollmann (AfD) kritisierte, dass nur Eltern gefördert würden, die ihre Kinder „in staatliche Obhut“ geben. Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, biete der Gesetzentwurf nichts, was „schreiend ungerecht“ sei. Er empfahl außerdem, die Erzieher- und Kinderpflegeausbildung kostenfrei zu stellen, um leichter qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Die Grünen-Abgeordnete Nina Stahr sagte, erst wenn die Qualität in der frühkindlichen Bildung ausreichend sei, könne man über eine Gebührenfreiheit für alle sprechen. Durch die soziale Staffelnung der Beiträge würden gezielt diejenigen entlastet, „die es wirklich brauchen“. Als nächsten Schritt kündigte sie an, mit den Ländern ein Kita-Gesetz mit bundesweiten Qualitätsstandards zu erarbeiten. **Volker Müller**

**KURZ NOTIERT**

**Immunität des Abgeordneten Ziegler (AfD) aufgehoben**

Einstimmig hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag die Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler (AfD) genehmigt. Das Parlament folgte damit einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (20/3991), in der auf ein Schreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 28. September 2022 verwiesen wird. **sto**

**Unions-Antrag zu Gunsten Alleinerziehender gescheitert**

Die Unionsfraktion ist vergangene Woche mit einem Antrag zur finanziellen Entlastung Alleinerziehender gescheitert. Die Abgeordneten hatten in dem Antrag (20/1334; 20/2697) eine steuerliche Besserstellung der Betroffenen gefordert sowie kurzfristig einen Kinderbonus von 150 Euro und dies mit der hohen Inflation begründet, von der Alleinerziehende besonders betroffen seien. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Ampel-Koalition, gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD und bei Enthaltung der Linksfraktion abgelehnt. **pk**

**Mitglieder des DSF-Stiftungsrates gewählt**

Die Abgeordnete Maja Wallstein (SPD), Monika Grütters (CDU) und Kai Gehring (Grüne) vertreten den Bundestag zukünftig im Stiftungsrat der „Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)“. Der Bundestag billigte am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Wahlvorschlag von SPD, Union und Grünen (20/3941). Die „Deutsche Stiftung Friedensforschung“ ist eine im Jahr 2000 gegründete Einrichtung der Forschungsförderung und soll wissenschaftliche Vorhaben in der Friedens- und Konfliktforschung fördern. **aw**

**Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR**

Die Bundestagsabgeordnete Katrin Budde (SPD), Christiane Schendierlein (CDU) und Jürgen Pohl (AfD) sowie der Berliner Landtagsabgeordnete Andreas Otto (Grüne) und der Historiker Wolther von Kieseritzky sind in das Kuratorium der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ gewählt worden. Der Bundestag stimmte am Donnerstag einem entsprechenden Wahlvorschlag von SPD, CDU/CSU, Grünen, FDP und AfD (20/3940) zu. Das Archiv stellt Archivreise zur Benutzung bereit, das außerhalb der staatlichen Behörden der DDR bei den politischen Entscheidungen zur Kontrolle und Steuerung von Staat und Gesellschaft entstanden ist. **aw**

**Entwurf des »SIS-III-Gesetzes« an die Ausschüsse überwiesen**

Einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Durchführung mehrerer EU-Verordnungen über Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems der dritten Generation (20/3707) hat der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwiesen. Die Verordnungen erweitern den Anwendungsbereich und die Funktionen des SIS umfassend, wie die Bundesregierung ausführt. Mit dem „SIS-III-Gesetz“ sollen unter anderem die zusätzlich an das SIS anzubindenden Behörden bestimmt werden. **sto**

## Aufarbeitung gefordert

**PANDEMIE** Breite Kritik an »Desinformation« der AfD

Einen Untersuchungsausschuss zur Corona-Pandemie, wie ihn die AfD-Fraktion beantragt hat, wird der Bundestag voraussichtlich nicht einsetzen. Darauf deuten die Redebeiträge der anderen Fraktionen während der ersten Beratung des Antrags (20/3706) am vergangenen Freitag hin. Der Ausschuss soll nach dem Willen der AfD das Verhalten der Bundesregierung und ihrer Behörden im Zusammenhang mit der Bewältigung der Pandemie untersuchen. Dabei solle geklärt werden, ob die „massiven Eingriffe in die Grundrechte der Bürger und in das deutsche Wirtschaftsleben und der Lockdown tatsächlich geeignet, erforderlich und angemessen“ waren. Ebenso will die Fraktion geklärt wissen, ob die Regierung auf die Pandemie ausreichend vorbereitet war. Auf Grundlage der Erkenntnisse sollten dann Handlungsempfehlungen für eine künftige Pandemie erarbeitet werden. Nach Ansicht von Thomas Seitz (AfD) ist die Corona-Pandemie vorbei, die Menschen hätten die Willkür des Gesundheitsministers satt. Das Volk habe ein Recht zu erfahren, „was genau gelaufen ist“. Darüber hinaus würden die Ergebnisse als Grundlage für eine rechtspolitische Diskussion gebraucht, um künftig das Grundgesetz um eine Notstandsverfassung zu ergänzen.

Heike Baehrens (SPD) hielt der AfD entgegen, sie habe in der Pandemie nichts als Desinformation betrieben. Die AfD habe durch Falschinformationen dazu beigetragen, dass Schutzangebote nicht genutzt worden seien. Ihr Fraktionskollege Herbert Wollmann nannte den Antrag eine „Aufzählung von Verschwörungstheorien“. Niemand streite ab, dass einiges hätte anders gemacht werden können, doch das Ziel der AfD sei nur, die Demokratie zu unterwandern.

**Verschwörungstheorien** „Wir sollten getriebener sein von Fachlichkeit und Analyse“, mahnte Erich Irlstorfer (CSU). Die Pandemie sei keineswegs zu Ende. Sein CDU-Fraktionskollege Patrick Schnieder rief den Antragstellern zu: „Sie setzen auf Verschwörungstheorien, wissenschaftliche Erkenntnisse interessieren Sie nicht.“ Aus Sicht der Grünen-Abgeordneten Irene Mihalic geht es der AfD nur um Hass und Spaltung, sie profilieren sich als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus. Auch Kathrin Vogler (Die Linke) lehnte den „Schaufensterantrag“ ab. Stephan Thomae (FDP) sagte, seine Fraktion habe manche Corona-Maßnahme auch kritisch gesehen und jetzt in der Regierung auf einen Paradigmenwechsel hingewirkt. **vom**

## Energiepreispauschale für Rentner geplant

**SOZIALES** Rentner und Versorgungsempfänger sollen im Dezember 300 Euro zusätzlich bekommen

Angesichts der Preissteigerungen für Energie sollen auch Rentnerinnen und Rentner mit einem Einmalbetrag entlastet werden. Geplant ist eine Energiepreispauschale von 300 Euro für Rentner sowie Versorgungsempfänger des Bundes. Der Gesetzentwurf (20/3938) der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP stand vergangene Woche zur ersten Beratung im Bundestag. Die Pauschale soll erhalten, wer zum Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente der gesetzlichen Rentenversicherung oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz oder dem ersten und zweiten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes hat.

**Keine Beitragspflicht** Der Anspruch besteht nur bei einem Wohnsitz im Inland. Die Energiepreispauschale soll als Einmalzahlung durch die Rentenzahlstellen oder die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen Anfang Dezember 2022 ausbezahlt werden. Die Energiepreispauschale unterliegt den Angaben zufolge nicht der Beitragspflicht in der Sozialversicherung und wird automatisch ausgezahlt. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes für die Leistung auf rund 6,4 Milliarden Euro.

Bestandteil des Gesetzentwurfes ist außerdem, für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im sogenannten Übergangsbereich die Obergrenze von 1.600 Euro auf 2.000 Euro im Monat anzuheben. Mit der Ausweitung des Übergangsbereichs sollen Beschäftigte bei den Sozialversicherungsbeiträgen in einer Größenordnung von rund 1,3 Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Für die Sozialversicherung insge-



Rentner werden finanziell entlastet.

samt ergeben sich dadurch ab 2023 allerdings jährliche Mindereinnahmen. Bundessozialminister Hubert Heil (SPD) machte in der Debatte deutlich, weshalb es zu den enormen Preissteigerungen gekommen ist. Russland setzte Energie als Waffe ein, um die europäischen Staaten, die mit der Ukraine solidarisch seien, wirtschaftlich und sozial zu destabilisieren. Daher wolle die Bundesregierung alles tun, um wirtschaftlichen Schaden vom Land abzuwenden und die Gesellschaft sozial zusammenzuhalten. Heil betonte, die Energiepreispauschale helfe den 20 Millionen Rentnern sowie den Erwerbsgeminderten, die ebenfalls profitierten, sehr konkret. Zudem würden mit der Anhebung der sogenannten Midijob-Grenze die Menschen in dem Einkommensbereich entlastet. Grundsätzliche Unterstützung signalisierte Max Straubinger (CSU), der allerdings von einem Schlechtes-Gewissen-Gesetz sprach, weil die Rentner beim ersten Entlastungspaket außen vor geblieben seien und nur auf Druck der Union nunmehr auch berücksichtigt würden. Rentner seien damals mit der Rentenerhöhung abgespeist worden. Mit der Ausweitung der Midijob-Grenze würden zudem Unternehmen zusätzlich belastet, beklagte Straubinger.

Der Grünen-Abgeordnete Markus Kurth räumte ein, dass die Energiepreispauschale verspätet komme, aber die Rentner wie zuvor angeklündigt nun auch entlastet würden. Kurth erinnerte an die „astronomische Summe“, die zur Stabilisierung in der Energiekrise aufgewendet werde und forderte, mit dem Prinzip „Gießkanne“ Schluss zu machen. „Mehr Zielgenauigkeit ist in Zukunft absolut entscheidend.“ Die Krise zeige auch, dass die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft stark beschleunigt werden müsse. Aus Sicht der AfD werden die Rentner im Vergleich insbesondere zu Asylwerbern aus der Ukraine benachteiligt. René Springer (AfD) beklagte, während viele Rentner mit kleinen Einkommen zurecht kommen müssten, erhielten Ukrainer stattdessen Unterstützung. „Einen größeren Spaltkeil kann man nicht in diese Gesellschaft treiben.“ Anja Schulz (FDP) erwiderte: „Es ist gerade jetzt wichtig, Einheit zu demonstrieren, anstatt den Nährboden für Neid und Missgunst zu schaffen.“ Matthias Birkwald (Linke) begrüßte die Entlastung für Rentner, die allerdings zu spät komme und zu gering ausfalle. Altersarmut müsse endlich wirksam bekämpft werden. „Niemand soll Angst haben müssen, im Winter im Kalten oder im Dunkeln zu sitzen.“ **pk**





Für Menschen mit wenig Einkommen soll es angesichts steigender Energiekosten mehr staatliche Hilfe geben. Das Wohngeld wird deutlich ausgeweitet, dazu gibt es einen Zuschuss fürs Heizen. Vom „Wohngeld Plus“ sollen laut Bundesbauministerium ab dem 1. Januar 2023 rund 4,5 Millionen Menschen profitieren. Derzeit bekommen rund 1,3 Millionen Menschen den Mietzuschuss. © picture-alliance/Dwi Anoraganingrum/Geisler-Fotopress

## Wohnkosten versus Klima?

**BAUEN** Um die Kosten für Bauen und Wohnen zu senken, spricht sich die AfD-Fraktion in einem Antrag (20/3945) dafür aus, nationale Gesetze für eine CO<sub>2</sub>-orientierte Bepreisung der Energie-, Wohn- und Treibstoffkosten sowie die Grundsteuer abzuschaffen. Auch die Umsatzsteuer für Energie für die Verbraucher will sie befristet auf null Prozent senken. Den Antrag überwies der Bundestag vergangenen Donnerstag zur Beratung an die Ausschüsse. „Millionen von Menschen in Deutschland haben Angst vor der Grünen Inflation“ und seien von den hohen Wohnnebenkosten überfordert, konstatierte Bernd Mayer (AfD). Steuern und Abgaben belasteten die hohen Energiekosten zusätzlich. Caren Lay (Die Linke) warf der Fraktion vor, Klimapolitik und soziale Wohnungspolitik gegeneinander auszuspielen. „Kein Wort zu Spekulation und geringen Konzernen.“ Gleichwohl kritisierte auch sie die CO<sub>2</sub>-Steuer für weniger Emissionen. Den Energieverbrauch durch Verteuerung drosseln zu wollen, sei „immer unsozial“. Martin Diedenhofen (SPD) verwies auf den Kreis der Grundsteuerpflichtigen. „Das sind vor allem die, die auch am meisten besitzen.“ Den Wegfall der Grundsteuer sollten nach Ansicht der AfD die Steuerzahler ausgleichen, „also auch die Handwerker, der Polizist und die Krankenschwester. Vernünftige Finanz- und Sozialpolitik ist Ihnen offenbar ein Fremdwort.“ Nach Ansicht von Hanna Steinmüller (Bündnis 90/Die Grünen) braucht Deutschland beides: bezahlbaren Wohnraum und den Kampf gegen die Klimakrise. Mit den Entlastungspaketen, dem Heizkostenzuschuss und einem „Turbo für erneuerbare Energien“ habe die Bundesregierung Lösungsvorschläge für die multiplen Krisen vorgelegt. Hagen Reinhold (FDP) urteilte, als Ideologie könne man zu den Schlüssen der AfD kommen, der „gesunde Menschenverstand“ empfehle jedoch, Anreize zum Energiesparen zu setzen, etwa indem der Staat nicht die komplette Menge der Energiekosten deckt. Auch sei die CO<sub>2</sub>-Bepreisung die eigentliche Möglichkeit, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die zu Protokoll gegebenen Rede von Michael Kießling (CSU) lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.  *Joh*

# »Das wird ein Kraftakt«

**WOHNEN** Koalition legt Pläne zu Wohngeld Plus und zweitem Heizkostenzuschuss vor

**M**it mehr Wohngeld für mehr Haushalte und einem weiteren Heizkostenzuschuss will die Bundesregierung Geringverdiener angesichts steigender Wohnkosten entlasten. Zwei dazu von ihr vorgelegte Gesetzentwürfe (20/3936, 20/3884) hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag nach rund 70-minütiger Debatte zur Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen. „Die hohen Energiepreise treffen diejenigen am härtesten, die ohnehin mit sehr wenig Geld auskommen müssen“, betonte Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD). Mit den Maßnahmen (siehe Stichwort), beide Teil des dritten Entlastungspakets der Bundesregierung, setze die Koalition zielgerichtet bei den Wohnkosten an. Konkret plant die Bundesregierung, Wohngeldempfängerinnen und -empfänger für die Heizperiode von September bis Dezember 2022 einmalig einen zweiten Heizkostenzuschuss zu zahlen. Ab dem 1. Januar 2023 soll dann das neue „Wohngeld plus“ mit deutlich höheren Zuschüssen zur

Miete und einem stark ausgeweiteten Empfängerkreis greifen. Statt bisher rund 180 Euro im Monat sollen Berechtigte fast das Doppelte bekommen, nämlich rund 370 Euro pro Monat. Die Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte soll sich mehr als verdreifachen, von 600.000 auf zwei Millionen. Darüber hinaus schlägt die Bundesregierung die Einführung einer dauerhaften Heizkostenkomponente vor sowie einer ebenfalls dauerhaften Klimakomponente, mit der Mieterhöhungen aufgrund von energetischen Gebäudesanierungen abgedeckt werden sollen. Die Bauministerin sprach von einem „großen Kraftakt“, die Auszahlung werde „einige Zeit in Anspruch nehmen“. Indirekt ging Geywitz damit auf die Appelle der Kommunen ein, deren Wohngeldstellen für die Bearbeitung der zu erwartenden Antragsflut zuständig sind: Wegen des Personalnotstands in den Verwaltungen könne das neue Wohngeld kaum zum Jahresanfang 2023 an alle ausgezahlt werden, warnen die Spitzenverbände seit Wochen. „Die Kommunen wissen nicht, wo ihnen der Kopf steht“, stellte auch Jan-Marco Luczak (CDU) fest. Die Koalition habe die

**»Sie haben die Ängste der Menschen über Monate nicht ernst genommen.«**  
Jan-Marco Luczak (CDU)

überfällige Reform viel zu spät auf den Weg gebracht. Er monierte außerdem handwerkliche Mängel im Entwurf, etwa bei der Mietstufen-Definition, die für die Bemessung der maximal zu bezuschussenden Miete oder der Belastung wichtig ist. Die Klimakomponente nannte Luczak eine „Mogelpackung“, da der energetische Zustand des Gebäudes für die Auszahlung keine Rolle spielen solle. Er forderte die Bundesregierung auf, in diesen und anderen Punkten nachzubessern. **Mietendeckel** Caren Lay, deren Fraktion Die Linke sich seit langem für eine Wohngeldreform einsetzt, nannte es unter anderem „inakzeptabel“, dass die Bundesregierung eine Wohnkostenbelastung von 40 Prozent zum Maßstab für den Anspruch auf Wohngeld mache. „Niemand sollte mehr als 30 Prozent seines Einkommens fürs Wohnen ausgeben müssen“, betonte sie. Die grundsätzlichen Probleme auf dem Wohnungsmarkt, „Mietentwahn und Spekulation“ durch private Konzerne, könne allerdings auch keine Wohngeldreform lösen. Hierfür müsste die Bundesregierung endlich einen bundesweiten Mietendeckel einführen. Roger Beckamp (AfD) warf der Koalition indes eine „selbst verschuldete Knappheit“ in den Bereichen Wohnen, Bauen und Energie vor. Indem sie immer mehr Anreize für die Flucht von „Millionen Men-

schens“ nach Deutschland setze, werde der Wohnraum für die Menschen hierzulande immer knapper und teurer. „Früher brauchte die Mittelschicht kein Wohngeld“, urteilte Beckamp, heute erhalte sie es als „Sozialkosmetik“. Laut Verena Hubertz (SPD) ist der Koalition „bewusst, dass wir mit dem Wohngeld nur ein Symptom bekämpfen“. Sie werde daher auch die Wurzeln des Problems der steigenden Wohnkosten anpacken. Das von Geywitz initiierte „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ habe dazu bereits gute Vorschläge gemacht. Für mehr Sozialwohnungen, eine neue Wohngemeinnützigkeit und eine energetische Erhöhung der Gebäude als Schutz vor weiteren Preissteigerungen warb Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen). Sie räumte ein, dass der Staat mit dem Wohngeld „indirekt auch die viel zu hohen Mieten in unserem Land finanziert“. Daniel Föst (FDP) ergänzte, der Staat könne „nicht auf Dauer einen großen Teil der Gesellschaft beim Bauen und Wohnen subventionieren“. Das Wohngeld müsse verbessert werden, aber: „Wir müssen auch schneller und günstiger bauen.“  *Johanna Metz*

### > STICHWORT

#### Maßnahmen für bezahlbares Wohnen und Heizen

**> Wohngeldreform** Der Gesetzentwurf von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD, Foto) sieht ab 1. Januar 2023 einen durchschnittlichen Mietzuschuss für Geringverdiener von 370 Euro statt bisher 180 Euro pro Monat vor. Die Zahl der berechtigten Haushalte soll von 600.000 auf zwei Millionen steigen.

**> Heizkostenzuschuss** Noch in diesem Jahr soll ein zweiter Heizkostenzuschuss derzeitige Wohngeldbezieher entlasten. Für Alleinlebende soll er 415 Euro und für zwei Personen 540 Euro betragen. Für jedes weitere Haushaltsmitglied steigt der Zuschuss um 100 Euro. Studierende und Auszubildende, die Bafög oder andere Beihilfen erhalten, sollen 345 Euro bekommen.



© picture-alliance/dpa | Sven Pflüger

### KURZ NOTIERT

#### Herkunftsnachweis für erneuerbare Energien

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf „zu Herkunftsnachweisen für Gas, Wasserstoff, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien und zur Änderung der Fernwärme- oder Fernkälte-Verbrauchserfassungs- und -Abrechnungsverordnung“ (20/3870) in erster Lesung beraten und überwiesen. Kern des Entwurfes ist ein Herkunftsnachweisregistergesetz, zur Festlegung der Details ist eine umfassende Verordnungsermächtigung vorgesehen. Wie die Bundesregierung in dem Entwurf ausführt, soll es voraussichtlich ab dem 1. Januar 2024 neben dem schon bestehenden Herkunftsnachweisregister beim Umweltbundesamt für Strom aus erneuerbaren Energien auch ein Herkunftsnachweisregister für gasförmige Energieträger, das sind Gas und Wasserstoff, geben. Ein Register soll ferner für Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energiequellen eingerichtet werden.  *hau*

#### Wahlvorschläge von AfD und Linke finden keine Mehrheit

Ohne vorherige Aussprache hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag unter anderem über die Besetzung des Gremiums nach dem Bundeswehrfinanzierungs- und -sondervermögensgesetz entschieden: Zwei Wahlvorschläge der AfD-Fraktion und der Fraktion Die Linke wurden abgelehnt. Während die AfD-Fraktion zum wiederholten Male den Abgeordneten Michael Espendiller (nominiert 20/3769) hatte, schlug die Linksfraktion erneut Gesine Lötzsch (20/3767) zur Wahl vor. Das Gremium geht auf das vom Deutschen Bundestag eingerichtete Sondervermögens Bundeswehr (20/1409) zurück.  *eis*

#### Agrarstatistikgesetz beschlossen

Ohne Debatte hat der Bundestag am Donnerstag den Entwurf eines Fünftens Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes (20/3445) der Bundesregierung in einer durch den Landwirtschaftsausschuss geänderten Fassung beschlossen. Die Vorlage wurde mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU/CSU bei Stimmhaltung der AfD und Die Linke angenommen. Die Änderungen seien nötig geworden, weil auf EU-Ebene neue Anforderungen an das Agrarstatistikgesetz entstanden seien, heißt es in der Vorlage.  *mis*

## Wachsender Widerspruch

**SCHADSTOFFE** Union gegen verschärfte EU-Vorschriften

Weniger Schadstoffe in Boden, Luft und Wasser – darauf zielen die neuen Umweltschutzvorschriften für große Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, mit denen die EU-Kommission neben der EU-Abfalldeponierichtlinie vor allem die EU-Industrieemissionsrichtlinie verschärfen will. Letztere regelt, wie Behörden jene Betriebe genehmigen und kontrollieren, die für die Umwelt eine Gefahr darstellen könnten, so etwa Raffinerien, Chemiefabriken oder Schweine- und Geflügelhöfe. Nach dem Kommissionsvorschlag sollen die Vorschriften künftig für mehr Branchen, etwa für Batteriehersteller und Rinderhöfe sowie auch für kleinere Betriebe gelten. Doch seit der Vorstellung der Pläne im April hagelt es Kritik seitens der Verbände: Bauernvertreter geißeln die Novelle als „Einstieg in die Abwicklung der Tierhaltung“ und auch die Industrie verlangt, das Vorhaben angesichts des Ukrainekrieges „auf Eis zu legen“.

**»Belastungsmoratorium«** Forderungen, die Gehör finden: Mit einem Antrag (20/3948) zur Stellungnahme des Bundestags zum Vorschlag der EU-Kommission, der am vergangenen Donnerstag erstmals beraten wurde, drängt die Union, die Belastungen für Industrie und Landwirtschaft

gering zu halten. Die gegenwärtige Krise sei „der falsche Zeitpunkt“ für strengere Regularien, sagte Christian Hirte (CDU) und mahnte die Ampel: „Halten Sie sich an Ihre eigenen Aussagen, ein Belastungsmoratorium zu ermöglichen!“ Unterstützung kam von Andreas Bleck (AfD): Der Antrag sei „richtig und wichtig“; die Regierung verhalte sich „bürgerlich und wirtschaftsfeindlich“ und vertrete nicht die Interessen des eigenen Landes. Die Krise vorzuschieben, um Reformen zur Eindämmung des Klima- und umweltschädlichen Ausstoßes von Methan und Ammoniak auszusitzen, sei zu einfach, kritisierte hingegen Dunja Kreiser (SPD). Unternehmensinteressen habe die Regierung „im Blick“, spiele sie aber nicht gegen Gesundheits-, Klima- und Umweltschutz aus. Die Krise vorzuschieben, um Reformen zur Eindämmung des Klima- und umweltschädlichen Ausstoßes von Methan und Ammoniak auszusitzen, sei zu einfach, kritisierte hingegen Dunja Kreiser (SPD). Unternehmensinteressen habe die Regierung „im Blick“, spiele sie aber nicht gegen Gesundheits-, Klima- und Umweltschutz aus. Die Krise vorzuschieben, um Reformen zur Eindämmung des Klima- und umweltschädlichen Ausstoßes von Methan und Ammoniak auszusitzen, sei zu einfach, kritisierte hingegen Dunja Kreiser (SPD). Unternehmensinteressen habe die Regierung „im Blick“, spiele sie aber nicht gegen Gesundheits-, Klima- und Umweltschutz aus.  *sas*

## Teurer Sprit und marode Brücken

**VERKEHR** Die Union will der Logistikbranche helfen und gerät selbst in die Kritik

Steigende Kraftstoffpreise, sanierungsbedürftige Straßen, Brücken, Gleisanlagen und Wasserstraßen und ein eklatanter Mangel bei Lkw-Fahrern - dies alles hat die Güterverkehr- und Logistikbranche in Deutschland in die wohl schwerste Krise der vergangenen Jahrzehnte gestürzt. Zumindest in der Beschreibung der aktuellen Probleme waren sich am vergangenen Donnerstag die Verkehrspolitiker aller Fraktionen einig. Bereits zweimal in den vergangenen Wochen hat sich der Verkehrsausschuss die Sorgen und Nöte der Branche in öffentlichen Anhörungen schildern lassen - zuletzt am vergangenen Mittwoch in einer Anhörung zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut im Jahr 2023. **Kostensteigerung bei LNG** Den Unternehmen stehe „das Wasser bis zum Hals“, befand denn auch die CSU-Abgeordnete Martina Englhardt-Kopf. Besonders hart treffe es jene Unternehmen, die in der Vergangenheit ihre Lkw-Flotten auf Flüssigerdgas (LNG) umgestellt hätten. „Im Gegensatz zu Dieselfahrzeugen können hier die Kostensteigerungen auf 600 bis 800 Prozent mehr nicht weitergegeben werden“, sagte die Verkehrspolitikerin. Die Unionsfraktion hatte einen Antrag (20/3932) eingebracht, in dem sie unter anderem einen

LNG-Rettungsschirm für die Logistikbranche forderte. Zudem müsse die geplante Erhöhung der Lkw-Maut ausgesetzt werden. Darüber hinaus setzt sich die Union für eine Beendigung der Sanktionen gegen Russland und die Wiederaufnahme aller vereinbarten Öl- und Gasimporte aus Russland, die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und ebenfalls einen Verzicht auf die anstehende Maut-Erhöhung, schnellere Planungsverfahren zur Sanierung und zum Neubau von Infrastruktur, eine Förderung der Ausbildungsberufe in der Lager- und Logistikbranche sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent.

Matthias Gastel (Grüne) monierte, die Union habe den Schienenverkehr zugunsten des Lkw-Verkehrs vernachlässigt. In der Folge würden rund 74 Prozent des gesamten Güterverkehrs per Lkw abgewickelt. Diese Politik setze sie mit ihrem Antrag fort. Dieser Kritik schlossen sich auch Udo Schiefner (SPD) und der Parlamentarische Staatssekretär Oliver Luksic (FDP) an. Der Unionsantrag enthalte keine Lösungsansätze, befand Schiefner. Die Koalition werde gemeinsam mit der Branche im nächsten Jahr geeignete Maßnahmen umsetzen. „Wir haben ja Häfen, Schiene, Luftverkehr. Sie aber reden nur vom Lkw“, sagte Luksic. Einen Teil der Unionsforderungen nach einer Beschleunigung der Sanierung der Verkehrsinfrastruktur hätten SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag zudem längst vereinbart und angepackt. „Wir haben 4.000 kaputte Brücken vorgefunden. Deswegen legen wir jetzt den Fokus auf das Brückenmodernisierungsnetz.“ Thomas Lutze (Linke) forderte, den Güterfernverkehr zu 80 bis 90 Prozent auf die Schiene zu verlagern: „Wir brauchen nicht mehr Parkplätze und Rasthöfe für Lkws; wir brauchen mehr Umlademöglichkeiten für Lkws auf die Schiene.“ Zudem müsse das Schienennetz der Bahn für den Güterverkehr massiv ausgebaut werden.  *aw*







Mediziner untersuchen den Zusammenhang zwischen Long-Covid und der kaum erforschten neuroimmunologischen Erkrankung ME/CFS. Die teilweise schwer kranken Patienten haben vergleichbare Symptome und hoffen inständig auf Heilung.

© picture-alliance/blickwinkel/McPHOTO

# Crash im Körper

**LONG-COVID** Die möglichen Langzeitfolgen einer Corona-Infektion machen Medizinern große Sorgen

**E**rschöpfung ist das dominierende Gefühl bei Menschen, die nach einer Infektion mit dem neuen Coronavirus unter gravierenden Spätfolgen leiden. Es ist eine grundlegende Schwäche, die alle Aktivitäten des Alltags infrage stellt, auch die Arbeitsfähigkeit. In manchen Fällen bilden sich die rätselhaften Symptome nach einer gewissen Zeit wieder zurück, in anderen Fällen nicht. Im dritten Jahr der Corona-Pandemie, mit ausreichend Impfstoffen bewehrt, richtet sich die Aufmerksamkeit von Medizinern vermehrt auf diese Gruppe von Patienten, die nur sehr langsam von einer Infektion genesen und teilweise mit erheblichen Einschränkungen leben müssen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat unlängst das nahende Ende der Pandemie in Aussicht gestellt, aber lässt sich das so eindeutig vorhersagen, wenn viele Betroffene langfristig an den Folgen laborieren? Die unterschiedlich schweren Langzeitfolgen einer Infektion mit Sars-Cov-2 sind früh in der Pandemie beobachtet und beschrieben worden, sie geraten nun auch in das Blickfeld von Sozialpolitikern, weil das Ausmaß der Erkrankung den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen tangieren könnte.

**Patienten mit ME/CFS fallen durch sämtliche Raster der klassischen Medizin.**

**Milder Verlauf** Sorgen bereitet Experten, dass von Corona-Langzeitfolgen nicht nur die sogenannten vulnerablen Gruppen der Älteren und Vorerkrankten mit einem zu vor schweren Krankheitsverlauf betroffen sind, sondern auch junge Leute, die nur einen leichten Verlauf erlebt haben, vor der Erkrankung aktiv waren, mitten im Leben standen und plötzlich kraftlos niedersinken, als hätte ihnen jemand den Stecker gezogen. Betroffen sind sogar Kinder. Im Oktober 2021 veröffentlichte die WHO erstmals eine Fallbeschreibung der Langzeitfolgen einer Covid-19-Erkrankung. Heute wird, je nach Verlauf, unterschieden zwischen Long-Covid und Post-Covid. Wenn infolge einer Infektion die Symptome nach vier Wochen nicht abgeklungen sind, sprechen Mediziner von Long-Covid. Halten Symptome sogar mehr als drei Monate an oder treten nach einer Infektion später wieder auf, ohne dass es dafür andere plausible Erklärungen gibt, wird dies als Post-Covid bezeichnet.

Die Krankheit kann, je nach Schweregrad, Auswirkungen auf die körperliche, geistige und psychische Gesundheit der Menschen haben. Bekannt sind kognitive Einschränkungen wie Konzentrations- und Gedächtnisprobleme, die als Gehirnebel beschrieben werden (Brain fog), Wortfindungsstö-

rungen, Depressionen, Angstzustände und Schlafstörungen. Patienten leiden auch unter Kurzatmigkeit, Muskelschmerzen, Kopfschmerzen, Husten sowie eingeschränkter Geruchs- und Geschmacksfähigkeit. Überlagert werden die sehr unterschiedlichen Symptome bei Long-Covid meist von Erschöpfung und stark eingeschränkter Belastungsfähigkeit. Dieses Phänomen ist als chronisches Erschöpfungssyndrom schon länger bekannt und nährt den Verdacht, das Coronavirus könnte die noch weitgehend unerforschte Krankheit Myalgische Enzephalomyelitis/Chronic Fatigue-Syndrom (ME/CFS) verursachen, an der in Deutschland geschätzt mindestens 250.000 Menschen und weltweit rund 17 Millionen Betroffene leiden und die ähnliche Symptome aufweist. Patienten mit ME/CFS fallen durch sämtliche Raster der klassischen Medizin. Betroffene, die teils zu schwach sind, um sich zu bewegen, werden in ihrer fatalen Lage oft allein gelassen, bisweilen abgestempelt als psychosomatische oder gar psychiatrische Grenzfälle.

Die Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP) nimmt an, dass bis zu 15 Prozent der Infektionen zu Long-Covid führen und zwei Prozent zu Post-Covid. Experten schätzen, dass weltweit schon mehr als 200 Millionen Fälle von Long-Covid aufgetreten sein könnten, darunter 17 Millionen in Europa. Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) gibt es Hinweise darauf, dass chronische Entzündungen und Verschlüsse der kleinen Gefäße (Mikrothromben), eine Reaktivierung des Epstein-Barr-Virus (EBV) und Autoimmunprozesse an der Entstehung von Corona-Langzeitfolgen beteiligt sind. Das EBV gilt auch als Auslöser von ME/CFS.

**Ohne Hoffnung** Der TV-Moderator und Arzt Eckart von Hirschhausen hat im WDR eine Dokumentation über Long-Covid veröffentlicht und kommt zu dem Schluss, dass die schwere Form von Long-Covid nichts anderes sei als ME/CFS. Auch andere Experten glauben, dass Long-Covid ein längst bekanntes Krankheitsbild ist, jünger verursacht durch einen neuen Erreger, nämlich Sars-Cov-2.

Hirschhausen besuchte Betroffene sowie Ärzte, die sich mit schweren Verläufen befassen. Den Patienten ist oft nicht anzusehen, wie krank sie wirklich sind und welche dramatische Wende ihr Leben genommen hat. Sie sind oft so schwach, dass sie nicht einmal ihr Handy bedienen können, geschweige denn aufstehen. Die Orthostatische Intoleranz (OI) ist bei Patienten mit

ME/CFS ebenso typisch wie bei schweren Fällen von Long-Covid. Symptome beim Aufstehen sind Schwindel, Benommenheit, Herzrasen, hoher Blutdruck, Gleichgewichtsstörungen und Atemnot. Martin, ein junger ME/CFS-Patient, Jurist, Anfang 30, ist vor vier Jahren nach einer Infektion plötzlich kollabiert und schildert in der Reportage seine Lage so: „Ich bin auf null: finanziell, emotional und körperlich.“ In seinem Bekanntenkreis hätten sich mehrere Betroffene das Leben genommen, weil sie ihre Situation als aussichtslos empfanden.

In der Mühlheimer Praxis von Beate Jäger werden Patienten mit schwerem Long-Covid und ME/CFS behandelt. Wesentlicher Bestandteil der Therapie ist die Blutwäsche, die sogenannte HELP-Apherese (Heparin-induzierte extrakorporale LDL-Präzipitation), bei der zunächst Blutplasma von den übrigen Blutbestandteilen getrennt wird. Bei der Behandlung werden Mikrogerinnsel entfernt, die im Blut von Patienten mit Long-Covid auffällig häufig zu finden sind.

**Lange Warteliste** Durch die Entfernung von Gerinnungs- und Entzündungsparametern aus dem Blutplasma soll die Organdurchblutung verbessert und der Sauerstoffaustausch erleichtert werden. In vielen Fällen von schwerem Long-Covid hat die Therapie, die ursprünglich gegen Fettstoffwechselstörungen entwickelt worden ist, offenbar gute Erfolge gebracht.

Nach Jägers Erfahrung sind schwere Covid-Verläufe zeitkritisch, weil der schlechte Zustand der Patienten irgendwann irreversibel werden könnte. Die Internistin spricht in der Dokumentation von einem Wettlauf mit der Zeit. Die medizinische Forscherin hat viele Patienten aus ganz Europa auf der Warteliste, die ihre Therapie offensichtlich als letzte Chance begreifen, offiziell zugelassen ist das Verfahren aber nicht, es gibt noch keine klinischen Studien zur Wirksamkeit. Inzwischen setzt auch eine Firma in der Schweiz auf die HELP-Apherese, der Erfolg in der Mühlheimer Praxis hat sich herumgesprochen.

Es gibt depressive Fälle von ME/CFS, die ratlos machen und betreffen. Über einen schweren Fall berichtete unlängst „Der Spiegel“. Eine junge Frau von 19 Jahren wurde aus ihrem Teenager-Leben gerissen: Diagnose: ME/CFS in seiner schwersten Form. Das Mädchen liegt seit fast zwei Jahren in einem abgedunkelten Raum und fühlt sich an manchen Tagen so schwach, dass sie den Arm nicht heben kann.

Bei Patienten mit ME/CFS geht es immer darum, die wenige Energie, die noch verfügbar ist, so effektiv wie möglich zu nutzen. Eine falsche Aktivierung kann schwerwiegende Folgen haben. Mediziner sprechen von der Post-Exertional-Malaise (PEM), einem verschlechterten Zustand infolge geringfügiger körperlicher oder geisti-

ger Anstrengung. Die Belastungsintoleranz ist nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für ME/CFS zugleich das charakteristische Leitsymptom der Krankheit und in allen etablierten klinischen Kriterien die Voraussetzung für eine ME/CFS-Diagnose. Betroffene nennen das, was nach einer Überforderung eintritt, schlicht „Crash“ und beschreiben ihren Zustand als einen Mix aus Grippe, Kater und Jetlag. Allein das Sitzen oder Stehen kann PEM auslösen, aber auch Licht oder Geräusche. Den Patienten wird empfohlen, innerhalb ihrer Energiegrenzen zu bleiben, die Strategie heißt Pacing.

Der Zusammenhang zwischen Long-Covid und ME/CFS wird auch in der Berliner Charité untersucht. Carmen Scheibenbogen leitet das Charité Fatigue Centrum und macht sich Sorgen, weil das Ausmaß an Corona-Infektionen auch die Zahl der schweren Verläufe ansteigen lässt. In einer Stellungnahme für eine Anhörung im Bundestag zu Spätfolgen einer Corona-Erkrankung erklärte Scheibenbogen im Juni 2021: „Aufgrund der raschen Zunahme von Covid-19-Infektionen weltweit wird die Prävalenz von Long-Covid wahrscheinlich erheblich sein und ein großes Problem für die Gesellschaft darstellen.“

Die Spezialisten vom Charité Fatigue Center sprechen bei der Diagnose ME/CFS von einer eigenständigen, komplexen Erkrankung. An chronischer Erschöpfung könnten Menschen auch leiden, wenn sie keine ME/CFS hätten. Typischerweise komme es bei ME/CFS nach einem Infekt zu schwerer Erschöpfung. ME/CFS könne auch infolge einer Covid-Infektion auftreten. Scheibenbogen hält die Versorgung von Patienten mit Long-Covid und ME/CFS für unzureichend und fordert von der Politik, das Problem offen zu benennen. Um den Missstand zu beheben, seien eine gezielte Förderung der Forschung nötig und Studien mit schon zugelassenen Medikamenten.

**Komplexe Diagnose** Die Ampel-Koalition hat die Brisanz offenbar erkannt, ME/CFS hat es in den Koalitionsvertrag geschafft. Dort wird die Absicht bekundet, für die Betroffenen von Long-Covid und ME/CFS „ein deutschlandweites Netzwerk von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen“ zu schaffen. Zugleich wird die Hilflosigkeit deutlich angesichts einer Erkrankung, die Mediziner nicht verstehen. Schon die Diagnose ist kompliziert, einen Biomarker, also ein im Blut oder Gewebe messbares biologisches Merkmal, gibt es nicht. Die Krankheit wird auf Basis klinischer Symptome festgestellt. Zuvor müssen

per Differenzialdiagnose andere mögliche Krankheitsbilder ausgeschlossen werden. Entsprechend hält sich auch die Bundesregierung bei der Beurteilung des Krankheitsbildes vorsichtig zurück. In ihrer Antwort (20/1796) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion schreibt die Bundesregierung im Mai 2022 vage, der Zusammenhang zwischen den Erkrankungen ME/CFS und Long-Covid müsse differenziert betrachtet werden. Nur bei einer Teilgruppe der von Long-Covid oder Post-Covid Betroffenen fänden sich ähnliche Symptome wie bei ME/CFS. Weiter heißt es in der Antwort, für die Aussage, wonach in Deutschland mit 100.000 zusätzlichen Erkrankungen an ME/CFS infolge von Covid-19 zu rechnen sei, gebe es keine hinreichenden Belege.

**Post-Vac-Syndrom** In seltenen Fällen kann offenbar auch eine Corona-Impfung schwere Nebenwirkungen auslösen, die an Long-Covid erinnern. Das Post-Vac-Syndrom ist bei einigen Betroffenen nach der zweiten Corona-Impfung aufgetreten. Der Kardiologe Bernhard Schieffler vom Universitätsklinikum Marburg hat viele Verdachtsfälle gesehen. Er berichtet, Patienten hätten ein „buntes Bild“ an

Symptomen: von Herzproblemen und Brustschmerzen über migräneartige Kopfschmerzen bis hin zu Lähmungserscheinungen in den Extremitäten. Frauen sind offenbar öfter betroffen als Männer. Gleichwohl ist die Datenlage dünn, die Zusammenhänge sind noch unklar. Manche Ärzte trauen sich an das Thema nicht heran, weil sie um die Impfkampagne fürchten, die zweifelsohne viele Menschenleben gerettet hat.

Hoffnung verbreiten Forscher der Universität Erlangen, die sich mit den Gemeinsamkeiten der Krankheiten Long-Covid und ME/CFS befassen. Die Hoffnung gründet auf dem noch nicht zugelassenen Herzmedikament BC007, entwickelt von einem Berliner Start-up, das bei Patienten mit chronischem Erschöpfungssyndrom Erfolge gezeigt hat. BC007 kann Autoantikörper binden und neutralisieren.

Nach Ansicht der Molekularmedizinerin Bettina Hohberger vom Uniklinikum Erlangen ist eine eingeschränkte Mikrozirkulation in den feinen Blutgefäßen als Auslöser für Long-Covid-Symptome denkbar. „Möglicherweise verändern die Autoantikörper die Blutzellen oder die Blutgefäße, was die Einschränkung der Mikrozirkulation erklären könnte und zu einer Unterversorgung mit Sauerstoff führen kann.“ Das Bundesforschungsministerium fördert der-

zeit zehn Projekte zur Erforschung der Spätfolgen von Covid-19 mit insgesamt 6,5 Millionen Euro, darunter das Projekt in Erlangen. Die Forscher an der Uni Erlangen wollen in einer erweiterten Studie prüfen, ob BC007 auch der Schlüssel für eine Therapie von ME/CFS sein könnte.

**Sozialsystem belastet** Nicht nur die Betroffenen sehnen sich nach Erfolgen der Wissenschaft, auch die Politik hofft auf einen Durchbruch, da mit der Zahl der Kranken die gesundheits- und arbeitsmarktpolitischen Sorgen größer werden. Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) räumte im Sommer 2022 in der „Zeit“ ein: „Wir haben nicht im Ansatz die Kapazität, die vielen Fälle zu versorgen.“ Er befürchtet, dass viele Betroffene von Long-Covid nicht mehr zu ihrer Leistungsfähigkeit zurückfinden und dem Arbeitsmarkt dauerhaft verloren gehen könnten. Insofern ist aus Sicht des Gesundheitspolitikers jede Infektion problematisch, weil sie die Möglichkeit einer dauerhaften Schädigung in sich trägt.

Nach Ansicht des Ärzteverbandes Long-Covid wird die Problemlage dramatisch unterschätzt, zumal oft das nötige Hintergrundwissen fehlt. Sowohl das Post-Covid-Syndrom wie auch ME/CFS seien bisher weder ausreichend verstanden noch ursächlich therapierbar, erklärte der Verband, dessen Präsidentin die bekannte Spezialistin für Atemwegserkrankungen und Long-Covid, Jördis Frommhold, ist, in einer Stellungnahme für den Bundestag.

Beide Erkrankungen führten selbst in moderaten Fällen oft zu einem hohen Grad körperlicher Behinderung. Die Fachärzte warnten: „ME/CFS und das Post-Covid-Syndrom bergen das Potenzial, das Gesundheits- und Sozialsystem in Deutschland generationenübergreifend und über den Zeitraum der akuten Pandemie hinaus erheblich zu belasten.“

Welche Folgen sich für den Arbeitsmarkt konkret ergeben können, hat die Techniker Krankenkasse (TK) im Juli 2022 hochgerechnet. Zwar sei die Zahl der Long-Covid-Betroffene 2021 im Mittel für 90 Tage krankgeschrieben. Bei Long-Covid-Patienten, die mehr als sieben Tage im Krankenhaus lagen, waren es 168 Tage, und Betroffene, die im Krankenhaus beatmet werden mussten, waren sogar für 190 Tage im Durchschnitt krankgeschrieben.

Zum Vergleich: Die übrigen TK-Versicherten waren im Schnitt knapp 15 Tage krankgeschrieben. Mit Verweis auf die steigende Zahl der Corona-Infizierten erklärte Kasenschef Jens Baas: „Es ist nicht abzusehen, was da gegebenenfalls noch auf uns zukommt.“

Claus Peter Kosfeld



Dass die Bundesregierung Unternehmen und Haushalte im Inland mit Milliarden unterstützt, jedoch einen europäischen Gaspreisdeckel ablehnt, kommt bei den anderen EU-Mitgliedstaaten nicht gut an. Sie fürchten Wettbewerbsverzerrungen im EU-Binnenmarkt. Eine Lösung im Streit um die Abfederung der hohen Energiepreise wird nicht vor November erwartet

picture-alliance/Rupert Oberhäuser

# Streit um Kostenbremse

**EUROPA** Staaten ringen um gemeinsame Lösungen bei Bewältigung der Energiekrise

Und 120 Euro kostet die Megawattstunde Gas in diesen Tagen. Das ist deutlich weniger als der Spitzenpreis von 300 Euro im Sommer, aber auch deutlich mehr als die Marke von 50 Euro, die in der EU angestrebt wird. Das Thema wird beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag im Mittelpunkt stehen. Allerdings ist höchst umstritten, wie genau die Politik die Energiepreise so abfedern kann, dass Haushalte und Unternehmen durch den Winter kommen. 17 von 27 EU-Mitgliedstaaten fordern einen Gaspreisdeckel. Im Detail haben sie davon aber sehr unterschiedliche Vorstellungen. Manche Länder wollen ein Limit für Gas-Einfuhrpreise, andere Obergrenzen im innersuropäischen Gashandel. Wieder andere fordern Subventionen für Gas, das in der Stromerzeugung eingesetzt wird. Beim informellen EU-Gipfel Anfang des Monats in Prag wurde bereits sichtbar, wie weit die Positionen auseinander liegen. An diesem Dienstag wird die EU-Kommission neue Vorschläge als Diskussionsgrundlage für den Gipfel vorlegen. Doch auch dort

## Die einen fordern einen Gaspreisdeckel, die anderen Subventionen auf Gas.

wird noch kein Durchbruch erwartet. Eine Einigung soll es erst im November geben, ehe es in Europa richtig kalt wird. Die Bundesregierung lehnt einen Gaspreisdeckel für Einfuhrpreise strikt ab. Sie befürchtet, dass Gas in andere Regionen der Welt umgeleitet wird, wenn EU-Staaten nur noch einen bestimmten Preis für Gaslieferungen bezahlen. Schiffe mit LNG-Ladungen könnten nach Asien abdrehen, wenn dort ein höherer Ertrag zu erwarten ist. Die EU-Kommission teilt die Einschätzung. Gemeinsam mit den Niederlanden macht sich die Bundesregierung stattdessen für den gemeinsamen Einkauf von Gas stark. Bislang hatte sie die Plattform der EU-Kommission, die einen solchen gemeinsamen Einkauf organisieren soll, allerdings systematisch ausgebremst. Gerade kleine Länder wie Österreich waren frustriert, dass der gemeinsame Einkauf nicht vorankam. Beobachter gehen sogar davon aus, dass der Gaspreis im vergangenen Sommer so stark stieg, weil Deutschland Gas kaufte, um seine Speicher zu füllen. Dass Länder sich gegenseitig überbieten, soll der gemeinsame Einkauf verhindern. EU-Energiekommissarin Kadri Simson will

ihn ab 2023 auf den Weg bringen. Offensichtlich wird die europäische Unternehmen, die Gas einkaufen, verpflichtet, das zu einem bestimmten Prozentsatz über die Plattform abzuwickeln. Leichter ließe sich das sicherlich bei Unternehmen durchsetzen, die sich – wie der Energiekonzern Uniper – in Staatsbesitz befinden. Eine andere Variante, die Energiepreise zu senken, wäre das Modell, das Spanien und Portugal bereits umsetzen. Beide haben den Strompreis vom Gaspreis entkoppelt. Verbraucher wurden so entlastet – allerdings mit der Nebenwirkung, dass der Stromverbrauch gestiegen ist, statt zu sinken. Länder wie Deutschland und die Niederlande waren davor, dass ein Eingriff in die Energiemärkte nicht dazu führen dürfe, dass mehr Energie verbraucht werde. EU-Energiekommissarin Simson erwägt daher verpflichtende Energieeinsparziele für diesen Winter. Überlagert wird die Diskussion von dem 200 Milliarden Euro-Entlastungspaket der Bundesregierung, das die steigenden Energiekosten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern soll (siehe Seiten 1 und 6). In kleineren EU-Mitgliedstaaten, aber auch in Brüssel, kam das

## Die Bundesregierung darf nicht den Eindruck erwecken, den Wettbewerb zu verzerren.

unabgestimmte Vorgehen der Bundesregierung schlecht an. Es entstand der Eindruck, Deutschland bremse in Brüssel beim Gasdeckel, unterstütze aber im Inland Haushalte und Unternehmen sehr großzügig. Finanzminister Christian Lindner (FDP) versuchte im Kreis der EU-Finanzminister die Wogen zu glätten: Er wies darauf hin, das deutsche Programm laufe bis 2024. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt sei der deutsche Schirm nicht größer als die Summen, die andere EU-Länder bereits zur Entlastung bereitgestellt hätten. Trotzdem befindet sich die Bundesregierung in einem Dilemma. Gegenüber den eigenen Bürgern will sie den Eindruck erwecken, stark zu agieren. Gegenüber den anderen EU-Mitgliedern darf sie nicht den Eindruck erwecken, den Wettbewerb zu verzerren. Genau das hatten der italienische EU-Kommissar Paolo Gentiloni, zuständig für Wirtschaft, und sein französischer Kollege Thierry Breton, zuständig für Binnenmarkt, der Bundesregierung vorgeworfen. Sie warben dafür, gemeinsam Schulden aufzunehmen. Die Bundesregierung hat ihre Ablehnung dazu aufgegeben, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass mit diesen gemeinsamen Schulden

Kredite finanziert werden. Zuschüsse wie sie im Corona-Hilfsprogramm RRF vorgesehen sind, soll es nicht geben. Das neue Instrument soll sich am SURE-Programm orientieren, das von der EU-Kommission geschaffen wurde, damit Mitgliedstaaten während der Corona-Krise Kurzarbeitsprogramme aufsetzen können. Sie erhalten dafür zu günstigeren Konditionen Kredite. Bei steigenden Zinsen wird ein solches Programm zusehends attraktiver für Länder mit schwächerer Bonität. Italien etwa hat seine Kapitalkosten gerade steigen sehen, weil die Finanzmärkte Wahlsiegerin Giorgia Meloni skeptisch gegenüber stehen.

**Neues Strommarktdesign** Mittelfristig will die EU auch den Strompreis vom Gaspreis entkoppeln. 2023 will die Kommission dazu einen Vorschlag vorlegen. Ökonomen warnen jedoch vor einem neuen Design des Strommarkts – Investitionen in erneuerbare Energien könnten sich dann nicht mehr rechnen, fürchten sie. Immerhin in einem Punkt haben sich die EU-Staaten Ende September geeinigt: Übergewinne von Stromproduzenten, aber auch von Öl-, Kohle- und Gasunternehmen sowie Raffinerien sollen abgeschöpft werden, um Entlastungen für die Bürger zu finanzieren.

Silke Wettach || Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

## Irak-Einsatz vor Fortsetzung

**BUNDESWEHR** Die Bundesregierung will die Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz gegen den „Islamischen Staat“ (IS) und zur Truppenausbildung im Irak fortsetzen. Einen entsprechenden Antrag (20/3818) überwies der Bundestag vergangene Woche an den federführenden Auswärtigen Ausschuss. Vorgehen ist die Entsendung von wie bisher bis zu 500 Bundeswehrsoldaten, die die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte ausbilden und beraten und unter anderem Aufgaben wie Lufttransport und Luftraumüberwachung sowie Aufklärung und Lagebildherstellung übernehmen sollen. Eingesetzt werden sie im Rahmen der Nato-Mission Iraq (NMI) und der internationalen Anti-IS-Koalition (Operation Inherent Resolve, OIR). Die Unterstützung mit Nato-AWACS-Flügen zur Luftüberwachung „wurde infolge des russischen Angriffskriegs umpriorisiert, und ist seitdem nicht mehr für OIR im Einsatz“, heißt es weiter. Dies bleibe aber Teil des Mandats, um für den Fall der Wiederaufnahme mandatsrechtlich vorbereitet zu sein. Auch wenn die zusammenhängende territoriale Kontrolle des IS über Gebiete in Irak und Syrien durch die internationale Anti-IS-Koalition und regionale Partner 2019 erfolgreich gebrochen worden sei, dauerten bewaffnete IS-Angriffe an, heißt es im Antrag. Die Terrororganisation sei weiterhin „fähig und willens, Anschläge in Irak, Syrien und Europa sowie darüber hinaus zu verüben“. Laut einer Evaluation der Bundesregierung zum Irak-Einsatz (20/3885) könnten die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte (ISF) in den vergangenen Jahren auch durch die Unterstützung der Bundeswehr zunehmend befähigt werden, die Sicherheit und die territoriale Unversehrtheit im Land selbst zu gewährleisten. Entwicklungen wie diese „dürfen auch in der Phase der weiterhin schwierigen irakischen Regierungsbildung nicht vornehmlich durch eine Beendigung des internationalen Engagements im Rahmen von OIR gefährdet werden“, heißt es im Bericht. Es bleibe im deutschen Interesse, ein Wiedererstarken des IS und eine erneute Destabilisierung des Iraks zu verhindern. ahe ||

## Umstrittene Waffenexporte

**SAUDI-ARABIEN** Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung auf, den Export von Waffen nach Saudi-Arabien einzustellen. Das Land führe einen Krieg im Jemen, der eine der schlimmsten humanitären Krisen der Welt befeuert, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (20/3947), den der Bundestag vergangene Woche in die Ausschüsse überwies hat. „Ausgerechnet für die Lieferung von Ausrüstung und Munition für Kampfflugzeuge im Wert von 36 Millionen Euro an Saudi-Arabien hat die Bundesregierung nun eine Exportgenehmigung erteilt.“ Dies widerspreche den Zielen des Koalitionsvertrags zwischen SPD, Grünen und FDP, in dem vereinbart sei, keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten zu erteilen, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt seien. „Die Lieferung von Waffen an kriegführende Diktaturen widerspricht sowohl einer feministischen als auch einer wertegeleiteten Außenpolitik“, schreiben die Antragsteller und fordern die Bundesregierung auf, „die Auslieferung von Kriegswaffen, Rüstungsgütern, einschließlich Ersatzteile und Munition, an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zu stoppen und erteilte Genehmigungen zu widerrufen.“ ahe ||

## Hoffnung auf Frieden am Hindukusch

**UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS** Bundesregierung wollte sich Zeugen zufolge weiter in Afghanistan engagieren

Zwei Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes haben dem Afghanistan-Untersuchungsausschuss (siehe Kasten) am vergangenen Donnerstag in seiner zweiten Zeugenbefragung Rede und Antwort gestanden. Geladen waren der ehemalige Gesandte der deutschen Botschaft in Kabul und ein Referent des Auswärtigen Amtes, der im Untersuchungszeitraum in der deutschen Botschaft in Islamabad und danach als Pakistan-Referent im Auswärtigen Amt in Berlin tätig war. Themen waren die Sicherheitslage in Afghanistan nach dem Abschluss des Doha-Abkommens zwischen den USA und den Taliban im Februar 2020 und der Handlungsbedarf, den die Zeugen daraus ableiteten. Beide bestätigten das bereits zuvor von mehreren Bundeswehrangehörigen gezeichnete Bild einer sich immer schneller verschlechternden Sicherheitslage nach dem Doha-Abkommen. Man habe die Kampfkraft der afghanischen Armee offenbar überschätzt, berichtete der ehemalige Gesandte. Das Doha-Abkommen habe die Moral der dortigen Soldaten und Polizisten untergraben. In seinen Lageberichten sei er daher zu einer immer kritischeren Einschätzung der Situation gekommen. Dennoch habe er mit einem so raschen Zusammenbruch der afghanischen Struk-

turen in den letzten Wochen nicht gerechnet. Bis zu seinem Dienstreise im Juni 2021 in Kabul sei er davon ausgegangen, dass Deutschland auch nach dem Ende der internationalen Mission „Resolute Support“ eine diplomatische Vertretung in Afghanistan unterhalten werde. Für die Sicherheit der Mitarbeiter habe man stets alles Erdenkliche getan und Pläne für eine mögliche Evakuierung der Botschaft und des Generalkonsulats frühzeitig erarbeitet, betonte der Außenamtsmitarbeiter. Dass es tatsächlich dazu kommen würde, eine so große und letztlich unbestimmte Zahl an Ortskräften unter Zeitdruck von einem ungesicherten Flughafen aus in Sicherheit zu bringen, habe sich aber niemand vorstellen können. **Ziel einer Einheitsregierung** Die Zeugenbefragung unterstrich den Eindruck, dass die deutsche Diplomatie ihr Engagement in Afghanistan möglichst fortsetzen wollte und darauf setzte, dem im Doha-Abkommen angedachten Friedensprozess zum Erfolg zu verhelfen. Ziel war es offenbar, auf eine die unterschiedlichen politischen Kräfte versöhnende afghanische Einheitsregierung hinzuarbeiten. Nach dem Regierungswechsel in den USA habe die Bundesregierung auf einen Strategiewechsel der

Administration unter Präsident Joe Biden gehofft und in der ersten Jahreshälfte 2021 monatelang gespannt auf das Ergebnis des „Reviewprozesses“ der neuen Akteure in Washington gewartet, berichtete der ehemalige Botschafts-Gesandte. Würden die Amerikaner ihren Truppenabzug verlangsamen oder gar ganz überdenken? „Wir sa-

ßen wie auf Kohlen. Wir wollten wissen, wie sich die Amerikaner entscheiden.“ Konkrete Planungen für den Abzug des gesamten zivilen und diplomatischen Personals habe es aber erst gegeben, als sich die Sicherheitslage rapide verschlechterte. „Das war erst Wochen nach meiner Abreise“, sagte Diplomat. Er betonte, bei allen Risiken, die das Doha-Abkommen wegen der Beteiligung der bis dahin ausgeschlossenen Taliban beinhaltet habe, sei der darin vereinbarte Friedensprozess eine Möglichkeit gewesen, den Verfall der afghanischen Strukturen aufzuhalten. Man habe es als eine seit fast 40 Jahren nicht dagewesene Chance begriffen und versucht, den Friedensprozess zu begleiten und zu unterstützen. „Wir haben diesen Rahmen genommen und diesen Prozess unterstützt, einfach weil es der einzige war.“ Die afghanische Regierung und die radikalislamischen Taliban hätten sich erstmals an einen Tisch gesetzt und sich zumindest als Gesprächspartner akzeptiert. Diesen Donnerstag setzt der Untersuchungsausschuss seine Vernehmungen fort. Als Zeugen sind geladen ein Referent der Ständigen Vertretung bei der Nato in Brüssel und ein ehemaliger Referatsleiter der Afghanistan-Abteilung im Auswärtigen Amt. Lucas Lyppe ||

## Ausgleich gesucht

**ENTWICKLUNG** Hilfen für ärmere Länder bei Klimaschäden

Wie können die von der Klimakrise am stärksten betroffenen Regionen bei der Bewältigung klimabedingter Schäden und Verluste unterstützt werden? Diese Frage hat den Entwicklungsausschuss vergangene Woche in einer Anhörung beschäftigt. Zur Diskussion standen insbesondere das Instrument der Klimarisikoversicherungen und die Einrichtung eines multilateralen Finanzierungsinstrumentes (Finanzfazilität). Sabine Minninger von „Brot für die Welt“, unterstützte die Forderung nach einer solchen Finanzfazilität. Klimarisikoversicherungen dienen nicht der Klimagerechtigkeit, weil Staaten, die den Klimawandel nicht verursacht haben, die Prämien bezahlen müssten. Den Absicherungsbedarf bezifferte sie auf 280 bis 500 Milliarden US-Dollar. Astrid Zwick, zuständig für Finanz- und Versicherungsleistungen (InsuResilience) bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, wertete Klimaversicherungen hingegen als Teil des Risikomanagements. Länder mit hohem Versicherungsbestand könnten mit der Auszahlung ihre Wirtschaft ankurbeln, einkommensschwache Länder benötigten alles für die Katastrophenbearbeitung. Tasneem Essop, geschäftsführende Direktorin des Climate Action Network, eines Netzwerks von Nichtregierungsorganisationen,

appellierte an Deutschland, bei der Weltklimakonferenz in Ägypten einer Einigung über eine Finanzierungfazilität nicht im Wege zu stehen. Skeptisch äußerte sie sich gegenüber dem globalen Schutzschirm der G7-Staaten gegen Klimarisiken; sie hätten keine gute „Umsetzungsbilanz“. **»Baldige Lösung«** Auch Maxime Souvignat, Analysteamleiter des „UN University Institute for Environment and Human Security“, drang auf eine baldige Lösung der Finanzierungsfrage. Ein globaler Schutzschirm berge auf bestehenden Strukturen auf, die Finanzierung könne außerdem gut koordiniert werden. Für Gina Cortés Valderrama, Gender & Climate Policy Manager bei der Organisation „Women Engage for a Common Future“, geht es um Wiedergutmachungen und Entschädigungen. „Wir brauchen eine feministische Perspektive, echte Innovation, wir müssen die Macht anders und neu verteilen“, sagte sie. Dem Physiker Peter Vögelte zufolge hat Kohlendioxid keinen Einfluss auf das Klima. Motive für Entwicklungszusammenarbeit können aus seiner Sicht nur humanitäre Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Berücksichtigung eigener nationaler Interessen sein. Volker Müller ||

Sollte der russische Präsident auf ein Desinteresse der Welt am Schicksal der Ukraine gesetzt haben, wurde er in der vergangenen Woche eines Besseren belehrt. 143 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen stimmten für eine Resolution, die den Versuch Russlands, sich Gebiete der Ukraine einzuverleiben, klar als Völkerrechtsbruch verurteilt und die Annexion für ungültig erklärt. Nur fünf Länder votierten gegen die Vorlage, 35 enthielten sich. An der Seite mit Russland stimmten Belarus, Nordkorea, Nicaragua und Syrien. Der Beschluss ist völkerrechtlich nicht bindend, zeigt aber die klare internationale Isolation, in die Wladimir Putin sein Land mit dem Angriff auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 gebracht hat.

China und Indien blieben wie bereits bei einer Resolution im März zur Zurückweisung der russischen Aggression bei einer Enthaltung und mahnten, dass der Dialog für eine Friedenslösung aufrechterhalten werden müsse. Gleichwohl hat zum Beispiel der Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im usbekischen Samarkand vor einem Monat gezeigt, dass der russische Präsident nicht allzu viel auf das wohlwollende Stillschweigen beider Länder geben kann. Nach dem Gespräch mit Chinas Staatschef Xi Jinping sah sich Putin zu den Worten veranlasst, für dessen „Fragen und Sorgen“ in Bezug auf die Ukraine-Krise Verständnis zu zeigen. Indiens Premierminister Narendra Modi beschied Putin in Samarkand knapp: „Heute ist keine Ära des Kriegs“.

Der UN-Dringlichkeitssitzung in New York in der vergangenen Woche vorausgegangen war eine neuerliche Eskalation mit russischen Angriffen auf Städte und zivile Infrastrukturen in der Ukraine. Raketen schlugen in Stadtzentren ein, trafen Wohnhäuser, Parks und Kinderspielflächen. Marschflugkörper und Drohnen zerstörten oder beschädigten Wärmekraft- und Elektrizitätswerke. Mindestens 14 Menschen kamen landesweit bei den Angriffen am vorvergangenen Montag ums Leben, mindestens 97 wurden verletzt, wie der ukrainische Zivilschutz mitteilte. Die Angriffe folgten nach einem Anschlag, bei dem – pünktlich zum 70. Geburtstag des russischen Präsidenten – Teile der militäristisch wichtigen Krimbrücke an der Straße von Kertsch zwischen Schwarzem Meer und Asowschen Meer zerstört worden waren. Mindestens drei Menschen kamen nach russischen Angaben ums Leben. Russland spricht von einem „Terrorakt“ und macht den ukrainischen Militärgeschichtsdienst dafür verantwortlich.

Westliche Beobachter werten die russischen Vergeltungsschläge auf die Ukraine als Zeichen eines fortschreitend enger werdenden Handlungsspielraums für den Kreml. Seine Truppen befinden sich seit Wochen in den besetzten Gebieten auf dem Rückzug, zunächst in der ukrainischen Oblast Charkiw, zurzeit in der ukrainischen Oblast Cherson. Bezweifelt wird auch, dass Russland mit schwerer Artillerie seine Rückschläge wettmachen könne. Die Vorräte an Marschflugkörpern und Raketen sind begrenzt, Neubeschaffung oder Nachschubproduktion wegen der westlichen Sanktionen erschwert. Das russische Bombardement ukrainischer Städte dürfe letztlich verstärken, was Moskau zu verhindern trachtet: Die westliche Unterstützung der Ukraine – nun etwa mit Luftabwehrsystemen – wird größer, nicht kleiner. Der ukrainische Verteidigungsminister Olexij Resnikow beantwortete den russischen Raketenbeschuss mit einem geflügelten Wort des französischen Diplomaten Talleyrand: „Das ist mehr als ein Verbrechen, das ist ein Fehler.“

Die Ende September verkündete russische „Teilmobilisierung“ verläuft ungeordnet und stößt auf verbreiteten Unwillen: Hunderttausende Russen entziehen sich dem Risiko, in diesen Krieg hineingezogen zu werden, durch



# Die nächste Niederlage

**KRIEG IN DER UKRAINE Die Welt weist in der UN-Vollversammlung die russische Annexion mit deutlicher Mehrheit zurück. Russland setzt weiter auf Eskalation**

**Klares Votum gegen den Völkerrechtsbruch: Eine unerwartet große Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten verurteilt den russischen Versuch einer kriegerischen Landnahme in der Ukraine.**

eine Flucht ins Ausland. Auf der anderen Seite rufen in Russland als „Sofa-Soldaten“ bezeichnete Hardliner im Fernsehen dazu auf, die zivile Infrastruktur der Ukraine mit einem wochenlang anhaltenden Raketenhagel in Schutt und Asche zu legen, um den Widerstandwillen zu brechen, die ukrainische Armee zu zerschlagen und mit einer Flüchtlingsbewegung zudem europäischen Ländern unter Druck zu setzen.

**Eskalation** Was die ukrainischen Bewohner der besetzten Gebiete angesichts solcher im russischen Staatsfernsehen offen zur Schau gestellter rhetorischen Eskalation zu fürchten haben, zeigt ein in der vergangenen Woche häufig geteiltes Video in den sozialen Netzwerken, das einen Wortführer der „Volksrepublik Donezk“ namens Pawel Gubarew in Kampfmontage zeigt. Ukrainer, die sich der russischen Angliederung widersetzen, seien „Russen, die vom Teufel besessen sind“, so eine Worte. „Wir kommen nicht, um Sie zu tö-

ten, sondern um Sie zu überzeugen. Aber wenn Sie nicht wollen, dass wir Sie überzeugen, bringen wir Sie um.“

Weltweit wächst die Sorge, dass Russland mit einem atomaren Tabubruch wettmachen könnte, was seiner Armee in der Ukraine konventionell nicht gelingt. Der russische Präsident hatte bei der Verkündung der „Teilmobilisierung“ davon gesprochen, „alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen“, wenn die territoriale Integrität Russlands bedroht werde, dabei aber offen gelassen, ob sich diese Drohung auch auf die besetzten Gebiete bezieht. Nach dem Angriff auf die Krimbrücke hat er diese Aussage und auch Rufe aus seinem Umfeld nach dem Einsatz von taktischen Atomwaffen neu kalibriert. Auf weitere „Terroranschläge“ würden „harte Antworten“ folgen, die „der Ebene der Bedrohungen entsprechen“, die für Russland entstanden, sagte Putin nun. In der Vergangenheit war die Krimbrücke vom Kreml als „rote Linie“ bezeichnet worden. Das 2018 fer-

**»Das ist mehr als ein Verbrechen, das ist ein Fehler.«**

Olexij Resnikow, Verteidigungsminister der Ukraine

tiggestellte Bauwerk ist die Lebensader der 2014 von Russland annektierten Halbinsel. Westliche Staaten bleiben bei ihrem Kurs, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen die russische Aggression zu unterstützen, ohne dabei in eine Auseinandersetzung zwischen Nato und Russland zu geraten. „Wir helfen der Ukraine dabei, ihren Boden zu verteidigen, niemals dabei, Russland anzugreifen“, so formulierte es Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf Twitter. Er und die anderen Staats- und Regierungschefs der G7 wiesen vergangene Woche nach einer Videokonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die „illegale Annexion“ von vier ukrainischen Regionen durch Russland zurück. Man werde die Annexion nie anerkennen. Die Runde kritisierte auch eine „unverantwortliche nukleare Rhetorik, die den Weltfrieden und die globale Sicherheit aufs Spiel setzt“. Jeder Einsatz chemischer, biologischer oder nuklearer Waffen durch Russland würde schwerwiegende Folgen haben, warnte sie. Der Ukraine sicherte die G7 weitere finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe zu. Man werde „fest an der Seite der Ukraine stehen, solange es nötig ist“.

Alexander Heinriche

**Bereits der Verlust einer Kammer würde Biden massiv Beinfreiheit kosten.**

**Umfragen müssten einen Kanterieg der Republikaner abbilden. Das tun sie aber nicht.**

# Beinfreiheit oder Tritt vors Schienbein?

**USA Republikaner vor den Midterms ohne Oppositionsbonus**

Seit er 2016 inmitten breiter Hillary Clinton-Euphorie einen klaren Wahlsieg von Donald Trump prognostizierte (und recht behielt), hört die politische Klasse in Amerika genauer hin, wenn sich der linke Dokumentarfilmer Michael Moore ins Tagesgeschäft einklinkt. Der preisgekrönte Macher von Werken wie „Bowling for Columbine“ sagt den Demokraten bei den in knapp drei Wochen stattfindenden Zwischenwahlen zum Kongress einen erdrutschartigen Sieg voraus und steht damit gegen alle historische Erfahrung erneut fast mutterseelenallein auf politischer Flur.

Dennoch die volatile Umfragen-Industrie tendiert im Grundsatz dazu, dass auch die 2022er Auflage der Midterms der Faustregel der vergangenen Dekaden folgt. Danach kassiert die Partei des amtierenden Präsidenten, in diesem Fall ist es der Demokrat Joe Biden, zwei Jahre nach Amtsantritt voraussichtlich einen Tritt gegen das Schienbein. Die Ausgangskonstellation scheint Republikanerefreundlich: Um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, müssten die Konservativen im Repräsentantenhaus von 435 Sitzen nur zusätzliche fünf zurückerobern. Im Senat, wo nur 35 von 100 Posten neu zu vergeben sind, reicht ein einziger. Dabei gilt: Bereits der Verlust der Mehrheit in nur einer Kongresskammer würde Biden in der zweiten Hälfte seiner Amtsperiode bis Januar 2025 massiv politische Beinfreiheit kosten. Gingen beide „Häuser“ an die republikanische Opposition, droht dem Mann im Weißen Haus die Totalblockade und dem Land Gesetzgebungsstillstand.

Moore stützt seine Annahme im Kern auf zwei Faktoren: Danach hat im Sommer die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Washington, das seit fast 50 Jahren landesweit geschützte Recht auf Abtreibung zu kippen und die Zuständigkeit für Schwangerschaftsabbrüche an die 50 Bundesstaaten zurückzugeben, nachgerade „tektonische Verschiebung“ in der Wählerschaft bewirkt. Zu Hunderttausenden hätten sich Frauen quer durchs Land in die Wählerverzeichnisse eintragen lassen; mutmaßlich, um ihren tiefen Unmut über das vielerorts de facto zu einem Totalverbot von Abtreibungen führende Urteil des unter Donald Trump mehrheitlich nach rechts-konservativ verschobenen Supreme Courts an der Wahlurne zum Ausdruck zu bringen. Bei den Republikanern herrscht seither latente Panik. Viele ihrer Kandidatinnen und Kandidaten umschiffen das Thema „abortion“ nach Kräften. Die Demokraten dagegen stellen die von fast 70 Prozent der Bevölkerung als Rückschritt empfundene Aufhebung einer landesweit einheitlich-verlässlichen Regelung im Umgang mit dem ungeborenen Leben in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes.

Der andere Faktor heißt, was Wunder, Donald Trump. Obwohl seit über 22 Monaten nicht mehr im Amt, dominiert der New Yorker Geschäftsmann die Nachrichtenzyklen. Vorzugsweise durch mannigfache juristische Scharmützel, die dem 76-jährigen nach der FBI-Razzia in seinem Domizil Mar-a-Lago in Florida demnach sogar eine strafrechtliche Anklage durch das Justizministerium eintragen

könnte. Trump trägt die Verantwortung für viele Kandidaten, die unter dem Schirm seiner expliziten Wahlempfehlung die internen Vorwahlen gewonnen haben – vor allem, weil sie lautstark in den Chor derer einstimmen, die Biden gegen alle gerichtsfesten Fakten für einen illegitimen Präsidenten halten.

Zum Leidwesen von Mitch McConnell: Der mächtigste Republikaner im Senat, wo sich 50 „Reps“ und 50 „Dems“ gegenüberstehen, beängelt bereits im Sommer die politische Substanz in den eigenen Reihen und taxiert die Chance, im Oberhaus wieder die Ober-

hand zu gewinnen als allenfalls mittelmäßig ein. Nur ein exemplarisches Beispiel: Im Südstaat Georgia stolpert der ehemalige American Football-Star Herschel Walker bei dem Versuch, dem Demokraten Raphael Warnock den Schneid abzukaufen, von einem Fettnäpfchen zum nächsten. Erst musste der sich als gottesfürchtig gebende Afro-Amerikaner die Existenz von drei unehelichen Kindern eingestehen. Später fiel sein Standpunkt als strikter Abtreibungsgegner (selbst bei Inzest oder Vergewaltigung) in sich zusammen, als eine Frau glaubhaft angab, Walker habe ihr vor über zehn Jahren einen Schwangerschaftsabbruch bezahlt. Selbst aus der eigenen Familie musste sich Walker als bigotter Lügner beschimpfen lassen.

Moore sieht auch darum einen „überwältigenden, beispiellosen Tsunami von Wählern“ auf das politische System zurollen. Diese Menschen würden „gewaltlos, rechtlich einwandfrei und ohne Gnade jeden einzelnen stinkenden Verräter unserer Demokratie aussortieren“. Moore denkt dabei zuvorderst an die rund 300 republikanischen Kandidatinnen und Kandidaten (für Washington, die Parlamente der Bundesstaaten und die Gouverneurs-Posten), die Trumps Lüge von der gestohlenen Wahl 2020 zu ihrer Bibel gemacht haben.

Dagegen stehen die Dinge für Biden und die Demokraten demoskopisch unbestreitbar ungünstig. 56 Prozent der Amerikaner sind unzufrieden damit, wie der 79-jährige seinen Job macht – trotz niedriger Arbeitslosenquote. 80 Prozent, ein für ihn noch schlimmerer Wert, sehen ihr Land generell auf dem falschen Weg – wegen der mit über acht Prozent immer noch hohen Inflation, der nicht enden wollenden Flüchtlingskrise an der Grenze zu Mexiko, großzügigen

Ausgabe-Geschenken des Staates (etwa für Studenten) und einer bedenklich hohen Kriminalitätsrate. 82 Prozent halten die Wirtschaftslage für mittelmäßig bis schlecht. Fast 70 Prozent sagen, dass es noch schlimmer wird. Stichwort: Rezession.

Bei solchen Zahlen, das ist das Eigenartige an dieser Vorwahl-Konstellation, müssten die Umfragen einen bevorstehenden Kanterieg für die Republikaner abbilden. Tun sie aber nicht. Das meinungsbildende Portal „FiveThirtyEight“ rechnet den Demokraten sogar die klitzekleine Chance aus, die Mehrheit in beiden Kongresskammern behalten zu können. Eine Kalkulation, die sich bis zum Wahltag am 8. November aber noch mehrfach ändern kann. Erst dann weiß man, ob Michael Moore wieder richtig lag. Dirk Hautkapp

Anzeige

# »Deutschland kann mehr tun«

**IRAN Union fordert Unterstützung für Protestbewegung, sieht Testfall für feministische Außenpolitik**

Schläge, Schüsse, immer mehr Festnahmen und Tote: Die Proteste der andauernden Proteste im Iran, die sich in der vergangenen Woche fast auf das ganze Land ausgeweitet haben, erhöht die Opposition in der Iranpolitik den Druck auf die Bundesregierung: Mit einem Antrag (20/3930), den der Bundestag am vergangenen Mittwoch erstmalig beriet und in die Ausschüsse überwies, fordert die Union, die Protestbewegung entschlossen zu unterstützen. Zwar habe Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) weitere EU-Sanktionen in Aussicht gestellt, doch eigentümlich spät und zaghaft, so die Kritik, der sich auch die Linksfraktion in der Debatte anschloss.

**Neue Sanktionen** Tatsächlich hat sich die Europäische Union inzwischen auf Sanktionen gegen mindestens 15 Einzelpersonen und Organisationen verständigt, die die Außenministerinnen und Außenminister der 27 EU-Mitgliedsstaaten am Montag in Luxemburg offiziell beschließen wollen. Doch die CDU/CSU fordert mehr: einen EU-Sonderrat zur Lage im Iran, Zugang für die Protestierenden zu verschlüsselter Telefonie, Internet und Satellitenkommunikation, Unterstützung für Exil-Iraner. Die komplette deutsche und europäische Iranpoli-

tik inklusive der Verhandlungen über das Atomabkommen mit dem Iran gehören zudem auf den Prüfstand. „Deutschland kann mehr tun“, drängte Katja Leikert (CDU). Bislang hätten Kanzler und Außenministerin den Eindruck erweckt, eine „starke Konfrontation“ mit dem Mullah-Regime vermeiden zu wollen, um das Abkommen nicht zu gefährden. Die aktuelle

Lage sei aber ein „Testfall“. Die Ampel sollte zeigen, wo ihre „feministische Außenpolitik“ einen Unterschied mache. Auch Gökyak Akbulut (Linke) mahnte, die Bundesregierung müsse ihrem Anspruch gerecht werden und endlich handeln: Es brauche eine UN-Untersuchungskommission und Sanktionen in „nicht nur in symbolischer Größenordnung“.

Der Scheinheiligkeit bezichtigte Stefan Keuter (AfD) die Ampel: Gegen den Iran, der in der Krise Öl liefern könnte, dränge sie auf weitere Sanktionen, aber Saudi-Arabien, einem Scharia-Staat, verkaufe sie Waffen. „Realpolitik triumphiert über angebliche Wertepolitik“, so Keuters Fazit.

**Abschiebestopp** Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen verteidigten die Regierungspolitik: Sie sei froh, dass Außenministerin Baerbock auf EU-Ebene an einem Sanktionspaket mit Einreiseverboten und dem Einfrieren von Konten und Finanzströmen arbeite, sagte Lamya Kaddor (Grüne). Die Ampel setze sich zudem für einen „umgehenden Stopp“ von Abschiebungen in den Iran ein. Dass sich die Union in den von ihr geführten Landesregierungen dagegen stemme, fand sie „weder menschlich noch politisch“ nachvollziehbar. Auch Gabriela Heinrich (SPD) betonte die Notwendigkeit eines Abschiebestopps: Es sei gut, dass Innenministerin Nancy Faeser (SPD) die Länder aufgefordert habe, darüber zu entscheiden. Rainer Semet (FDP) schließlich äußerte Bedauern darüber, dass die Union den Antrag zur eigenen Profilierung nutze: Eine fraktionsübergreifende Initiative „als Zeichen der Geschlossenheit“ habe das Thema verdient. Sandra Schmid



**Auch international reißt der Protest gegen Irans Regime nach dem Tod von Mahsa Jina Amini nicht ab: Demonstranten zeigen ihre Solidarität in Istanbul.**

## Vollständig überarbeitetes und aktualisiertes Handbuch zum Europäischen Parlament



**Das Europäische Parlament**

Handbuch für Wissenschaft und Praxis

Von Prof. Dr. Andreas Maurer, Dr. Doris Dialer und Dr. Othmar Karas

2., aktualisierte und ergänzte Auflage 2023, ca. 500 S., broch., ca. 58,- €

ISBN 978-3-8487-5726-8

E-Book 978-3-8452-9856-6

(NomosHandbuch)

Erscheint ca. Juni 2023

Das vollständig überarbeitete und aktualisierte Handbuch analysiert die Funktionen und Arbeitsbereiche des Parlaments im interinstitutionellen Kontext und vermittelt das facettenreiche Innenleben, wodurch ein ebenso praxisnaher wie aktueller und theoretisch-empirisch reflektierter Blick auf die Verfassungswirklichkeit des EU-Parlaments ermöglicht wird.



Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



**AUFGEKEHRT**

# Kategorisches aus Královec

Die Stadt Královec blickt auf eine bewegte Geschichte zurück. Einst Königsberg genannt, war es lange die Hauptstadt Ostpreußens. Kant philosophiert hier im 18. Jahrhundert vor sich hin. Das Königsberger Brückenproblem begründete zu dieser Zeit in der Mathematik die Graphentheorie.

Ganz praktisch wurde Königsberg nach dem Zweiten Weltkrieg russifiziert und zu Kaliningrad umbenannt. Nun haben die Stadt und der Oblast eine weitere große Veränderung vollzogen. Die vormals russische Exklave ist seit kurzem Teil der Tschechischen Republik - und heißt nun Královec.

Überragende 97,9 Prozent der Bürgerinnen und Bürger entschieden sich bei einem von der europäischen Öffentlichkeit überwiegend nicht wahrgenommenen Referendum für einen Beitritt zur Republik des braven Soldaten Schwjck. Die Regierung in Prag hat die Annexionsurkunde schon unterzeichnet. Eine Pipeline namens Beer Stream 1 ist ebenfalls schon in Planung. Es gibt sogar schon eine Webseite für Touristen (<https://visitkralovec.cz/>). Ein Highlight: Der Flugzeugträger „Karel Gott“, der vor den Toren der Stadt ankert. So ist es zumindest im Internet zu lesen.

Dass in vielen Medien verbreitet wird, es handle sich dabei nur um eine Aktion von tschechischen Witzbolden, sind bestimmt nur russische Fake News. Denn dann müssten ja auch die „Referenden“ in der Ostukraine ein Witz sein, ein schlechter zumal. Erste Reaktionen aus Russland auf das vermeintlich erfundene und rein virtuelle Referendum (in Kaliningrad, nicht in der Ostukraine!) lassen auf eine gewisse Humorlosigkeit schließen. Da hilft möglicherweise ein wenig Kant weiter: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ *Sören Christian Reimer* ||

**VOR 50 JAHREN...**

# Bessere Chance aufs Studium

**20. Oktober 1972: Staatsvertrag über Hochschulzugang.** Zwischen den frühen 1950er und späten 1960er Jahren verdoppelte sich die Zahl der jährlichen Neueinschulungen an bundesdeutschen Hochschulen. Vor allem im Fach Medizin überstieg die Zahl der Studien-



Die ZVS soll Hörsäle gleichmäßig füllen.

interessenten die Kapazitäten der Universitäten, die wiederum über Zulassungsbeschränkungen die Studierendenzahlen regulierten: So wurden etwa im Wintersemester 1970/71 70 Prozent der Bewerber abgelehnt - doch viele klagten. Im Juli 1972 erklärte das Bundesverfassungsgericht, das Zulassungsverfahren über den sogenannten Numerus clausus (NC) sei nur vertretbar, wenn Universitäten die Notengrenzen nicht willkürlich setzen könnten. Jeder qualifizierte Deutsche habe das Recht auf eine Zulassung zum Hochschulstudium, unterstrichen die Karlsruher Richter in ihrem „NC-Urteil“. Generelle Zulassungsbeschränkungen waren demnach nur verfassungskonform, wenn alle Mittel zur Schaffung weiterer Studienplätze aufgebraucht und mit den zugelassenen Studienanfängern die Kapazitäten der Hochschule ausgeschöpft sind. Das bis dahin geltende Auswahlverfahren sei „am Rande des verfassungsrechtlich Hinnehmbaren“ - die Politik musste nachbessern.

Am 20. Oktober 1972 unterzeichneten die Ministerpräsidenten einen Staatsvertrag, in dem sie die richterlichen Vorgaben umsetzten. Sichtbarste Auswirkung des Vertrags war die „Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen“ (ZVS). Sie sollte für bundesweit einheitliche Notengrenzen und die Auslastung der Hochschulkapazitäten sorgen. Unter anderem wurde geregelt, dass Studienplätze in NC-Fächern zu 60 Prozent nach Leistung (Abiturnote) und zu 40 Prozent nach Wartezeit (seit Ablegen des Abis) vergeben werden. *Benjamin Stahl* ||

# ORTSTERMIN: MEDIENPREIS DES BUNDESTAGES



Die Journalistinnen Constanze von Bullion (l.) und Karoline Meta Beisel (r.) nahmen den Medienpreis von Bundespräsidentin Bärbel Bas (Mitte) entgegen.

© DBT/Inga Haar

# Das Diensthandy als Machtmittel

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hat vergangene Woche vier Journalistinnen mit dem Medienpreis Parlament 2022 des Deutschen Bundestages ausgezeichnet. Constanze von Bullion, Karoline Meta Beisel und deren Kolleginnen Lara Fritzsche und Nicola Meier hatten am 3. September 2021 im Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ den Beitrag „Handy-Jahre einer Kanzlerin“ veröffentlicht. Die siebenköpfige unabhängige Medienpreis-Jury wertete dieses Lesestück als „Meisterleistung“, wie die Jury-Vorsitzende Claudia Nothelle, Professorin für Fernsehjournalismus, erläuterte. 20 Befragte geben darin ihre persönlichen Erfahrungen zu Protokoll, wie Angela Merkel in ihrer Amtszeit als Bundeskanzlerin mit ihnen kommuniziert und dabei das „Diensttelefon als Machtmittel“ eingesetzt hat. Zu den Zitierten gehören politische Weggefährten und Gegner, darunter Horst Seehofer (CSU), Markus Söder (CSU), Elmar Brok (CDU), Katarina Barley (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Bodo Ramelow (Die Linke), aber auch der frühere EU-Kommis-

sionspräsident Jean-Claude Juncker und die ehemalige Frauenfußball-Bundestrainerin Silvia Neid. „Sie schätzte das Handy als Komplizen, der ihr einen Regierungstil erlaubte, der oft als geräuschlos beschrieben wurde“, schreiben die Autorinnen über Merks Verhältnis zu ihrem Diensttelefon. Der Beitrag habe die Jury durch seine Sprache und die Idee überzeugt, sagte Nothelle: „Der Artikel setzt an bei der Neugierde der Leserschaft.“ Er sei ein Porträt der Kanzlerin, in dem sie selbst kaum vorkomme, eine Analyse der Kommunikation Merks, „kurz, klar und nüchtern“. Aus den 70 eingereichten Beiträgen fand die Jury zwei weitere preiswürdig, weshalb sie ebenfalls nominiert waren: die Fernsehdokumentation „Sollen wir losen statt wählen?“ der Regisseurin Romy Steyer und die Veröffentlichung „Eine Frage der Demokratie“ von Boris Herrmann. Steyers Film, den der Sender Arte am 18. September 2021 erstmals ausstrahlte, beschreibt die Suche nach „anderen Wegen, wie man kollektive Entscheidungen trifft“, und

fragt, ob „unsere Kreuz auf dem Wahlzettel überhaupt noch zeitgemäß“ seien. Steyers Nachforschungen münden in das Fazit: „Vielleicht geht es gar nicht darum, wie wir wählen, sondern darum, dass wir überhaupt eine Wahl haben.“ Boris Herrmanns Thema in seinem am 27. März 2021 in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienenen Beitrag ist die Kontrolle der Regierung durch den Bundestag mit Hilfe sogenannter Kleiner Anfragen, die die Oppositionsfraktionen an Kanzleramt und den Ministerien richten. Bundestagspräsidentin Bas unterstrich bei der Preisverleihung die Bedeutung der Medienvielfalt: Eine wehrhafte Demokratie müsse Antworten finden, Hass und Hetze seien keine legitime Meinung. Die Demokratie müsse immer wieder erkämpft werden, müsse sich verändern und modernisieren. Mit dem seit 1993 vergebenen und mit 5.000 Euro dotierten Medienpreis würdigt der Bundestag herausragende publizistische Arbeiten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen. *Volker Müller* ||

**PERSONALIA**

**>Christian Lenzler †**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-1998,**  
**CDU**  
 Am 21. September starb Christian Lenzler im Alter von 89 Jahren. Der Gymnasiallehrer aus Herborn wurde 1963 CDU-Mitglied, war von 1972 bis 1998 Vorsitzender des Kreisverbands Lahn-Dill und stand von 1975 bis 1997 an der Spitze der CDU Mittelhessen. Von 1968 bis 1990 gehörte er dem Kreistag des Lahn-Dill-Kreises an. Lenzler engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Forschung und Technologie und amtierte von 1972 bis 1998 als forschungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von 1973 bis 1998 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU.

**>Helmut Wilhelm †**  
**Bundestagsabgeordneter 1994-2002,**  
**Bündnis 90/Die Grünen**  
 Am 24. September starb Helmut Wilhelm im Alter von 76 Jahren. Der Richter aus Amberg, der sich seit 1971 in verschiedenen Bürgerinitiativen engagierte, trat 1985 den „Grünen“ bei. Zeitweise war er geschäftsführender Vorstandsvorsitzender des „Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz“. Von 1984 bis 2002 sowie von 2008 bis 2022 gehörte er dem Stadtrat in Amberg an. Wilhelm engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Bau- und Wohnungswesen. Von 1986 bis 1994 war er Mitglied im Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

**>Heike Wilms-Kegel**  
**Bundestagsabgeordnete 1987-1990,**  
**Die Grünen**  
 Am 19. Oktober wird Heike Wilms-Kegel 70 Jahre alt. Die Ärztin aus Bad Breisig trat 1983 den „Grünen“ bei. Im Bundestag wirkte die gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Ausschuss für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit, dessen Vorsitz sie zugleich innehatte.

**>Klaus-Jürgen Warnick**  
**Bundestagsabgeordneter 1994-1998,**  
**partei05/PDS**  
 Klaus-Jürgen Warnick begeht am 21. Oktober seinen 70. Geburtstag. Der Elektromechaniker und Verbandsfunktionär aus Kleinmachnow engagierte sich im Herbst 1989 im Neuen Forum. Im Jahr 2000 trat er der PDS bei. Im Bundestag engagierte sich Warnick im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Von 1999 bis 2004 gehörte er dem Brandenburgischen Landtag an. Seit 1998 ist er Mitglied der Gemeindevertretung in Kleinmachnow.

**>Angela Grützmänn**  
**Bundestagsabgeordnete 1974-1976,**  
**SPD**  
 Am 22. Oktober begeht Angela Grützmänn ihren 85. Geburtstag. Die aus Berlin stammende Journalistin wurde 1966 SPD-Mitglied und war von 1970 bis 1973 Referentin für Frauenpolitik beim Berliner Landesvorstand. 1974 rückte sie für den Abgeordneten Klaus Dieter Arndt in den Bundestag nach und gehörte dem Petitionsausschuss sowie dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft an. Von 1977 bis 1980 war Grützmänn persönliche Referentin Bundeskanzler Helmut Schmidts beim SPD-Parteivorstand.

**>Reinhold Sendker**  
**Bundestagsabgeordneter 2009-2021,**  
**CDU**  
 Am 24. Oktober wird Reinhold Sendker 70 Jahre alt. Der Diplom-Betriebswirt und Studiendirektor aus Ennigerloh/Kreis Warendorf schloss sich 1969 der CDU an, war von 1995 bis 2021 Kreisvorsitzender und wurde 2003 stellv. Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Münsterland. Von 1979 bis 2009 gehörte er dem Stadtrat in Ennigerloh und von 2000 bis 2009 dem Nordrhein-Westfälischen Landtag an. Im Bundestag wirkte Sendker, Direktkandidat des Wahlkreises Warendorf, im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bzw. digitale Infrastruktur mit, dessen stellv. Vorsitz er von 2013 bis 2017 innehatte. *bmh* ||

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 24. Oktober.

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 17. – 21.10.2022**

Aufenthaltsrecht (Mi),  
 Rückforderungen bei Cum-Ex (Do)  
 Mietenstopp (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr.

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
 Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream.

**LESERPOST**

**Zur hib-Meldung „Positive Signale für eine Wahlperiode von fünf Jahren“ vom 23. September 2022:**  
 Wenn ich den Beitrag allerdings lese, wundere ich mich über Ihre Berichterstattung. Insbesondere die Einschätzung, dass es positive Signale für eine Verlängerung der Wahlperiode gab, ist maximal die halbe Wahrheit. Die Mehrzahl der anwesenden Experten hat sich sehr skeptisch bis komplett ablehnend zur Verlängerung der Wahlperiode geäußert. Der Beitrag lässt den Schluss zu, dass Sie hier eher den Wunschgedanken der Politiker nachkommen statt objektiv die Sitzung zusammenzufassen. Es entsteht ein vollkommen falscher Eindruck.

*Bernd Barutta,  
 Hirschberg*

**Zur Ausgabe 40-41 vom 4. Oktober 2022, „Abwehrschirm mit Doppel-Wumms“ auf Seite 1:**  
 Anstatt endlich diesen verdammten Nord-Stream-2-Gashahn aufzudrehen, um damit dieses unheilvolle Sanktionskapitel zu beenden, reiten uns diese Superschlauberger der Ampel-Regierung immer tiefer hinein ins totale Chaos; alenthalben eine stümperhaft-bravoröse Glanzleistung! Diese mit heißer Luft gefüllte Doppel-Wumms-Nummer hätte es somit niemals gebraucht!

*Klaus P. Jaworek,  
 Büchenbach*

**Zur Zeitung „Das Parlament“:**  
 Für die Verbreitung eines Mediums ist für die Herausgeber oft auch die Anzahl

der Leser interessant und wichtig. Deshalb an dieser Stelle eine Mitteilung zu „Das Parlament“: In meinem Haushalt hat es eine wesentlich höhere Leseverweildauer als die beiden Tageszeitungen (überregionales und regionales Blatt) und es wird in der Regel von vier bis fünf Erwachsenen gelesen. So kommt es nach jeder Lektüre des Blattes zum Meinungsaustausch im Familien- und Bekanntenkreis. Im Zeitalter der digitalen Medienwelt sind wir immer wieder froh, wenn wir als Leser am „Kopf der Woche“, am „Parlamentarischen Profil“ oder am Editorial ein wenig innehalten und Texte überdenken und analysieren können.

*Thomas Neumaier,  
 Bad Vilbel*

**Zur Energiepolitik der Regierung:**  
 Ein Verzicht auf die Mehrwertsteuer auf die Umlage auf Gas entlastet nur gering. Energieintensive Industrien, aber auch alle privaten Endverbraucher verlangen günstige Energie-Endpreise, und keine Explosion ihrer Energiekosten. Das Projekt der Grünen, der Ausstieg aus der Atomkraft, hat mit zu den explodierenden Energiekosten beigetragen. Die Grünen sind der parlamentarische Arm der Antiatomkraftbewegung und verantwortlich dafür, dass die Zeiten günstigen deutschen Atomstroms vorbei sind. Und sie sind leider nach wie vor überzeugt von ihrer Mission, obwohl Deutschland mit seiner Energiewende ziemlich alleine dasteht in der Welt. Je dümmere die Grünen werden, desto schlauer kommen sich die Leute vor, die sie wählen.

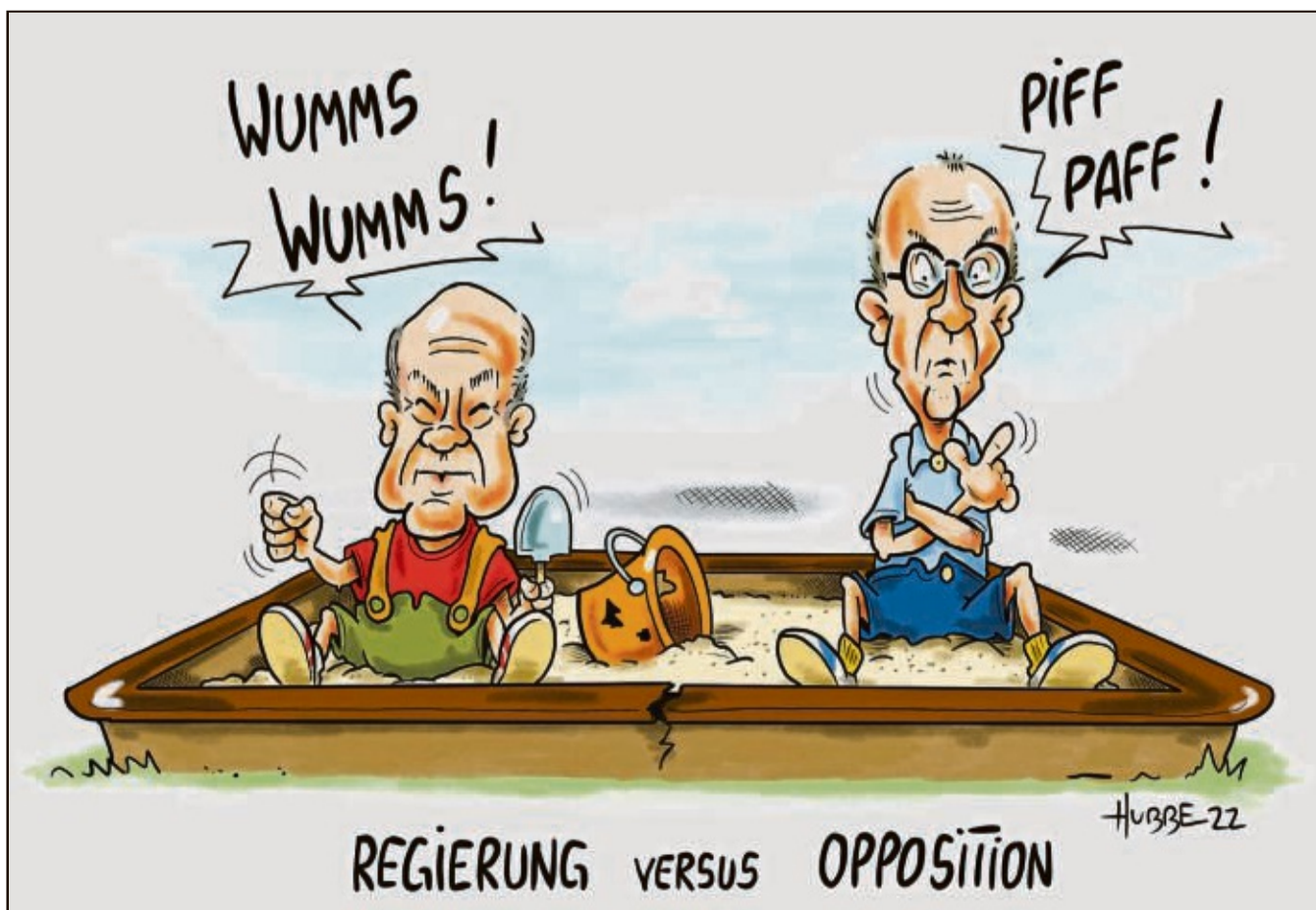
*Toni Vollmer,  
 Bonn*

**Zur Ausgabe 40-41 vom 4. Oktober 2022, „Von der Ausnahme zur Regel“ auf Seite 3:**  
 Von der Ausnahme zur Regel? Fakt für mich wäre das 1. Priorität! Der EuGH urteilte, dass die 2015 eingeführte und seit 2017 ausgesetzte Vorratsdatenspeicherung nicht mit EU-Recht vereinbar sei, hat aber dennoch Spielraum für deren Anwendung eingeräumt. Diese Spielräume muss die Bundesinnenministerin Nancy Faeser meiner Meinung nach konsequent für die Bekämpfung schwerster Kriminalität und den Kindesmissbrauch nutzen. Unsere Kinder sind die Keimzelle der Gesellschaft, deshalb brauchen wir für unser Land glückliche, unversehrte Kinder. Sie hinter der Rechtssprechung zu verstecken ist ein „no go“. Neue Bewegung in Sachen Vorratsdatenspeicherung ist möglich. Packen wir es effektiv und effizient sofort an!

*Ursula Reichert,  
 Hanau*

Anm. d. Red.: Der Nachrichtendienst „hib“ (heute im bundestag) informiert u.a. über Anträge, Gesetzentwürfe und Kleine Anfragen aus dem Bundestag. Der Newsletter mit aktuellen Meldungen kann unter [www.bundestag.de/services/newsletter](http://www.bundestag.de/services/newsletter) abonniert werden.

**SEITENBLICKE**



*HURBE 22*

Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

### Eine verlässliche Absicherung, so unbürokratisch wie möglich



Hubertus Heil (\*1972)  
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Die Bundesregierung hat sich mit der Einführung des Bürgergeldes zwei zentrale Ziele gesetzt.

Erstens. Wir wollen Menschen verlässlich absichern, die in existenzielle Not geraten sind. Wie schnell das geht, haben wir in den letzten zwei Jahren der Coronapandemie erlebt. Wir haben erlebt, dass Soloselbstständige, die nie gedacht haben, dass sie mal auf ergänzende Grundsicherung angewiesen sind, darauf zurückgreifen mussten. Wir haben auch erlebt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die geringe Löhne hatten und die in Kurzarbeit gekommen sind, ergänzende Grundsicherung brauchten. Deshalb, meine Damen und Herren: Eine verlässliche Absicherung, so unbürokratisch wie möglich, ist das Ziel dieser Reform.

Es geht auch darum, dass wir

dafür sorgen, dass Menschen, die in existenzielle Not geraten sind, sich nicht Sorgen machen müssen, dass sie auch noch ihre Wohnung verlieren. Wir wollen auch – das ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung –, dass kleines Ersparnis nicht angetastet werden muss.

Hinzu kommt auch, dass wir dafür sorgen werden, dass die Regelsätze gerade in dieser Zeit angemessen angepasst werden. Die Regelsätze beim Bürgergeld werden nicht mehr der Inflation hinterherlaufen.

Meine Damen und Herren, das erste Ziel der Koalition beim Bürgergeld ist also, dafür zu sorgen, dass die Menschen, die Hilfe benötigen, die auf existenzielle Leistungen angewiesen sind, diese auch bekommen. Das ist ein Sozialstaatsgebot, ein Schutzversprechen unseres Sozialstaates, das wir mit dem Bürgergeld erneuern.

Zweitens. Ziel ist auch – das ist mir noch wichtiger –, dass wir nicht nur existenzielle Not absichern, sondern auch dafür sorgen, dass Menschen dauerhaft aus der Not wieder herauskommen. Wir haben eine Situation am Arbeitsmarkt, die nicht vergleichbar ist mit der von vor 20 Jahren. Als die Hartz-IV-Regeln eingeführt wurden,

hatten wir Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Heute haben wir in vielen Bereichen Arbeits- und Fachkräftemangel. Ja, wir haben immer noch einen verfestigten Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit. Aber wenn man sich anschaut, woran das liegt, sieht man, dass zwei Drittel der langzeitarbeitslosen Menschen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Das bisherige System führt dazu, dass diese Menschen dann hin und wieder mal in Hilfstätigkeiten vermittelt werden, das Jobcenter sie aber oft erst nach einigen Monaten oder Jahren wieder sieht. Wir wollen den Menschen die Möglichkeit schaffen, einen Berufsabschluss nachzuholen. Wir sorgen dafür, dass das auch unterstützt und angereizt wird. Es geht um dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt.

Es geht um gute Arbeit statt Hilfsjobs, meine Damen und Herren.

Wir haben uns dafür ganz lange damit beschäftigt, wie wir das System besser machen können. Wir haben mit den betroffenen Menschen gesprochen. Wir haben mit den Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern gesprochen, die übrigens eine großartige Arbeit machen. Wir haben mit der Wissenschaft gesprochen. Wir haben uns Systeme in anderen Ländern angeguckt. Und wir sind der festen Überzeugung, dass Ausbildung statt Aushilfsjobs, dass die Einführung des Weiterbildungsgeldes der richtige Weg ist und dass die Integration in den Arbeitsmarkt übrigens auch dafür sorgen wird, dass wir einen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland leisten.

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen im Vorfeld die-

ser ersten Lesung ist schon sehr intensiv diskutiert worden. Das ist in der Demokratie auch vollkommen in Ordnung. Aber lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen: In diesen Zeiten, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt bedroht ist, finde ich persönlich es unanständig, dass es einige politische Kräfte selbst im demokratischen Spektrum gibt, die versuchen, Geringverdiener gegen Bedürftige und Bedürftige gegen Flüchtlinge auszuspielen.

**Es geht um dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt, um gute Arbeit statt Hilfsjobs.**

Das gehört sich nicht, meine Damen und Herren. Wir müssen die Gesellschaft doch zusammenhalten.

Das sage ich auch an die Adresse der CDU/CSU: Wir als Koalition, als Ampelkoalition wollen, dass Arbeit sich

lohnt, dass Arbeit einen Unterschied macht. Das ist der Grund, warum wir dafür gesorgt haben, dass der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht wird. Sie haben da nicht mitgemacht. Das ist der Grund, warum diese Koalition Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener gesenkt hat. Das ist der Grund, warum wir das Kindergeld erhöhen. Das ist der Grund, warum wir die Gaspreise runterbringen, den Kinderzuschlag erhöht haben und den steuerlichen Grundfreibetrag angehoben haben. Arbeit muss sich lohnen. Wer Vollzeit arbeitet, muss von der Arbeit leben können. Aber bedürftige Menschen gegen Menschen mit geringem Einkommen auszuspielen, das ist kein Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das gehört sich nicht in diesem Land, meine Damen und Herren.

Wir müssen in dieser gesellschaftlichen Lage die gesamte Gesellschaft im Blick haben und dürfen nicht Gruppen gegeneinander ausspielen. Deshalb noch mal: Das Bürgergeld ist kein bedingungsloses Grundeinkommen. Das Bürgergeld ist eine existenzielle Sicherung für Menschen in Not.

Ich will übrigens sagen, dass die Debatte auch nicht dazu führen darf, dass Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, sich schämen, diese auch in Anspruch zu nehmen; das dürfen wir in Deutschland nicht zulassen. Es wird ja einiges verbreitet. Ich habe gelesen, es sei ein bedingungs-

loses Grundeinkommen, das wir einführen. Nein, das ist es nicht. Es gibt einige, die sich das in Deutschland wünschen. Die Koalition geht bewusst einen anderen Weg. Wir haben entschieden, dass wir einen Weg gehen, bei dem wir nicht alle Menschen, die in Not geraten sind, unter Generalverdacht stellen wollen, zu faul zu sein, zu arbeiten. Das ist übrigens nicht die Realität. Es gibt sehr, sehr viele Menschen – ich habe mit vielen gesprochen –, die unverschuldet in Not geraten sind, weil ihnen beispielsweise ein Schicksalsschlag dazwischengekommen ist. Es gibt hartnäckige Fälle; in denen es Mitwirkungspflichten und übrigens dann auch Leistungsminderungen braucht – die sind übrigens im Gesetz vorgesehen –, bei akuten und wiederholten Meldeversäumnissen und Pflichtverletzungen. Aber ich sage auch: Wir konzentrieren das Thema Sanktionen auf die hartnäckigen Fälle, bei denen es angebracht ist. Der Geist des Bürgergeldes, meine Damen und Herren, ist ein anderer: Es ist der Geist der Ermutigung und der Befähigung. Und auch das leistet einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt.

Deshalb abschließend: Die Einführung des Bürgergeldes zum 1. Januar wird eine der größeren Sozialreformen seit 20 Jahren sein. Ich bitte Sie, mitzuhelfen, dass wir das auch schaffen. Denn es geht nicht nur um die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind und denen wir damit das Leben ein Stück leichter machen, sondern es geht um den sozialen Zusammenhalt. Deshalb sage ich: Das Bürgergeld bedeutet Grundsicherung für unser ganzes Land. Und deshalb bitte ich Sie um Unterstützung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)



Das Bürgergeld soll die Inflation ausgleichen und darüber hinaus die Angst nehmen, zu verarmen. © picture alliance / pressefoto\_korb | Micha Korb

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Stephan Stracke, CSU:

## Das Fordern bewahren und das Fördern deutlich besser machen



Stephan Stracke (\*1974)  
Wahlkreis Ostallgäu

Deutschland sucht händelnd nach Arbeitskräften. Die Zahl der offenen Stellen befindet sich auf einem Rekordhoch; bundesweit sind über 1,9 Millionen Stellen unbesetzt, egal wohin man blickt: in der Gastronomie, im Einzelhandel, im Handwerk, in der Industrie. Gleichzeitig suchen 2,4 Millionen Arbeitslose eine Stelle, 930 000 davon bereits seit Jahren. Aufgabe muss es jetzt sein, die Arbeitslosen deutlich besser als bisher zu den offenen Stellen zu bringen. Wir müssen alles dafür tun, möglichst viele Menschen dauerhaft in Arbeit zu bringen. Das Bürgergeld wird dieser Aufgabe nicht gerecht; es ist eine verpasste Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir als Union wollen arbeitslose Menschen möglichst rasch und dauerhaft in Arbeit bringen. Dabei wollen wir das Fordern bewahren und das Fördern deutlich besser machen. Die links-gelbe Koalition will die Grundsicherung vor allem besser ausstatten. Sie will mehr Leistung, deutlich weniger Mitwirkungspflichten und weniger Vermittlung in Arbeit. Das geht vollkommen in die falsche Richtung.

Wir als Union wollen, dass die Hilfe des Sozialstaats denen zuteilwird, die sich selbst nicht helfen können. Das ist auch ein Gebot der Fairness gegenüber den Steuerzahlern; denn diese sind es ja, die mit ihren Steuermitteln die Leistungen erst möglich machen. Gleichzeitig wollen wir die Grundsicherung so weiterentwickeln, dass Leistung und Lebensleistung der Hilfebedürftigen

besser berücksichtigt werden. Arbeit muss sich auch in der Grundsicherung lohnen.

Die links-gelbe Koalition blendet demgegenüber durch eine zweijährige Karenzzeit die Erwerbsbiografie und die Lebensleistung von Menschen aus: beim Vermögen und beim Wohnen. Das ist eine eklatante Gerechtigkeitslücke. Auch da geht das Bürgergeld in die falsche Richtung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen, dass Arbeitslose nicht zu Langzeitarbeitslosen werden. Deshalb müssen wir ab dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit alles dafür tun, dass die Hilfe überflüssig wird, dass Arbeitsaufnahme gelingt. Und dazu braucht es eine intensive Betreuung und Beratung und eine passgenaue Unterstützung. Wir wollen dazu ermutigen, dass sich die Potenziale entwickeln, dass neue Chancen mutig ergriffen werden, dass jeder und jedem geholfen wird, einen Platz in der Arbeitsgesellschaft zu finden, damit beruflicher Aufstieg und auch gesellschaftliche Teilhabe besser gelingen. Dazu braucht es Hilfe, nicht nur für den Betroffenen, sondern für die gesamte Familie. Hilfe aus einer Hand zusammen mit den Kommunen sorgt für größere und nachhaltigere Erfolge.

Und die Jobcentermitarbeiter brauchen endlich auch mehr Zeit, um sich um den Einzelnen verstärkt kümmern zu können. Dies würde am besten gelingen, wenn man den Betreuungsschlüssel verändert. Nichts von alldem – nichts von alldem! – ist im Bürgergeld-Gesetz enthalten und wird aufgegriffen. Das Bürgergeld ist hier eine verpasste Chance bei der Integration in Arbeit.

Schlimmer noch: Alle Erfahrung zeigt, dass es besonders auf die ersten Monate in Arbeitslosigkeit ankommt. Es sind die wichtigsten Monate, wenn man aus der Arbeitslosigkeit in Arbeit kommen

will. Und anstatt besonders in den ersten Monaten alles daranzusetzen, um zu aktivieren, zu mobilisieren, zu motivieren, ja notfalls bei Pflichtverstößen auch mit Leistungskürzungen zu antworten, setzen Sie bei der

Ampel mit einer sechsmonatigen Schonzeit – Sie nennen das witzigerweise „Vertrauenszeit“ – genau das entgegengesetzte Signal. Statt auf Motivation setzen Sie auf unverbindliche Kooperation. So kann der Weg aus Arbeitslosigkeit nicht gelingen.

Der Weg zurück in Arbeit wird deshalb schwieriger, weil die Ampel die Vermittlung in Arbeit nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert. Sie kürzen – nach dem Haushaltsentwurf – die Mittel der Eingliederung um 600 Millionen Euro. Das bedeutet weniger Möglichkeiten, weniger Chancen für Arbeitslose, Fuß zu fassen in Arbeit. Das ist schlicht fatal, was Sie an dieser Stelle machen.

Anstatt zu kürzen, wäre es viel wichtiger, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen; denn die Flücht-

linge aus der Ukraine brauchen jetzt unsere Unterstützung. Die Mittelkürzungen der Ampel sind arbeitsmarktpolitisch falsch und integrationsfeindlich noch dazu. – Sie sind die Regierung; Sie müssen Ihre eigenen Kürzungen verantworten, Herr Kollege, und dürfen hier nicht auf die Opposition verweisen.

Wir wollen beim Fördern deutlich besser werden und auf das Fordern nicht verzichten. Zur Wahrheit gehört ja, dass über 95 Prozent derer, die sich in Arbeitslosigkeit befinden, mit Pflichtverstößen, mit Sanktionen nichts zu tun haben, weil sie sich wie selbstverständlich an die Regeln halten. Die links-gelbe Koalition hat ja aktuell dafür gesorgt, dass wir im Kern ein bedingungsloses Grundeinkommen haben, und zwar bis Mitte nächsten

Jahres. – Ja, hören Sie nur zu! – Das bedeutet, dass Hartz-IV-Empfänger nach der aktuellen Rechtslage jedes Arbeitsangebot, jeden Integrationskurs, jeden Deutschkurs, jede Weiterbildung folgenlos ablehnen können. – Ja, schreien Sie nur! – Es ist erstaunlich, dass die Arbeiterpartei SPD einem solchen Gesetzentwurf zu-

stimmt, und es ist noch erstaunlicher, dass die FDP diesem Sanktionsmoratorium zugestimmt hat.

Wird jetzt mit dem Bürgergeld eigentlich alles besser? Ich darf hier mal aus einem Interview mit Johannes Vogel vom 22. Juli im Deutschlandfunk zitieren: Es muss, wie vor dem Bürgergeld, die Möglichkeit der Sanktion geben in dem Ausmaß, wie das Verfassungsgericht das zulässt. Alles andere ist unfair. – Zitat Ende. Genau das ist es nicht, was Sie in diesem Gesetzentwurf machen. Sie bleiben weit hinter dem zurück, was das Verfassungsgericht in diesem Bereich zulässt. Das zeigt auch einmal: Sie bellen, und am Ende nicken Sie ab. Sie als FDP sind der Wackeldackel dieser Koalition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das Bürgergeld geht komplett in die falsche Richtung. Es fordert nicht, es fördert nicht in dem Maße, wie es notwendig ist. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen, weil ich glaube: Dieses Gesetz kann nur besser werden, am besten mit einer Ablehnung und einer vollkommenen Neuaufsetzung dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

**Es ist erstaunlich, dass die Arbeiterpartei SPD einem solchen Entwurf zustimmt.**

Beate Müller-Gemmeke, Bündnis 90/Die Grünen:

## Das Bürgergeld hat einen anderen, wertschätzenden Blick



Beate Müller-Gemmeke (\*1960)  
Landesliste Baden-Württemberg

Vor drei Jahren habe ich hier gestanden und darüber geredet, was sich bei Hartz IV und bei der Arbeitsförderung alles ändern muss. Jetzt ist es so weit: Das Bürgergeld kommt. Es ist gut, dass wir Hartz IV endlich überwinden. Die Menschen brauchen natürlich soziale Sicherheit. Wichtig ist vor allem aber, dass wir die Menschen, die lange arbeitslos sind, unterstützen und stärken. Sie

brauchen neue Chancen und Perspektiven. Deshalb werden wir die Beratungen und die Arbeitsförderung anders gestalten, und genau dieser Perspektivwechsel ist für uns beim Bürgergeld besonders wichtig.

Menschen sind aus ganz unterschiedlichen Gründen langzeitarbeitslos. Manche haben keine Ausbildung, andere haben gesundheitliche Probleme, und manchmal ist es einfach nur das Alter. Auf diese unterschiedlichen Problemlagen aber hat Hartz IV heute immer die gleiche Antwort, und zwar lautet sie: Aktivierung. Genau diese verfehlte Logik werden wir mit dem Bürgergeld verändern.

Diesen Perspektivwechsel möchte ich mit drei Punkten ganz kurz verdeutlichen:

Erstens. Wir schaffen Augenhöhe und Vertrauen. Vertrauen entsteht, wenn die Zusammenarbeit in den Jobcentern gut funktioniert, und zwar ohne dass in jedem Brief gleich mit Sanktionen

gedroht wird. Deshalb ersetzen wir die Eingliederungsvereinbarung durch einen Kooperationsplan. Er wird gemeinsam erarbeitet, er ist niederschwellig, er ist verständlich. Er nimmt Rücksicht auf die Vorstellungen der Menschen; denn nur wenn die Erwerbslosen die Integrations-schritte nachvollziehen können, wenn die Angebote für die Menschen Sinn machen, kann der Weg zurück in den Arbeitsmarkt gelingen.

Zweitens. Wir stellen Qualifizierung, Weiterbildung, Ausbildung in den Mittelpunkt und werden das auch attraktiv machen, und zwar mit einem Bürgergeldbonus und mit einem zusätzlichen Weiterbildungsgeld in Höhe von monatlich 150 Euro. Das ist uns ein besonderes Anliegen; denn Qualifizierung ist Voraussetzung für eine nachhaltige Integration in Arbeit.

Fortsetzung auf nächster Seite

Drittens. Die Arbeitsförderung muss tatsächlich zu den Menschen passen. Bei manchen Langzeitarbeitslosen funktioniert Vermittlung. Andere brauchen zunächst Qualifizierung und Weiterbildung, und wieder andere brauchen erst einmal geschützte Räume und soziale Teilhabe.

Dieser Unterschiedlichkeit müssen wir gerecht werden, und zwar mit individuellen Angeboten. Deshalb werden wir den Vermittlungsvorrang abschaffen. Und wir werden den sozialen Arbeitsmarkt entfristen; denn Arbeit bedeutet soziale Kontakte, Wertschätzung, Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe.

Das ist wichtig; denn hier geht es um die Würde der Menschen.

Langzeitarbeitslose Menschen sind lange arbeitslos, weil die Arbeitswelt nicht inklusiv ist. Wenn die Menschen nicht hundertprozentig passen oder Unterstützung benötigen, dann haben sie häufig keine Chance. Deswegen hilft Aktivierung eben nicht. Da-

bei geht es nicht um Kritik an der Arbeit und am Engagement der Beschäftigten in den Jobcentern, sondern es geht um die gesetzlichen Grundlagen, und die werden wir mit dem Bürgergeld-Gesetz verändern. Davon werden die Langzeitarbeitslosen profitieren. Davon bin ich zutiefst überzeugt; denn das Bürgergeld hat

einen anderen, einen wertschätzenden Blick.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Rose Gerrit Huy, AfD:

## Bürgergeld ist nichts anderes als ein aufgeweichtes Hartz IV



Rose Gerrit Huy (\*1953)  
Landesliste Bayern

Die AfD-Fraktion setzt dem Bürgergeld einen eigenen Antrag entgegen, weil wir nicht glauben, dass das Bürgergeld funktionieren wird. Es ist nichts anderes als ein aufgeweichtes Hartz IV, und das hat schon nicht funktioniert. So war es beispielsweise nicht möglich, aus dem Mil-

lionenheer der Hartz-IV-Leistungsbezieher auch nur 100 oder 200 Personen für den Koffertransport an deutschen Flughäfen zu rekrutieren. Dabei sind – hören Sie gut zu! – gut 8 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter bei uns im Land Hartz-IV-Empfänger. Das ist ein sehr großer Anteil Menschen, die von der Arbeit der Steuerzahler leben. Allein die Krankenkosten für diese Gruppe einschließlich ihrer Familien betragen über 20 Milliarden Euro im Jahr. In Dänemark, Schweden oder Belgien hingegen liegt der vergleichbare Anteil bei gerade mal 2 Prozent, also bei einem Viertel. Da muss man sich schon fragen, was diese Länder besser machen. Deswegen möchte ich mit Ihnen kurz dorthin schauen: Allen Ländern ist gemein, dass vor dem Schonvermögen das eigene Kapital aufgebraucht werden

muss. Diese Schonvermögen liegen in der Regel unter 5 000 Euro, in jedem Fall deutlich unter den deutschen 60 000 Euro. Und eine angebotene Arbeit muss im Grundsatz auch angenommen werden. In den Niederlanden muss man zudem aktiv in der eigenen Wohngemeinde selbst Arbeit suchen, andernfalls bis zu drei Stunden Fahrzeit pro Tag in Kauf nehmen, oder man muss umziehen. Sonst wird die Sozialhilfe gekürzt. In Italien gibt es das Bürgereinkommen für Erwerbsfähige nur, wenn man in den letzten zwölf Monaten seine Stelle nicht gekündigt hat und auch kein anderes Familienmitglied dies getan hat; sonst wird die

**Die AfD-Fraktion setzt dem Bürgergeld einen eigenen Antrag entgegen.**

Sozialhilfe gekürzt. In Frankreich werden beim Bezug der Mindestsicherung Wohnungen, Autos und Schmuck gegengerechnet. In Österreich muss man sein Auto gleich verkaufen, wenn es nicht für den Beruf benötigt wird; ein Arbeitsweg von insgesamt zwei Stunden ist zumutbar. Wer Schulungen nicht besucht, eine Wiedereingliederungsmaßnahme ablehnt oder zu wenig Eigeninitiative zeigt, riskiert zwei Drittel der Leistungen. Asylberechtigte müssen zudem innerhalb enger Fristen den Besuch eines Wertekurses und Sprachkenntnisse auf A2-Niveau nachweisen.

Und in der Schweiz schließlich muss sich jeder Leistungsempfänger zügig nach einer neuen Arbeitsstelle umsehen und ausreichend Bewerbungen verschicken. Wer Arbeit gefunden hat, muss die Sozialhilfe wieder zurückzahlen.

Unsere Nachbarn achten also streng darauf, dass ihre Mindestsicherung nur als vorübergehende Hilfe genutzt werden kann. Da-

durch sind sie wesentlich erfolgreicher bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt. Nicht so bei uns: In mehr als der Hälfte der Fälle schaffen es die Jobcenter nicht, die Arbeitschancen der Arbeitslosen zu erhöhen, sagt die interne Revision. Es mangelt ihnen an Zeit und Kontaktmöglichkeiten und nicht selten auch an der Motivation der Leistungsempfänger. So sagt der Sozialexperte Professor Raffelhüschen – so wird er genannt; aber rechnen kann er -: Für Hartz-IV-Bezieher mit Familie ist die Stütze zu hoch. Sie haben „mit Hartz IV deutlich mehr, als wenn sie Einkommen aufgrund ihrer Qualifikation beziehen würden“. Und auch Handwerkspräsident Wollseifer fürchtet: Wer arbeitet, ist zukünftig der Dumme, meine Damen und Herren. Wir wollen nicht, dass er recht behält. Deshalb stellen wir einen Antrag für eine aktivierende Grundsicherung, die Leistungsempfänger zügig wieder in Arbeit vermittelt.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Stephanie Aeffner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jens Teutrine, FDP:

## Solidarität und Integration sind Grundpfeiler des Sozialstaates



Jens Teutrine (\*1993)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Das Versprechen unseres Sozialstaates ist, diejenigen mit einem sozialen Sicherungsnetz aufzufangen, die nicht mehr in der Lage sind, für sich selbst sorgen zu können. Da-

bei liegt die Betonung bewusst auf „können“. Ein Sozialstaat, dem es aber nur darum geht, finanzielle Bedürftigkeit zu fördern, ist nicht an sich sozial. Sozial ist er erst, wenn er auch Menschen dabei unterstützt, sich durch eigene Arbeit aus der sozialen Bedürftigkeit zu befreien. Das ist aber kein Widerspruch. Solidarität und der Ansatz, Menschen in Arbeit zu integrieren, ist kein Widerspruch, sondern beides gehört zu den Grundpfeilern des Sozialstaates.

Gucken wir doch mal ins Gesetz. Sie haben gesagt, den Arbeits- und Fachkräftemangel werde das Bürgergeld nicht vollkommen beseitigen können; wir hätten so viele offene Stellen auf der einen und so viele Menschen in Arbeitslosigkeit auf der anderen

Seite. – Hartz IV hat das auch nicht geschafft. Ihr System, das Sie heute verteidigen und das Sie so beibehalten wollen, das Sie nicht verändern wollen, hat dieses Problem auch nicht gelöst.

Ein Beispiel, wieso das nie gelöst wurde, sind die absurden Hinzuverdienstregelungen im Hartz-IV-System. Wenn Menschen anfangen, mehr zu arbeiten, die Motivation haben, sich Stück für Stück mit einem Job herauszuarbeiten, dann sind die Regelungen so, dass Menschen zum Teil weniger haben, wenn sie mehr arbeiten gehen und aufstocken.

Der Anreiz ist genau falsch gesetzt. Der Anreiz muss so sein: Menschen, die mehr arbeiten, haben auch immer mehr in der Tasche. Deswegen passen wir die

Hinzuverdienstregelungen – ich weiß, dass Sie im Kern die Reform der Hinzuverdienstregelungen teilen – in einem ersten Schritt an, und zwar oberhalb der Minijobs. Wir wollen nicht, dass Menschen in Minijobs gefangen sind, sondern, dass sie sich mithilfe sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen herausarbeiten. Deshalb werden wir die Hinzuverdienstregelungen entsprechend anpassen. Das ist ein Schritt der Leistungsgerechtigkeit für unser Land.

Die jungen Menschen, die in einer Bedarfsgemeinschaft aufwachsen, dürfen in Zukunft, wenn sie eine Ausbildung machen, wenn sie zur Schule gehen, die Einkünfte aus ihrem Nebenjob behalten. Es ist eine Absurdität des Leistungsprinzips, dass junge Menschen, die sich etwas hinzuverdienen, davon nichts haben dürfen. Hartz IV vermittelt diesen jungen Menschen: Geh nicht arbeiten! Bleib im System! Streng dich nicht an! Diese Botschaft kehren wir um; denn das setzt sich im Kopf von jungen Menschen fest. Das ist eine weitere wichtige Änderung

beim Bürgergeld.

Ich möchte noch etwas sagen. Sie haben uns für unseren Haushalt kritisiert. Ich habe mir noch mal die Anträge angeguckt, die Sie bei den letzten Haushaltsberatungen zum Haushalt des BMAS vorgelegt haben. Sie haben gefordert, die Mittel für die Jugendberufsagenturen zu halbieren. Den jungen Menschen, die in Arbeitslosigkeit sind, wollten Sie die Mittel weghalbieren. Sie haben gefordert, die Mittel für die berufliche Integration und die Beratung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt zu halbieren. Sie wollten nicht die ukrainischen Geflüchteten in den Arbeitsmarkt bringen, Sie wollten die Mittel halbieren. Die Mittel für die Fachkräfteoffensive im Bundeshaushalt wollten Sie ebenfalls halbieren. Tun Sie nicht so, als wenn Sie Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren wollten, wenn das Ihre Haushaltspolitik ist! Das sind die Fakten. Das waren Ihre Anträge. Das sind nicht

Fortsetzung auf nächster Seite

unsere Anträge.

Herr Stracke, wir teilen doch das Gebot – und ich finde das wichtig –, dass derjenige, der arbeiten geht, stets mehr haben muss als derjenige, der nicht arbeitet. Da sind wir uns einig. Sind Sie aber im Kern wirklich gegen die Regelsatzerhöhung?

Herr Stracke, Sie haben auch gesagt, dass die Mehrleistungen vollkommen an der Realität vorbeigehen. Herr Whittaker, Ihr CDU-Kollege, der gleich sprechen wird, hat bei Twitter nach der Sitzung des Koalitionsausschusses, in der das beschlossen wurde, kommentiert: „Richtiger Impuls, Regelleistungen zu erhöhen, wenn die Inflation massiv steigt“. Das müsse gemacht werden. Ich war mit Julia Klöckner bei „Unter

den Linden“, wo sie gesagt hat – Sie können sich vielleicht erinnern -: Wir sind nicht gegen eine Regelsatzerhöhung. Davon gehe ich aus, dass die Regelsatzerhöhung auf rund 500 Euro kommen wird. Oder wenn man sich den Hartz-IV-Warenkorb anschaut: Wenn Lebensmittel um 17 Prozent teurer geworden sind, dann ist es richtig, den Regelsatz zu erhöhen.

Es ist unredlich, auf der einen Seite in der Öffentlichkeit zu sagen: „Wir wollen die Regelsätze erhöhen“, und auf der anderen Seite mit den Ängsten der Menschen in der Energiekrise zu spielen. Das ist der Grund, wieso Menschen, die vorher auf der Stelle gestanden haben, momentan das Gefühl haben, jetzt zurückzu-

fallen. Mit diesem Gefühl zu spielen, das ist das Geschäft von Populisten. Es ist eine Frage der Redlichkeit, in dieser Debatte bei den Fakten zu bleiben. Die Fakten sind – das wissen Sie –, dass es eine Inflationsanpassung geben muss. Sonst sagen Sie öffentlich, dass Sie dagegen sind, dass Sie den Regelsatz bei 450 Euro belassen wollen.

Zu den Fakten gehört auch: Die Sanktionen werden zum allergrößten Teil beibehalten. Bis zu 30 Prozent kann bei Meldeverstößen sanktioniert werden. Das ist bei Pflichtverletzung das

Maximum, das das Bundesverfassungsgericht zulässt.

Dann kritisieren Sie die Vertrauenszeit. In der Vertrauenszeit können Meldeverstöße, wenn jemand nicht zu einem Termin kommt, ebenfalls sanktioniert werden. Das sind 75 Prozent aller Sanktionen, das ist der Großteil der Sanktionen, die weiterhin auch in der Vertrauenszeit ausgesprochen werden.

Kritisieren Sie uns dafür, was wir machen, kritisieren Sie das Bürgergeld, aber hören Sie auf, auf Grundlage falscher Fakten in der Öffentlichkeit Stimmung zu

machen! Das ist brandgefährlich. Sie haben in Niedersachsen das Ergebnis gesehen. Es braucht eine Oppositionspartei, die die Regierung treibt. Es braucht eine Oppositionspartei in der Mitte, die uns kritisiert. Aber kritisieren Sie uns für das, was wir wirklich machen, und erfinden Sie keine Fake News! Das ist gefährlich, ob bei Regelsatzerhöhung oder Sanktionen. Hören Sie auf mit diesem Geschäft! Hören Sie auf, von Sozialtourismus zu sprechen! Das ist ein gefährliches Geschäft, was Sie machen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Götz Frömking (AfD): Ihr könnt gleich mit den Linken koalieren!)

Jessica Tatti, Die Linke:

## Die größte Verarsche auf dem Rücken von Langzeitarbeitslosen



Jessica Tatti (\*1981)  
Landesliste Baden-Württemberg

Minister Heil, eines muss man Ihnen lassen: Das ist das erste Gesetz zur Änderung von Hartz IV, das nicht alles noch schlimmer macht, sondern einige Verbesserungen auf den Weg bringt.

Dass alle Leute, die neu Leistungen beziehen, eine zweijährige Karenzzeit haben, in der die Kosten für Wohnung und Heizung voll übernommen werden, das unterstützen wir. Das hilft aber allen nicht, die jetzt schon in Hartz IV sind und die aus dem Regelsatz Monat für Monat bei den Mietkosten draufzahlen müssen – eines der größten Probleme in Hartz IV. Diese Menschen lassen Sie weiter im Regen stehen. Das müssen Sie jetzt ändern.

Gut ist, dass Schüler, Auszubildende und Studenten zukünftig mehr vom selbstverdienten Geld

behalten dürfen. Endlich setzen Sie damit die langjährige Forderung von Sozialverbänden, Betroffenen und auch der Linken um.

Aber dieses Gesetz ist keine Überwindung von Hartz IV, wie es hier permanent behauptet wird. Eine Überwindung von Hartz IV würde zwingend mindestens drei Dinge erfordern: eine Geldleistung, die für ein bescheidenes, aber angstfreies Leben ausreicht, das Recht auf Aus- und Weiterbildung, um damit wieder am ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, und den Ausbau des sozialen Arbeitsmarkts für diejenigen, die ohne ihn keine Arbeit finden können.

Passiert das mit Ihrem Gesetz? Sorgen die 50 Euro mehr für ein angstfreies Leben? Nein! Sie fummeln einfach so lange am Regelsatz herum, bis das rauskommt, was der Minister wollte. Das ist keine echte Erhöhung des Regelsatzes, sondern ein reiner Inflationsausgleich. Der ist absolut notwendig, aber damit kommen Sie

bestenfalls Ihrer Pflicht nach, dass die Leute noch Essen kaufen können, dass ihnen der Strom nicht abgedreht wird und dass sie im Winter nicht in einer dunklen Wohnung sitzen müssen. Reichen 50 Euro mehr? Die

Wahrheit ist: Die Leute bleiben genauso arm wie vorher. Denn das, was Sie nicht angehen, ist das jahrelange Kleintricksen der Regelsätze. Die Leute standen doch schon

vor den krassen Preissteigerungen mit dem Rücken zur Wand. Deshalb fordern wir Sie auf: Berechnen Sie die Regelsätze binnen eines Jahres neu! Beteiligen Sie die Betroffenen! Beteiligen Sie die Arbeitsloseninitiativen, die Wohlfahrtsverbände und die Tarifpartner! Und bis das passiert ist, braucht es einen Zuschlag. Wir sagen: monatlich 200 Euro mehr – gegen die Inflation, gegen Armut und soziale Notlagen.

Jetzt zur Weiterbildung von Menschen in Hartz IV. Sie reden ja sehr viel darüber,

vor allem, wie unfassbar wichtig Ihnen das sei. Und was machen Sie dann? Sie kürzen eiskalt die Mittel dafür im Bundeshaushalt. Was nutzen all Ihre schönen Worte, wenn es kein Geld für die Umsetzung gibt? Menschen in Hartz IV nehmen am allerwenigsten an Weiterbildungen teil. Das wissen Sie, und trotzdem kürzen Sie einfach immer weiter.

Wenn wir schon beim Kürzen sind: Alle in der Ampel reden so stolz vom sozialen Arbeitsmarkt, wie unverzichtbar, wie erfolgreich und wie großartig er doch sei. Und das stimmt auch. Die geförderten Arbeitsplätze bringen Menschen in Lohn und Brot: mit Arbeitgeber, mit Arbeitsvertrag und mit selbstverdientem Geld. Sie wollen den sozialen Arbeitsmarkt mit diesem Gesetz auf Dauer fortführen. Super Sache, wir unterstüt-

zen das. Bloß blöd, dass auch dafür real fast keine Mittel mehr im Haushalt sind und Sie den sozialen Arbeitsmarkt de facto kaputtsparen. Korrigieren Sie das! Ansonsten ist das die größte Verarsche – sorry, Frau Präsidentin – auf dem Rücken von Langzeitarbeitslosen.

Herr Minister, dann müssen Sie auch den Schneid haben. Sagen Sie hier klipp und klar, dass Langzeitarbeitslose keine Priorität mehr für diese Bundesregierung haben! Wir fordern 150 000 Jobs im sozialen Arbeitsmarkt und die Finanzmittel, die dafür notwendig sind. Es sind im Übrigen die 150 000 Jobs, die Sie in der letzten Legislatur versprochen haben, Minister Heil.

Unterm Strich: Mit diesem Gesetzentwurf bleiben die Betroffenen so arm und genauso im Abseits wie zuvor. Minister Heil, damit bleibt Ihr Bürgergeld nach wie vor Hartz IV.

(Beifall bei der LINKEN)

**Mit diesem Entwurf bleiben die Betroffenen so arm und genauso im Abseits wie zuvor.**



Mitarbeitende im Jobcenter werden künftig mehr mit Paragraphen als mit Menschen zu tun haben, so die Prognose der Opposition. Es werde immer schwerer, dem Bürger tatsächlich zu helfen. © ppicture alliance/dpa | XAMAX



Dagmar Schmidt, SPD:

## Wir wollen Perspektiven auch abseits der Sonnenseite schaffen



Dagmar Schmidt (\*1973)  
Wahlkreis Lahn-Dill

Es sind schwierige Zeiten, in denen wir im Moment Verantwortung tragen: hohe Energiepreise, Inflation, Sorgen um die Zukunft. Der Krieg Putins gegen die Ukraine macht uns Angst. Die Auswirkungen spüren wir alle, wir spüren sie aber unterschiedlich hart. Die einen nutzen diese Zeiten, um unsere Gesellschaft zu spalten, um die einen gegen die anderen auf den Platz zu führen und um aus den berechtigten Sorgen der Menschen ein populistisches Süppchen zu kochen.

Die anderen übernehmen in dieser Zeit Verantwortung für das ganze Land: Wir kümmern uns um diejenigen, die Arbeit haben, und um diejenigen, die keine haben. Wir kümmern uns gerade um diejenigen, die arbeiten und trotzdem ein geringes Einkommen haben. Wir haben deshalb den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Wer Vollzeit arbeitet, hat 280 Euro brutto mehr. Wir haben deshalb den Übergangsbereich auf 2 000 Euro angehoben. Wer 1 250 Euro verdient, hat 50 Euro mehr. Deshalb haben wir das Kindergeld um 18 Euro und den Kinderzuschlag um 21 Euro erhöht. Deswegen werden wir auch das „Wohn-geld Plus“ erhöhen und das Wohngeld damit für 1,4 Millionen Menschen mehr um durchschnittlich 190 Euro im Monat deutlich erhöhen.

Wir werden mit der Gas- und Wärmepreisbremse Last und Sorgen von den Schultern nehmen. Wir schützen in diesen schwierigen Zeiten diejenigen, die keine großen Reserven auf ihren Konten haben, die nicht jeden Monat etwas für die schlechten Zeiten zurücklegen konnten, die sich anstrengen und für die es oft trotzdem nicht reicht. Und wir stützen diejenigen, die keine Arbeit haben, indem wir Hartz IV überwinden und das Bürgergeld schaffen.

Man kann der Ansicht sein, dass es einen niemals trifft, dass man die beste Geschäftsidee, den sichersten Job hat, dass man selber resilient gegen alle Schicksalsschläge ist, dass man eine Gesundheit hat wie Karl Lauterbach, dass man auf alle Lebensrisiken vorbereitet ist. In der echten Welt gilt das aber für die allermeisten nicht. Das haben wir besonders in der Pandemie gesehen – gerade bei den Soloselbstständigen –, das gab es aber auch schon vorher: den spezialisierten Akademiker, dessen Spezialisierung nicht mehr gefragt ist, die Fachkraft mit Krebs, die Alleinerziehende mit Burn-out. Deswegen ist es richtig, dass wir Respekt vor der Lebensleistung dieser Menschen haben, dass sie keine Angst haben sollen, gleich alles zu verlieren, dass sie sich darauf konzentrieren können, sich neu zu orientieren, zu qualifizieren, einen Job statt einer Woh-

nung zu suchen, damit sie schnell wieder Anschluss und einen guten Job finden.

Wir wollen auch eine echte Perspektive für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite groß geworden sind, für diejenigen, die es aus der Bahn geworfen hat, die mit verschiedenen Problemen gleichzeitig kämpfen, die nicht die Chance hatten, eine gute Arbeit zu finden, und denen das Leben nicht so leichtfällt wie anderen. Es ist eine Frage des Respekts, und das machen wir: Wir unterstützen nicht von der Stange, sondern individuell, je nach persönlicher Lage; wir setzen bei den Stärken, Möglichkeiten und Vorstellungen der Arbeitslosen an, damit es am Ende

**Wir kümmern uns um diejenigen, die Arbeit haben, und um diejenigen, die keine haben.**

Erfolg hat.

Es ist auch eine Frage des Respekts, etwas von den Menschen zu erwarten – dass sie mithelfen, dass sie mitwirken –, ihnen etwas zuzutrauen und ihnen als Partner auf dem Weg zur Seite zu stehen. Deswegen ist es nicht weniger als ein Paradigmenwechsel, den wir mit dem Bürgergeld einleiten. Es geht nicht um die schnelle Vermittlung in irgendeine Arbeit. Eine nachhaltige Vermittlung in gute Arbeit steht im Vordergrund, wenn nötig durch Qualifizierung, Ausbildung, Coaching; wenn nötig, sollen gesundheitliche und

persönliche Probleme weggeräumt werden, damit eine echte Perspektive für die Menschen gelingt.

Das ist nicht nur für den Einzelnen richtig, lieber Stephan Stracke, das ist auch für die Gesellschaft insgesamt richtig; denn auch wenn Sie es den arbeitslosen Menschen nicht gönnen: Für unsere Wirtschaft, die dringend nicht nur nach Fach-, sondern auch nach Arbeitskräften sucht, ist es richtig. Für sie

ist es nämlich wichtig, dass wir Menschen befähigen, langfristig ihren Job zu machen. Nicht Verbandsfunktionäre, aber echte Unternehmer wollen keine unmotivierte, durch Sanktionsandrohung erfolgte Bewerbung auf dem Tisch haben. Sie wollen, dass die Menschen, die sich bewerben, die zu ihnen kommen, qualifiziert und motiviert sind, dass sie Lesen und Schreiben gelernt haben, dass sie, wo die Schule versagt hat, eine Ausbildung nachgeholt haben, dass sie Mut gefasst haben und am Abend stolz auf das sind, was sie leisten. Der soziale Arbeitsmarkt, den wir entfristen, hat uns gezeigt, dass es genau so gehen kann.

Ich bin stolz, dass wir heute das Bürgergeld in erster Lesung in das Parlament einbringen, darauf, dass wir in der Ampelkoalition gemeinsam schaffen, was vorher nicht möglich war: eine Grundsicherung, die kein Stigma, sondern Schutz und Hilfe für ein selbstbestimmtes Leben sein wird. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Kai Whittaker, CDU:

## Schon im Titel: Es geht Ihnen fast ausschließlich ums Geld



Kai Whittaker (\*1985)  
Wahlkreis Rastatt

Kollege Stracke hat ja recht, wenn er sagt: Auf der einen Seite haben wir fast 2 Millionen offene Stellen und auf der anderen Seite über 2 Millionen Menschen ohne Job. – Wann also, wenn nicht jetzt, wäre der beste Moment, um möglichst viele Arbeitsuchende wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen? Denn, Herr Teutrine, in unseren 16 Jahren haben wir es geschafft, mit Hartz IV die Anzahl der Arbeitslosen zu halbieren. Das ist die Benchmark, an der Sie sich messen lassen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Genau diese Chance lässt das Bürgergeld im wahrsten Sinne des Wortes links liegen. Man erkennt es schon an Ihrem Gesetzestitel: Es geht Ihnen fast ausschließlich ums Geld, und, Herr Teutrine, wenn Sie nicht wollen, dass Fake News verbreitet werden, dann tun Sie das bitte auch nicht.

Wir haben überhaupt kein Problem damit, wenn die Hartz-IV-Sätze sich in der Inflation um 50 Euro erhöhen. Aber es geht um das, was Sie drum herum machen. Denn Sie wollen nämlich nicht mehr prüfen, ob jemand die Leistung überhaupt noch wirklich braucht. Es interessiert Sie nicht mehr, ob jemand noch angemessen heizt. Es ist Ihnen egal, ob es Leute gibt, die hartnäckig gegen alle Regeln verstoßen. Das ist respektlos.

Es ist respektlos gegenüber der überwältigenden Mehrheit von Arbeitsuchenden, die sich an die Regeln halten und alles dafür tun, wieder in Arbeit zu kommen. Es ist auch respektlos gegenüber allen, die mit ihren Steuern unseren Sozialstaat finanzieren. Die SPD nannte sich einst Arbeiterpartei. Aber mit diesem Gesetz geben Sie

gerade die Leute auf, die etwas mehr als Hartz IV verdienen und mit ihren Steuern auch unseren Sozialstaat finanzieren. Angesichts der steigenden Energiepreise werden die Menschen mit sehr kleinen Einkommen ganz genau rechnen, ob sie nicht besser damit fahren, ihren Job an den Nagel zu hängen und stattdessen Bürgergeld zu beantragen. Arbeit muss sich immer lohnen. Wenn das nicht mehr gilt, gefährden Sie den sozialen Frieden in unserem Land.

Herr Minister, ich möchte auch auf Ihren Verweis, man dürfe Arbeitslose nicht gegen Niedrigverdiener ausspielen, zurückkommen. Das ist vollkommen richtig. Aber man kann, wie ich gerade gesagt habe, berechtigte Kritik nicht einfach vom Tisch wischen, nur weil sie Ihnen unangenehm ist. Sie müssen schon dafür sorgen, dass auch die Niedrigverdiener etwas haben. Sie könnten ja mal anfangen, dafür zu sorgen, dass mehr Netto vom

**Sie wollen die Menschen ruhigstellen, anstatt sie zu aktivieren, um Ihr Gewissen zu beruhigen.**

Brutto übrigbleibt. Stattdessen erhöhen Sie jetzt die Krankenkassenbeiträge, und das in Zeiten, in denen der Staat an steigenden Preisen sowieso mitverdient. Das ist ungehörig.

Das Allerwichtigste wäre doch jetzt, die Menschen in Arbeit zu vermitteln, anstatt sie im System zu verwalten. Und dazu fällt Ihnen ja fast nichts ein. Wir wissen aus der Forschung: Je besser Sie sich um die Menschen kümmern, je schneller Sie sich kümmern, desto eher gelingt der Sprung in Arbeit. Das heißt, mehr Personal, bessere Betreuung – das wäre jetzt wichtig. Nur, dieser Erkenntnis folgen keine Taten. Stattdessen streichen Sie 600 Millionen Euro für den Eingliederungstitel. Sie kürzen noch einmal bei der Verwaltung, um 50 Millionen Euro. Letztes Mal haben sie es schon um 750 Millionen Euro gestrichen. Sie machen das glatte Gegenteil.

Und es ist sogar noch schlimmer. In Zukunft wollen Sie sich in den ersten sechs Monaten gar nicht mehr um die arbeitsuchenden Menschen kümmern. Dabei wissen wir: Je länger die Menschen ohne Arbeit sind, desto schwerer wird es, aus dieser Situa-

Fortsetzung auf nächster Seite

tion wieder herauszukommen. Und ich weiß, dass Sie den Menschen etwas Gutes tun wollen; aber in Wahrheit schaden Sie ihnen. Das ist respektlos gegenüber den Menschen, die schon zu lange ohne Arbeit sind. Und es ist auch respektlos gegenüber den Mitarbeitern in den Jobcentern. Sie versprechen den Menschen ab jetzt eine Behandlung auf Augen-

höhe. Das war schon immer richtig. Das wird jetzt aber noch schwieriger, wenn Sie den Jobcenter-Mitarbeitern gleichzeitig die Mittel kürzen.

Was mich an dem Begriff „Augenhöhe“ besonders stört, ist Folgendes: Sie unterstellen, dass in den Jobcentern die Würde der Menschen missachtet wird. Das tun Sie, und das kann man in Ih-

rem Gesetzentwurf auch lesen. Sie legen minutiös fest, was der Jobcenter-Mitarbeiter während der Vertrauens- und Kooperationszeit alles nicht darf. In Zukunft müssen sich die Mitarbeiter mehr um Paragraphen als um die Menschen kümmern. Werte Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Bürgergeld stehen nicht die Menschen im Mittelpunkt, son-

dern die Hartz-IV-Vergangenheitsbewältigung der SPD. Sie wollen die Menschen ruhigstellen, anstatt sie zu aktivieren, um Ihr Gewissen zu beruhigen. Das hat kein Arbeitsloser verdient.

Wir als Union sagen stattdessen: Wir halten am Fordern fest und müssen beim Fördern noch besser werden: durch weniger Bürokratie, damit die Mitarbeiter

mehr Zeit für die arbeitssuchenden Menschen haben. Denn Hartz IV überwindet man nicht durch einen neuen Namen. Hartz IV überwindet man durch Taten, indem man die Menschen in Arbeit bringt. Fangen Sie endlich damit an!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephanie Aeffner, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wir geben Menschen wieder mehr Vertrauen in den Sozialstaat



© Grüne im Bundestag, S. Kaminski

Stephanie Aeffner (\*1976)  
Landesliste Baden-Württemberg

Ich möchte in der Debatte gern zu den Menschen zurückkehren, um die es hier geht: die arbeitslosen Menschen in diesem Land, aber auch all die Menschen, die heute Arbeit haben und denen es genauso passieren kann, ihre Arbeit zu verlieren. Als Hartz IV eingeführt wurde, war ich in den Endzügen meines Studiums der sozialen Arbeit. Ich habe mich auch für den Weg in die Berufspolitik entschieden, weil ich in der Beratung immer wieder Situationen erlebt habe, wo ich mit der bestehenden Rechtslage Menschen nicht helfen konnte. Umso mehr freue ich mich, dass wir mit der Einbringung des Bürgergeldgesetzes eine der größten sozialpolitischen Reformen seit 20 Jahren auf den Weg bringen.

Wir sind mit dem Versprechen angetreten, Hartz IV zu überwinden. Und ich finde, wir sind auf einem guten Weg dahin. Wir läuten eine neue Zeit ein, wir schaffen die Voraussetzung für eine Kommunikation auf Augenhöhe in den Jobcentern und sorgen für ein Ende der Stigmatisierung von bedürftigen Menschen. Wir geben Menschen wieder mehr Vertrauen in unseren Sozialstaat.

In der zweijährigen Karenzzeit werden die Kosten für Wohnung und Unterkunft in tatsächlicher Höhe übernommen. Deutlich mehr Ersparnis darf behalten

werden. Damit nehmen wir den Menschen in dieser ohnehin schwierigen Situation die Angst, nicht nur ihren Job, sondern auch noch ihr Zuhause und ihre kompletten Rücklagen zu verlieren. Sie können sich dadurch auf eine Weiterbildung oder die Suche nach einer neuen Arbeit konzentrieren. Und die Jobcenter entlasten wir so auch. Sie können sich nämlich um Unterstützung kümmern anstatt um Verwaltung und Bürokratie.

Wir Grünen haben lange für die Abschaffung von Sanktionen gekämpft. Sie werden nun deutlich entschärft. Leistungen können maximal um 30 Prozent gekürzt werden. Härtere Sanktionen für unter 25-Jährige werden abgeschafft, und vor allem entfallen die anlasslosen Sanktionsandrohungen in jedem

Schreiben. Die allermeisten Menschen – 97 Prozent – kooperieren völlig problemlos, und genau die werden damit nicht mehr mit Sanktionen bedroht. Das ist ein Gewinn; denn es ist wissenschaftlich belegt, dass Sanktionen nicht dazu führen, dass Menschen schneller eine Arbeit aufnehmen – im Gegenteil: Langfristig schaden sie einer dauerhaften Arbeitsmarktintegration. Sie sorgen nur für kurzfristige Arbeitsaufnahme.

Und was hier geschieht, ist nichts weniger als ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Anerkennung, Zutrauen und Befähigung.

Auch bei jungen Menschen sorgen wir für mehr Chancengerechtigkeit, indem wir die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Schüler/-innen und Studierende anheben. Damit können sie endlich selber etwas ansparen.

**Gegen diese Angst setzen wir das Versprechen der bestmöglichen Unterstützung.**

Das sorgt für bessere Startbedingungen in das Berufsleben und Erfolgserlebnisse. Wir machen Schluss mit der Zwangsverrentung, durch die ältere Arbeitnehmer/-innen bisher viel zu oft aus dem Berufsleben gedrängt wurden. Sie müssen nicht mehr im gesamten Rentenbezug mit den finanziellen Einbußen leben. Sie verdienen ebenso Chancen und Anerkennung. Wir alle können gerade in Zeiten des Fachkräftemangels nicht auf ihre Fähigkeiten verzichten.

Mit einem zusätzlichen Rechenschritt passen wir den Regelsatz deutlich besser an die Inflation an und erhöhen ihn stärker als bisher. Es ist kein Geheimnis, dass wir Grüne uns an dieser Stelle mehr gewünscht hätten. Dennoch haben wir eine entscheidende Verbesserung an dieser Stelle erreicht. Mich ärgert die andauernde Kritik, dass sich mit der Bürgergeldreform Arbeit nicht mehr lohnen würde. Wegen höherer Regelsätze wird niemand seinen Job aufgeben und sich in die „soziale Hängematte“ legen wollen.

Wer ehrlich in sich selber hineinhört, spürt eines ganz genau: Die Vorstellung, den eigenen Job zu verlieren, macht Angst – Angst vor Abstieg, Angst, den eigenen Kindern nichts mehr bieten zu können, Angst,

nicht mehr dazuzugehören, Angst davor, Bittsteller bei Behörden zu sein. Gegen diese Angst setzen wir das Versprechen der bestmöglichen Unterstützung, um aus dieser Situation herauszukommen.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir mit unserer Reform die Würde der Menschen achten und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. An manchen Punkten liegen noch Aufgaben vor uns. Beispielsweise müssen wir auch auf die Menschen im Sozialhilfebezug schauen. Niemand sucht sich eine Erwerbsminderung wegen einer Erkrankung aus. Auch diesen Menschen müssen wir die Anerkennung entgegenbringen, die sie verdienen.

Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Norbert Kleinwächter (AfD), Pascal Kober (FDP), Annika Klose (SPD), Marcus Reichel (CDU), Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen), Jana Schimke (CDU) und Jens Peick (SPD).



Der eingebrachte Gesetzentwurf zum Bürgergeld sorgte für eine hitzige Debatte im Plenum.

© picture alliance/dpa | Michael Kappeler

Debatte zum Wohngeldgesetz / 60. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 13. Oktober 2022

Klara Geywitz, Bundesbauministerin:

## Es erreicht exakt diejenigen, die es am dringendsten brauchen



Klara Geywitz (\*1976)  
Wahlkreis Potsdam I

Die hohen Energiepreise treffen viele Menschen in Deutschland hart. Am härtesten treffen sie aber doch diejenigen, die sowieso mit sehr wenig Geld auskommen müssen. Diese Menschen spüren das ganz direkt in ihrem eigentlich bestgeschützten Lebensumfeld, nämlich der Wohnung. Die Wohnung kostet bereits jetzt einen großen Teil ihres Einkommens. Angesichts der stark gestiegenen Preise bleibt am Ende nur noch sehr wenig zum Leben, auch sehr wenig zum Konsumieren. Deshalb setzt das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung genau hier an: bei den Wohnkosten von Menschen mit niedrigen Einkommen, und zwar zielgerichtet. Um keine Zeit zu verlieren, haben wir die beiden Gesetzentwürfe vorgelegt, die heute in erster Lesung beraten werden.

Um gerade im bevorstehenden Winter schnell und unbürokratisch helfen zu können, sehen wir vor, Wohngeldempfänger mit einem zweiten Heizkostenzuschuss zu unterstützen. Dieser soll im Vergleich zum ersten Heizkostenzuschuss deutlich erhöht werden, für einen Einpersonenhaushalt von 270 Euro auf immerhin 415 Euro, für einen Zweipersonenhaushalt von 350 Euro auf ganze 540 Euro und für jede weitere Person im Haushalt um 100 Euro. Wichtig ist, dass Beziehende von Leistungen nach dem BAföG und von Ausbildungs- und Berufsausbildungsbeihilfe erneut von dieser Hilfe profitieren: Sie erhalten statt 230 Euro nun 345 Euro.

Die Wohnkosten sind jedoch so stark gestiegen, dass künftig

noch mehr Menschen unsere Unterstützung brauchen. Deshalb sehen wir eine große Reform des Wohngeldes vor. Sie soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Mit dem Wohngeld Plus sehen wir vor, den Kreis der Anspruchsberechtigten von bisher 600 000 Haushalten auf rund 2 Millionen Haushalte mit immerhin 4,5 Millionen Menschen zu erhöhen. Zugleich erhöhen wir die Zahlung von durchschnittlich rund 180 Euro auf rund 370 Euro pro Monat – eine Riesensteigerung.

Das heißt also: Mit dem Wohngeld Plus wird der Kreis der Anspruchsberechtigten verdreifacht und die durchschnittliche Monatsrate verdoppelt. Außerdem integrieren wir in das Wohngeld künftig eine dauerhafte Heizkostenkomponente. Hierbei wird nicht die Heizungsrechnung direkt bezahlt, sondern eine Pauschale. Auch das

ist ein wichtiger Anreiz zum Energiesparen. Darüber hinaus führen wir einen Zuschlag ein, der berücksichtigt, dass viele Wohnungen in Kürze energetisch saniert werden müssen und dadurch die Mieten steigen werden. Das ist ein wichtiger Beitrag für eine sozialgerechte Klimawende.

Nicht zuletzt wird das Wohngeld auch unbürokratischer und passgenauer. Wir verlängern den möglichen Bewilligungszeitraum von 12 auf 18 Monate, und wir ermöglichen es den Ländern, eine einfache, schnelle Auszahlung des Wohngeldes vorzunehmen. Wenn die Miete erhöht wird, kann das Wohngeld in Zukunft schon angepasst werden, wenn sie um 10

Prozent und nicht erst, wenn sie, wie jetzt, um 15 Prozent steigt.

Das Wohngeld ist und bleibt eine der zielgenaueren staatlichen Unterstützungsleistungen überhaupt; denn es berücksichtigt gleichzeitig Einkommen, Haushaltsgröße und Wohnkosten. Übrigens – das wissen viele nicht; deswegen werbe ich dafür – gilt das auch für das selbstgenutzte Eigenheim. Es erreicht somit exakt diejenigen, die es am dringendsten brauchen, darunter viele alleinerziehende Menschen. Was mir auch wichtig ist:

**Ich danke den Ländern für ihre Unterstützung und den Austausch in den letzten Wochen.**

Rentnerinnen und Rentner machen fast die Hälfte der wohngeldbeziehenden Haushalte aus. Hinzu kommen Familien mit geringem Einkommen sowie Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflege-

heimen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Gesetzentwurf für das Wohngeld Plus ist die größte Wohngeldreform in der Geschichte der Bundesrepublik. Er wurde innerhalb kürzester Zeit auf den Weg gebracht, und ich

weiß: Dies ist für alle Beteiligten, auch für Sie natürlich, ein großer Kraftakt. Ich danke den Ländern für ihre Unterstützung und für den intensiven Austausch in den letzten Wochen zu genau der Frage, wie wir das möglichst unbürokratisch organisieren. Ich danke den Kommunen, vor allem den Mitarbeitenden der Wohngeldstellen, die sich jetzt schon auf die vielen neuen Anträge vorbereiten. Auch wenn wir uns zügig an die Umsetzung machen werden, werden die Auszahlungen einige Zeit in Anspruch nehmen. Wo wir als Bauministerium mit Vereinfachung helfen können, tun wir das gerne, und wo wir die Länder dabei unterstützen können, die Wohngeldanträge digital zu bearbeiten – viele Bundesländer tun das schon –, helfen wir auch sehr gerne.

Ich bitte Sie nun um konstruktive parlamentarische Beratungen, damit wir die Betroffenen mit dem Wohngeld Plus und dem Heizkostenzuschuss schnell und verlässlich unterstützen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Jan-Marco Luczak, CDU:

## Die Ampel zögert, zaudert, mal grün, mal gelb, meistens rot



Jan-Marco Luczak (\*1975)  
Landesliste Berlin

Gestatten Sie mir am Anfang eine Vorbemerkung. Ich finde, es gibt seit dem Beginn dieses furchtbaren Angriffskrieges auf die Ukraine und der Energiepreiskrise fast schon so ein bisschen ein Schema in der Ampel: Wir als Union machen Vorschläge für notwendige Maßnahmen. Wir sehen dann aber, dass die Ampel zögert, dass sie

zaudert, dass sie mal grün blinkt, mal gelb. Meistens steht sie aber auf Rot. Irgendwann, nach viel Streit – auch in der Koalition –, bewegt sich die Ampel dann doch. Aber es ist zu spät, halbherzig, und meistens sind die Maßnahmen dann auch noch mit handwerklichen Mängeln versehen. Das war beim ersten Entlastungspaket so, das war beim ersten Heizkostenzuschuss so, das war und ist ja immer noch bei der Frage der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke so. So war es bei der Senkung der Umsatzsteuer auf Energieträger; so ist es bei der Gasumlage, die Murks war.

So ist es beim Gaspreisdeckel, von dem wir immer noch nicht wissen, wie er genau ausgestaltet ist. Bisher ist nur klar: Er wird frühestens im März in Kraft treten, also nach dem Winter. Das ist ungefähr so – das hat meine Kollegin Julia Klöckner gestern sehr gut gesagt –, wie wenn man jemanden

nach dem Winter fragt: Ich habe hier ein paar tolle Winterreifen für dich, möchtest du die nicht kaufen? Das ist viel zu spät. Die Menschen brauchen jetzt Klarheit, sie brauchen jetzt eine Entlastung, und da kommen Sie nicht hinterher, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampel.

Genauso ist es auch bei der Reform des Wohngelds. Bereits im März dieses Jahres haben wir als Union in einem Entschließungsantrag einen höheren Zuschuss bei den Heizkosten gefordert. Wir haben gefordert, die Umsatzsteuer auf Gas zu senken, den Kreis der Wohngeldberechtigten auszuweiten und das Wohngeld an die Energiekosten zu koppeln. Jetzt, Mitte Oktober, sieben Monate später, ziehen Sie

**Sie verdoppeln damit am Ende auch die Probleme. Das ist nicht in Ordnung.**

als Ampel endlich nach. Das ist viel zu spät. Sie haben über Monate die Unsicherheit und die Sorgen und Nöte der Menschen nicht ernst genommen. Die warme Wohnung, meine Damen und Herren, darf doch nicht zur Schuldenfalle werden, genauso wie ein Heizlüfter kein Statussymbol sein darf. Deswegen müssen Sie schneller sein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampel.

Frau Ministerin, Sie haben die Kommunen angesprochen, Sie haben ihnen dafür gedankt, dass sie sich jetzt schon vorbereiten. Ich weiß nicht, ob Sie mal mit den Kommunen gesprochen haben; viele Kollegen aus meiner Fraktion – das weiß ich – und ich haben das getan. Die Kommunen wissen über-

haupt nicht, wo ihnen der Kopf steht, weil das alles so lange gedauert hat. Schon heute gibt es in den Wohngeldstellen einen großen Antragsstau. Wenn sich aber jetzt die Zahl der Wohngeldberechtigten auf 2 Millionen fast

Fortsetzung auf nächster Seite

mehr als verdreifacht, dann fehlt es an allem: Es fehlt an Personal, es fehlt an ausreichenden Büros, es fehlt an der technischen Infrastruktur. Nichts davon konnte entsprechend vorbereitet werden, weil es einfach keine Klarheit gab, weil der Gesetzentwurf erst jetzt – sieben Monate später – kommt.

Deswegen – das muss man auch klar sagen –: Wenn die Wohngeldreform, wie geplant, zum 1. Januar 2023 in Kraft treten soll, dann wird die Umsetzung aller Voraussicht nach nicht funktionieren. Das ist dann aber nicht die Schuld der Kommunen; das ist die Schuld dieser Bundesregierung, die viel zu spät gehandelt hat, meine Damen und Herren.

Ich möchte die Kritik an zwei, drei Punkten festmachen. Im Gesetzentwurf stellen Sie unter anderem in Aussicht, dass Auszahlungen vorläufig genehmigt werden. Ich habe mich dann gefragt: Was ist eigentlich der Inhalt dieser vorläufigen Prüfung? Wenn man mit den Mitarbeitern in den Wohngeldstellen in den Kommunen spricht, dann hört

man: Na ja, ich weiß das auch nicht so richtig. Die vorläufige Prüfung entspricht im Kern eigentlich der endgültigen Prüfung. – Das bedeutet dann aber, dass sie nicht einen Verwaltungsvorgang bearbeiten und prüfen, ob jemand Anspruch auf Wohngeld hat, und ihm das dann auszahlen, nein, die Mitarbeiter bearbeiten zweimal den gleichen Vorgang: Sie müssen den Antrag erst einmal vorläufig prüfen und dann endgültig prüfen, aber mit den gleichen Schemata. Damit verdoppeln Sie den Personalaufwand, damit verdoppeln Sie den Verwaltungsaufwand, und Sie verdoppeln damit am Ende auch die Probleme. Das ist nicht in Ordnung. Damit schaffen Sie nur Verunsicherung, meine Damen und Herren.

Auch handwerklich hat Ihr Vorschlag viele Mängel. Ich will das einmal an der Systematik der Mietenstufen festmachen

– die sollen neu festgelegt werden –, die für die Berechnung des Wohngeldes ganz zentral ist. Sie wollen zum Beispiel, dass die Stadt Münster – jeder weiß, wie die Wohnungsmarktsituation in einer Studentenstadt wie Münster ist, nämlich außerordentlich

**Das wird der Lage nicht gerecht, deswegen können wir das nicht mittragen.**

angespannt – in die gleiche Mietenstufe eingeordnet wird wie Mühlheim an der Ruhr oder Pirna. Das kann man doch keinem erzählen. Man muss sich doch nur mal die Mietensituation dort anschauen. Das passt doch

überhaupt nicht zusammen. Das hat schon was mit Realitätsverweigerung zu tun, was Sie hier machen.

Aber mit Realitätsverweigerung hat die Bauministerin spätestens seit dem „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ ein bisschen Erfahrungen. Über Monate hat man das Ziel, jährlich 400 000 Wohnungen zu bauen, wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Jeder wusste eigentlich, dass das nicht

realistisch war; trotzdem hat man das monatelang aufrechterhalten und monatelang auf einer falschen Tatsachengrundlage verhandelt und damit am Ende verhindert, dass richtige und auch schwierige Entscheidungen getroffen wurden. Ich kann nur sagen – das gilt für das Wohngeld, die Mietenstufen wie auch für viele andere Stellen –: Mehr Realität würde dieser Ampel guttun, meine Damen und Herren.

Vielleicht noch ein letzter Punkt, der mir auch wichtig ist. Eine Klimakomponente beim Wohngeld einzuführen, ist richtig. An den energetischen Zustand anzuknüpfen, ist richtig; dass man es belohnt, wenn ein Vermieter energetisch saniert, ist richtig. Und dass sich das natürlich auch im Wohngeld widerspiegeln muss, weil es am Ende auch höhere Mieten bedeutet, ist auch richtig. Nur, davon steht in Ihrem Gesetz nichts. Sie führen zwar eine Klimakomponente ein, aber der energetische Zustand eines Gebäudes, also das, worauf es bei der Klimakomponente eigentlich ankommen sollte, spielt überhaupt keine Rolle. Jeder, ganz

pauschal, erhält diesen Zuschlag. Das ist eine Mogelpackung, genauso wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die Sie vorgeschlagen haben, wovon Sie jetzt in der Ampel streiten. Das ist auch eine Mogelpackung. Das kann so nicht bleiben, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir als Union unterstützen ausdrücklich die Reform des Wohngeldes. Wir dürfen die Menschen in dieser Energiekrise nicht alleine lassen. Nutzen Sie jetzt die verbleibenden Wochen, um in aller Ernsthaftigkeit die Einkommen richtig zu definieren, Bagatellgrenzen bei Rückforderungen einzuführen, eine Klimakomponente einzuführen, die wirklich ihren Namen verdient.

Damit werden Sie dem Ernst der Lage gerecht. Das, was Sie hier vorgelegt haben, wird der Lage nicht gerecht. Und deswegen können wir das in dieser Form nicht mittragen.

Vielen Dank meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Julia Verlinden, 90/Die Grünen:

## Das ist unverzichtbar, packt das Problem aber nicht an der Wurzel



Julia Verlinden (\*1979)  
Landesliste Niedersachsen

auf ihrem Konto. Also insofern: Bleiben Sie bei der Wahrheit.

Die aktuellen Energiepreise machen uns allen zu schaffen; das ist klar. Und es gibt Menschen, die sehr viel härter davon betroffen sind als die allermeisten hier in diesem Raum. Und genau diesen Menschen, die hart getroffen sind, weil sie bereits jetzt hohe Mieten zahlen müssen im Vergleich zu ihrem Einkommen, den Empfängerinnen und Empfängern von Wohngeld, wollen wir mit diesem Gesetz unter die Arme greifen.

Aber da hören wir nicht auf. Wir erhöhen nicht nur das Wohngeld, sondern wir erweitern auch sehr deutlich den Kreis der Berechtigten; denn die Mieten explodieren in zahlreichen Städten und stellen zum Beispiel Familien vor große finanzielle Herausforderungen – trotz festem Einkommen. 2 Millionen Haushalte sollen deswegen künftig das verbesserte Wohngeld beantragen können. Das ist ein richtig gro-

ßer Fortschritt. Das ist eine Verdreifachung. Vielen herzlichen Dank für diesen Vorschlag.

Gleichzeitig bringen wir erneut einen Heizkostenzuschuss auf den Weg. Damit helfen wir den Beziehern von Wohngeld, aber auch von BAföG, Berufsausbildungsbeihilfen und Ausbildungsgeld. Die Ampelregierung setzt so ein klares Zeichen: Wir lassen die Menschen mit geringem Einkommen nicht im Stich.

Und klar ist auch: Das Wohngeld ist ein wichtiges soziales und unverzichtbares Instrument, aber es packt das Problem nicht an der Wurzel. Mit dieser Förderung unterstützen wir natürlich die Menschen, die es brauchen. Wir finanzieren indirekt aber auch die zum Teil viel zu hohen Mieten in unserem Land. Da müssen wir ran, und

**Wir finanzieren indirekt aber auch die zum Teil viel zu hohen Mieten in unserem Land.**

**Zwei Millionen Haushalte sollen künftig das verbesserte Wohngeld beantragen können.**

da gehen wir auch ran.

Ich sage Ihnen jetzt gerne, was wir im Zuge dieses Richtungswechsels hin zu mehr bezahlbarem Wohnraum noch vorhaben. 2006 hatten wir noch 2 Millionen Sozialwohnungen. Beim Regierungswechsel letztes Jahr waren es nur noch 1,1 Millionen Sozialwohnungen. Das geht nicht. Mit mehr sozialem Wohnungsneubau und einer neuen Wohngemeinnützigkeit können und werden wir als Ampel gesteuert.

Dabei geht es nicht nur um den Neubau. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, vorhandene Gebäude auch besser zu nutzen, auszubauen, zu reaktivieren. Viele Kommunen und Wohnungsgenossenschaften haben damit angefangen. Sie haben unter anderem Wohnungstauschprogramme etabliert, sodass zum Beispiel die wachsende Familie mit der alleinstehenden Dame die Wohnungen unterschiedlicher Größe tauschen kann, sofern das beide wollen. So nutzen wir vorhandene Wohnungen sinnvoll. Auch anzubauen oder beispielsweise Dachgeschosse auszubauen, dort neuen Wohnraum zu ermöglichen, ist ein ganz wichtiger Beitrag dazu, ressourcenschonend und zügig zusätzlichen Platz zu schaffen. Fossile Heizenergie ist teuer

und widerspricht den Klimazielen. Im Gebäudesektor entsteht rund ein Drittel des gesamten CO<sub>2</sub> in Deutschland. Deshalb brauchen wir eine strukturelle Veränderung in der Wärmeversorgung; das ist klar. Die energetische Ertüchtigung und tiefgehende Sanierung unserer Gebäude muss in der Prioritätenliste weiter nach oben steigen. Es geht um Energieeffizienz, es geht um erneuerbare Wärme. Nur so können wir die Mieterinnen und Mieter vor weiteren Preissteigerungen wirklich nachhaltig schützen und vermeiden, dass der Heizkostenzuschuss eine Dauerlösung werden muss.

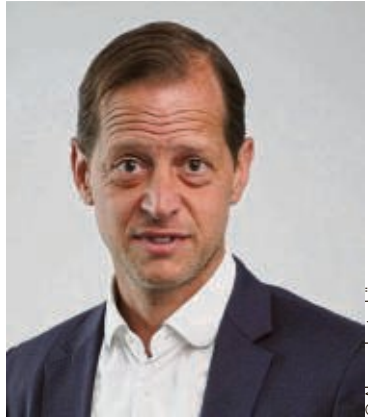
Auch dieser Punkt ist im Wohngeld mitgedacht. Mit einer Klimakomponente gleichen wir eventuelle Mietanpassungen nach einer Sanierung aus. Gleichzeitig unterstützen wir auch die Vermieter/-innen und Gebäudeeigentümer mit zielgerichteten Fördergeldern in der Gebäudesanierung. Im Haushalt stellen wir hierfür Milliarden in zweistelliger Höhe bereit, weil sie eine sinnvolle Investition sind. So wird ein klimaneutraler Gebäudebestand ein greifbares Ziel, bei dem alle Beteiligten mitgenommen werden und davon profitieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Roger Beckamp, AfD:

## Wir brauchen neben der Gaspreis- auch eine Migrationsbremse



Roger Beckamp (\*1975)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Zahl der Haushalte, die Wohngeld erhalten, und die entsprechenden Ausgaben werden mehr als verdreifacht.

Wohngeld richtet sich an Haushalte mit Einkommen, Altersrenten oder auch an Empfänger von ALG I bis zu einer bestimmten Höhe, wobei diese Einkünfte für die Wohnkostenbelastung eben nicht ausreichen. Inhaltlich geht es bei dieser Reform im Wesentlichen um Heizkosten und angehoebene Einkommensgrenzen.

All dies führt dazu, dass sich die Leistungen für Wohngeldempfänger deutlich erhöhen. So macht allein der neuerdings vorgesehene Zuschuss zu den Heizkosten rund 2,30 Euro je Quadratmeter im Monat je Bezieher aus. Zudem steigt die Zahl der Anspruchsberechtigten deutlich.

So bekam ein Einpersonenhaushalt bisher Wohngeld bei einem Einkommen von gut 1 800 Euro brutto. Nun darf man sogar 2 300 Euro verdienen und bekommt Wohngeld. Die Anzahl der Haushalte, die Wohngeld erhalten, steigt damit um 1,4 Millionen auf dann gut 2 Millionen Haushalte. Damit werden dann auch Teile der unteren Mittelschicht erreicht.

Und weil das Ganze erst zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt, gibt es dieses Jahr noch einen weiteren Heizkostenzuschuss für zahlreiche Bezieher von Wohngeld und anderen Sozialleistungen. Klingt das gut für Sie? Gerade in Zeiten hoher Inflation und stetig steigender Energiepreise?

Aber warum haben wir denn überhaupt einen so hohen Bedarf an Sozialleistungen bis in die Mittelschicht? Denn genau das ist das Wohngeld: eine andere Art der So-

zialhilfe. Bisher brauchte die Mittelschicht so etwas nicht.

Wofür ist das ein Symptom? Also was liegt dahinter? Was sind die Ursachen? Nun, die Nebenkosten vieler Wohnungsnutzer sind zu hoch. Diese bestehen vor allen Dingen aus Heizkosten, die derzeit bekanntermaßen nur eine Richtung kennen: nach oben.

Meist geht es um Flüchtlinge oder um Heiratsmigration. Das sind in der Regel eher schlecht ausgebildete Leute. Aus Ländern, die eine grosse, wenn nicht gar die grösstmögliche kulturelle Distanz zu Europa haben.

Viele beziehen Sozialleistungen und tragen damit auch nicht in positivem Sinne zur Gesellschaft und zur Wirtschaft bei.

Zitat Ende. – So Ruud Koopmans, Leiter der Abteilung Migration am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin, kürzlich in einem Beitrag der „Neuen Zürcher Zeitung“. So viel zur Wissenschaft, meine Damen und Herren.

Und genau diese Leute bekommen den Wohnraum, den Einheimische dringend brauchen, und müssen in der Regel nicht einmal selbst dafür bezahlen. Fast 900 000 Einwanderer, Ihre Einwanderer von 2015

und 2016 – Sie können mich da gern „bescheuert“ nennen; aber es bleibt ja ein Fakt –, beziehen Hartz IV oder andere Sozialleistungen. Diesmal hat Putin damit nichts zu tun. Das ist allein das Verschulden dieser Regierung und der Vorgängerregierung.

Und deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir neben der Gaspreisbremse eine Migrationsbremse. So einfach kann es sein. Denn dieses Land muss sich ändern: Von einem Paradies für

Asyleinwanderer ohne Schutzbedürfnis – die meisten haben gar kein Schutzbedürfnis – muss dieses Land zu einer Wüste für diese Menschen werden, die eben nicht schutzbedürftig sind. Das sind wir den Deutschen

und allen Einheimischen – allen anderen auch hier –, die lange und gerne hier leben sollen, schuldig.

Nichts aber sind wir schuldig den Romafamilien, Usbeken und den Tausenden anderen Drittstaatlern, die die Lage in der

Ukraine ausnutzen und über diese in unser Land kommen. Und nichts schuldig sind wir auch den Hunderttausenden, die aus dem Nahen Osten und Afrika kommen. Diese Menschen suchen keinen Schutz bei uns. Diesen hätten sie in ihren Nachbarländern schon längst finden können. Nein, sie suchen und finden in unserem Land Wohnungen, Sozialhilfe und – dank Ihrer Hilfe – Staatsbürgerschaften. Genau das hält diese Regierung auf Kosten der Einheimischen für sie bereit.

**Nichts sind wir schuldig den Romafamilien, Usbeken und den Tausenden Drittstaatlern.**

Und die eigenen Leute erhalten dann ein bisschen mehr Wohngeld als Sozialkosmetik. Herzlichen Glückwunsch!

Aber ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Die Politiker eines Landes sind zuallererst zum Schutz und Nutzen des eigenen Landes da. Nur mal als Kontrollfrage: Wie lange wollen Sie noch so weitermachen? In Afrika kommen alle elf Tage – alle elf Tage! – 1 Million Menschen dazu; einfach mal googeln. Alle elf Tage kommen 1 Million Menschen dazu. Die Geburtenraten sind astronomisch. Allein die Bevölkerung Afrikas verdoppelt sich bis 2050 von 1,2 auf 2,5 Milliarden.

Wie viele wollen Sie hier von denen noch einladen? Einige hier haben bestimmt ein paar Wohnungen oder ein Ferienhaus. Bringen Sie sie doch gerne zu sich

nach Hause!

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch System: Wir subventionieren auf dem Wohnungsmarkt gegen eine selbstverschuldete, migrationsbedingte Knappheit an, ganz ähnlich wie bei der Energie. Und genauso trifft es auch hier eher die einkommensschwächeren Teile unseres Volkes. Diese Reform des Wohngelds mit all Ihren Milliarden ist zwar bitter nötig, aber nur deshalb, weil Ihre Politik die entsprechenden Probleme erst hervorgerufen hat. Diese Reform ist letztlich nur ein weiteres Zahnrad im Reparaturbetrieb Ihrer Politik. Ihre Politik macht weite Teile unseres Volkes in der Mittelschicht sozialhilfebedürftig. Ihre Politik ist zutiefst unmoralisch und inländerfeindlich.

Sichere Grenzen, bezahlbarer Wohnraum!

(Beifall bei der AfD – Dr. Götz Frömming [AfD]: So ist das! – Caren Lay [DIE LINKE]: Widerlich!)

Daniel Föst, FDP:

## Es ist dringend nötig, dass wir aktiv werden



Daniel Föst (\*1976)  
Landesliste Bayern

Wie völlig egal der AfD die akuten Nöte der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind und wie völlig egal Herrn Beckamp die akuten Nöte sind, zeigt sich daran, dass er lieber über Flüchtlinge redet als über die Sorgen unserer Menschen. Das einzig Gute an dem Beitrag war: Es war der einzige Beitrag der AfD in dieser Debatte.

Wir sind tatsächlich in schwierigen Zeiten. Wir bekommen das ja mit. Die Menschen spüren das. Sie haben Angst und fragen sich, ob sie Strom und Heizung noch bezahlen können. Es ist dringend nötig, dass wir aktiv werden. Deswegen handelt die Ampelregierung. Wir ersuchen nicht nur, dass Strom gespart wird, insbesondere in der Industrie, sondern wir ent-

lasten auch die Bürgerinnen und Bürger, die vor Überlastung Angst haben oder die schon vor Überlastung stehen. Deswegen kommt ja die Gaspreisbremse. Deswegen kommt ja die Strompreisbremse. Deswegen gibt es ja die Energiepreispause. Deswegen werden auch Steuerentlastungen ausgereicht. Das alles ist richtig und wichtig.

Dazu gehört auch, das Wohngeld deutlich zu erhöhen. Die Union fragt mich gerade: „Wie sieht's denn jetzt aus?“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sieht leider so aus, dass wir im Ergebnis einer völlig blauäugigen Politik in eine totale Abhängigkeit von russischem Gas geraten sind. So sieht es aus. Ich muss es hier jetzt einfach sagen, weil das mittlerweile auch infrage gestellt wird: Es ist vollkommen richtig, dass wir aus Russland kein Gas mehr beziehen. Das ist vollkommen richtig. In keiner Sekunde stelle ich die Sanktionen infrage. Nur, wir baden gerade aus, was uns hingelegt wurde.

Aber zurück zum Wohngeld. Es tut mir leid, Herr Luczak; eigentlich versuche ich, zu vermeiden, immer wieder zu erwähnen, dass ihr uns das eingebrockt habt. Aber ihr bittet ja geradezu darum. Jetzt werden wir das Wohngeld deutlich erhöhen und deutlich ausweiten.

Wir Freien Demokraten sind bekannte Fans des Wohngelds, weil es eine sehr zielgenaue Hilfe ist, weil es genau den Menschen hilft, die Hilfe brauchen, für die Dauer, die sie Hilfe brauchen. Deswegen stehen wir mit Begeisterung hinter dem Wohngeld. Ich persönlich sage: Es ist besser, den Menschen direkt zu helfen, als allzu viel Geld in Beton zu verbauen. Wenn das Geld direkt und sofort ankommt für die Dauer, die es benötigt wird, dann ist dies das bessere System.

Es ist daher wichtig, dass wir das Wohngeld zukunftsfit machen. Da spielt die Heizkostenkomponente natürlich eine Rolle. Sie ist wichtig; denn die Heizkosten steigen. Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Es ist auch wichtig, dass wir die Klimakomponente mit aufnehmen.

Am witzigsten finde ich ja: Herr Luczak, Sie beschwerten sich über die Bürokratie, die da entsteht, aber in Ihrer Rede haben Sie in einer Tour mehr Bürokratie gefordert. – Ja, doch, natürlich! – Sie haben gesagt: Wir müssen dies noch einführen, wir müssen jenes noch einführen, dann müssen wir Rückzahlungen einführen und dieses und jenes machen. Sie haben sechs Punkte aufgezählt, mit

Fortsetzung auf nächster Seite

denen mehr Bürokratie ins Wohngeld kommt, und beschwerten sich dann bei uns, dass die Kommunen das vielleicht nicht leisten können.

Natürlich werden wir den Kommunen und den Ländern helfen müssen, das Wohngeld auszuzahlen. Es ist uns ja bewusst, dass das nicht einfach ist. Deswegen hat die Frau Ministerin bei der Reform des Wohngelds eine Entbürokratisierung eingebracht. Deswegen gibt es die Möglichkeit, erst mal Abschlagszahlungen zu gewähren. Deswegen gibt es ja mittlerweile auch ein System für den digitalen Wohngeldantrag. Da frage ich

mich insbesondere als Bayer: Warum, Herr Kießling, ist der Wohngeldantrag in Bayern nicht komplett digital? Wir haben mittlerweile ein System, das man nutzen kann. Und wenn Kommunen Hilfe brauchen bei der Einführung eines digitalisierten Systems beim Wohngeld, dann – da bin ich mir sicher – werden wir da Hilfe leisten können und müssen; denn das, was wir jetzt digitalisieren, wird auf Dauer digital

bleiben.

Zum Abschluss ein wichtiger Punkt, der teilweise schon in der Debatte anklang: Wir sind in ein System gerutscht – das ist wirklich bedenklich, und ich rede, Herr Luczak, nicht von den letzten 16 Jahren –, in dem es der Mitte der Gesellschaft, denjenigen, die gerade so in der Mittelschicht

angekommen sind, fast unmöglich ist, sich Wohnen leisten zu können; das wird immer schwieriger.

**Runter mit den Baukosten, die Genehmigungsverfahren müssen schneller werden.**

Deswegen weiten wir den Kreis der Wohngeldberechtigten aus. Aber es kann ja nicht sein, dass wir ein System haben, in dem auf der einen Seite das Bauen hoch subventioniert wird oder auf der anderen Seite die Wohnkosten hoch subventioniert werden. Wir müssen für die Mitte der Gesellschaft ein System haben, das aus sich heraus bezahlbaren Wohnraum schafft. Da ist das Bündnis bezahlbarer Wohnraum, Frau Ministerin, eine richtige Antwort. Wir müssen runter mit den Baukosten, und die Genehmigungsverfahren müssen schneller werden. Wir müssen schauen, dass

wir mehr, günstiger und schneller bauen, weil wir nicht auf Dauer einen großen Teil der Gesellschaft entweder beim Bauen oder beim Wohnen subventionieren können.

Das Wohngeld ist absolut notwendig. Aber damit ist nur der erste Schritt getan. Wir werden noch viel mehr machen müssen, damit wir wieder ein System haben, das günstigen Wohnraum aus sich heraus zur Verfügung stellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Caren Lay, Die Linke:

## Wir brauchen einen Mietenstopp, ein »Krisenpaket Miete«



Caren Lay (\*1972)  
Landesliste Sachsen

Die Reform des Wohngeldes ist überfällig, und sie ist dringend nötig. Wir haben als Linke auch mehrfach eine Reform gefordert und hier konkrete Vorschläge eingebracht. Deswegen freut es uns, dass das endlich angegangen wird. Doch leider bleibt Ihr Entwurf unzureichend und Stückwerk.

Lange Zeit galt es als ungeschriebenes Gesetz in diesem Land, dass niemand mehr als 30 Prozent des Einkommens für das Wohnen ausgeben muss – warm! Die Realität ist heute eine andere: Schon jetzt geben 12 Prozent der Haushalte mehr als 50 Prozent aus – kalt! Mit der Energiekrise werden es deutlich mehr werden. Dieser Zustand ist völlig inakzeptabel. Niemand darf mehr als 30 Prozent des Einkommens für das Wohnen ausgeben;

das gehört zu den Grundfesten unseres Sozialstaates, und das müsste eine Wohngeldreform auch leisten. Aber nein, Sie machen eine Wohnkostenbelastung

von 40 Prozent zum Maßstab, und das ist völlig inakzeptabel.

Außerdem wird das Wohngeld immer noch kleingerechnet. Wenn man nur die Mieten der Wohngeldhaushalte zur Grundlage der Berechnung macht, also die Mieten von Leuten mit sehr wenig Geld, dann verzerrt das doch völlig die Realitäten. Man müsste die Marktmieten zur Grundlage nehmen. Das Ergebnis der Kleinrechnerei bedeutet ganz konkret, dass 187 Gemeinden in den sogenannten Mietstufen herabgestuft werden, auch Städte wie Chemnitz oder Bautzen. Das heißt, hier werden die Zuschüsse durch Ihre Reform praktisch gesenkt. Das ist doch wirklich absurd. Wenn sich in der Kritik an den Mietstufen Herr Luczak von der CDU/CSU und ich zum ersten Mal nach zehn Jahren einig sind, dann müsste Ihnen das doch wirklich zu denken geben. Unsere Kritik teilt nicht nur der Deutsche Mieterbund, sondern auch der Deutsche Städtetag. Die sagen: Lassen Sie uns doch endlich empirisch gefestigte Grundlagen zur Berechnung der Mietstufen einführen! – Dass dies richtig wäre, ist doch wohl wirklich klar. Ich bitte darum.

Meine Damen und Herren, haben Sie schon mal einen Wohngeldantrag gesehen? Es sind acht komplizierte Seiten, fünf Seiten Erläuterungen, 47 Unterpunkte. Das überfordert

viele Menschen. Die Ämter kommen schon jetzt nicht hinterher und haben nicht das Personal, Ihre Reform umzusetzen. Längere Bewilligungszeiträume finden wir

gut; aber besser wäre es, die bereits bewilligten Anträge zunächst für ein weiteres Jahr zu bewilligen. Dann könnten sich die Behörden vollkommen auf die Bearbeitung der neuen Anträge konzentrieren.

Immerhin ist der Heizkostenzuschuss pauschal – das begrüßen wir –; aber an vielen Stellen deckt er nicht die realen Bedarfe. Was ich wirklich inakzeptabel finde: Wir haben gleichzeitig den CO2-

Verena Hubertz, SPD:

## Viele wissen nicht, dass sie auf Wohngeld Anspruch haben



Verena Hubertz (\*1987)  
Wahlkreis Trier

Wir reden hier über eine große Wohngeldreform. Aber was sind das eigentlich für Menschen, für die wir das tun? Mein Wahlkreis ist Trier. Da gibt es auch einige, denen diese Reform zugutekommt. Es gibt zum Beispiel den Rentner, der damals so viel verdient hat, dass er nicht unbedingt viel für die Rente spa-

ren konnte, und der für seine Wohnung in einem Trierer Stadtteil – nicht mal Innenstadtlage – 500 Euro kalt zahlt, also mehr als die Hälfte seiner Rente für die Miete ausgibt. Es gibt auch die alleinerziehende Mutter. Viele können nur ahnen, wie herausfordernd das Leben ist, wenn man dann natürlich in Teilzeit arbeitet und damit nicht oder nur mit Mühe und Not über die Runden kommt.

Das sind die Lebensrealitäten vieler Menschen in unserem Land. Das sind Leute, die hart arbeiten und die hart gearbeitet haben. Für diese Leute machen mehrere Hundert Euro im Monat den Unterschied aus, den Unterschied zwischen einem selbstbestimmten Leben und dem Abrutschen in Sozialleistungen. Für mich geht es bei dem, worüber wir hier heute reden, auch um eine Frage des Respekts; denn diejenigen, die in

unserem Land hart arbeiten, sollen nicht aus ihrer Wohnung fliegen, weil sie sich die Miete und die Nebenkosten nicht mehr leisten können, und das nicht nur in der Krise, sondern dauerhaft. Dafür ist das Wohngeld da, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir erweitern den Bezieherkreis – wir verdreifachen ihn von 600 000 auf über 2 000 000 Haushalte –, und wir steigern die Summe. Es wird – das haben wir von der Bauministerin gerade gehört – eine dauerhafte Heizkomponente geben. Wir werden mit einer Klimakomponente sicherstellen, dass sich insbesondere Menschen mit geringem Einkommen nicht nur die schlechtesten Wohnungen leisten können; auch dafür ist ein Faktor eingepreist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Unsere Kritik teilt nicht nur der Deutsche Mieterbund, auch der Deutsche Städtetag.**

Wohngeld herangehen. Viele wissen nicht, dass sie darauf Anspruch haben. Oftmals ist das Thema noch in der sogenannten Schmutzdecke. Man hat Befindlichkeiten und möchte nicht unbedingt zur Behörde gehen, um diesen Antrag, der, wie wir gerade gesehen haben, auch einfacher werden darf und wird, auszufüllen. Ich finde, Menschen, die arbeiten, die sich in diesem Land an die Regeln halten und trotzdem nicht über die Runden kommen, haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Ja, wir haben viel über Symptome und den Wohnungsmarkt geredet, und wir sind uns dessen bewusst, dass wir hiermit ein Symptom bekämpfen. Aber wir gehen natürlich auch an die Wurzel des Problems. Vielleicht hat der eine oder andere gestern mitbekommen, dass wir gemeinsam im Kanzleramt waren, wo die Ergeb-

nisse des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum vorgestellt wurden. Dort sind auf 67 Seiten Maßnahmen festgelegt, um jetzt ins Bauen zu kommen, um zu ermöglichen, dass es einfacher wird und wir weiteren bezahlbaren Wohnraum in diesem Land schaffen. Jetzt erzählen Sie nicht, dass sei nur Klein-Klein, nur ein bisschen Kosmetik. Nein, wir pa-

**Wir sind uns dessen bewusst, dass wir hiermit ein Symptom bekämpfen.**

cken das Thema Wohnen in dieser Koalition gemeinsam mit dem Ministerium ganzheitlich an, mit Wumms und einem Bündnis aus vereinten Kräften und mit vielen Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ja, wir haben im Koalitionsvertrag einiges vereinbart. Wir haben aber auch noch einiges vor. Ich bin sehr dankbar, dass der Kollege Buschmann von der FDP mit Hochdruck daran arbeitet, dass wir auch die mietrechtlichen Fragestellungen gemeinsam angehen; denn da haben wir na-

türlich auch noch jede Menge zu tun. Aber wenn wir an das Wohngeld gehen, an das Bauen von bezahlbarem Wohnraum und jetzt auch dieses Maßnahmenbündel auf den Weg bekommen, wenn wir das gemeinsam anpacken, dann bin ich optimistisch, dass wir hier niemanden alleine lassen. Ich danke für die konstruktive Mitarbeit und sage: Legen wir los!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Michael Kießling, CSU:

## Es fehlt die Planungssicherheit und es fehlt der Vorlauf



Michael Kießling (\*1973)  
Wahlkreis 224

Herr Föst, ich möchte auf Ihre Behauptung bezüglich einer blauäugigen Energiepolitik eingehen. Wir haben gut gelebt von den günstigen Energiepreisen. Herr Scholz wusste ja schon immer, dass Putin die Energie verwenden wird, um Krieg zu führen und entsprechend Einfluss zu nehmen. Er war damals Arbeitsminister, Vizekanzler und Finanzminister und hat den Kurs mitgetragen. Als er Kanzler wurde, hat er auch noch Nord Stream 2 verteidigt. Mir scheint, Sie kennen heute schon die Fehler, die Sie morgen machen. Das nenne ich blauäugige Politik.

Aber jetzt zurück zum Thema Wohngeld. Es ist richtig, dass man das Wohngeld erhöht, dass man den Empfängerkreis ausbaut und dass man es reformiert. Es ist wichtig, dass wir jetzt auf die aktuellen Herausforderungen Antworten finden. Aber – Jan-Marco Luczak hat es angesprochen – das kommt zu spät. Wir haben es bereits im März gefordert. Die Leute sind jetzt natürlich auf der Palme und fragen sich: Wie soll ich das in Zukunft zahlen? – Das Ganze soll Anfang des nächsten Jahres umgesetzt werden. Die Kommunen sind nicht vorbereitet, weder personell noch wissen sie, wie es

funktionieren soll. Es fehlt Planungssicherheit, und es fehlt der Vorlauf, um das in der Zeit entsprechend abzuarbeiten. Wenn Sie wie wir mit den verschiedenen Ebenen im Land und in den Kommunen im Gespräch sind, dann werden Sie bestätigen, dass es so ist. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Sie müssen schauen, dass wir schnell sind und die handwerklichen Fehler, die noch enthalten sind, schnell behoben werden, sodass man das Wohngeld entsprechend schnell und verlässlich auszahlen kann.

Sie wecken Erwartungen, angefangen beim 9-Euro-Ticket, das nicht langfristig organisiert werden kann, bis hin zum Wohngeld, Sie kündigen an, aber liefern nicht, liefern zu spät, oder es bleiben Fragen offen. Das ist nicht die Politik, die wir in Krisenzeiten benötigen.

Auch die endgültige Finanzierung ist noch offen; das müssten wir klären. Dass wir eine Verdreifachung der Zahl der Berechtigten haben, ist erst einmal eine gute Zahl. Aber eigentlich ist es erschütternd, dass wir eine Verdreifachung der Wohngeldempfängerzahl haben. Es müsste sich eigentlich lohnen, dass man zur Arbeit geht. Man müsste sich mit dem Geld, das man verdient, die Wohnung, Wärme, Strom und auch das Leben leisten können. Das sehe ich bei Ihrer Koalition überhaupt nicht gegeben. Das scheint auch nicht der Anspruch Ihrer Regierung zu sein.

Durch die links-FDP-geführte Regierung wird es gerade zum Anspruch, nicht zu arbeiten, beispielsweise wenn man auf das Bürgergeld schaut. – Nicht „Ah!“. Das haben Sie verbrochen bzw. werden Sie verbreichen. – Wenn ich nicht arbeite und mehr Geld bekomme, als wenn ich zur Arbeit

gehe, dann haben wir doch ein Problem; denn dann rentiert es sich ja gar nicht, zur Arbeit zu gehen. Das ist doch der falsche Anreiz, meine Damen und meine Herren. Wer zur Arbeit geht, soll von dem Geld auch leben können. Dieser Lohn- und Leistungsabstand muss doch entsprechend dargestellt werden.

Wir haben doch die gesellschaftliche Verantwortung, mit dem Geld, das wir von den Steuerzahlern einnehmen, verantwortungsvoll umzugehen, damit nicht die nachfolgenden Generationen dafür bezahlen. Entgegen der Meinung des einen oder anderen grünen Abgeordneten kann sich der Staat nicht grenzenlos verschulden und die Zinsen selber festlegen. Wirtschaftspolitik scheint nicht die Stärke der Grünen zu sein, meine Damen und Herren. Damit handeln Sie nicht nachhaltig. Nachhaltig ist nicht nur Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltig sind auch eine solide Haushaltspolitik und eine faire Sozialpolitik, und dies für diejenigen, die das Geld erwirtschaften und die wir entsprechend solidarisch unterstützen müssen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einen Punkt eingehen. Das Wohngeld ist ein wichtiger Bestandteil, ohne Frage. Es ist zielgerichtet, weil es auf den Bedarf des Einzelnen eingeht, auf die Größe der Wohnung, auf das Einkommen usw. Aber wir brauchen auch Wohnraum. Sie haben es innerhalb kürzester Zeit geschafft, eine glatte Vollbremsung auf dem Wohnungsmarkt zu verursachen. Wir haben hohe Baukosten, wir

haben hohe Energiekosten. Momentan fehlen die Antworten von der Regierung: Wie reagieren Sie? Was können Sie anbieten? Sie schrauben die Anforderungen im Wohnungsbau hoch und streichen die Förderprogramme zusammen. Sie verströmen das Bündnis mit einem lauwarmen Ergebnis, das Sie gestern vorgestellt haben.

Blicken wir zurück! Wir hatten einen Hochlauf im Wohnungsbau; 300 000 Wohnungen wurden gebaut. Wir hatten Baukindergeld, degressive AfA und KfW-Förderung.

Jetzt fordern Sie 400 000 neue Wohnungen, und das Ganze soll funktionieren mit einem Förderchaos à la Habeck, mit steigenden Zinsen, mit Lieferengpässen und mit steigenden Baukosten. Das glauben nicht einmal Ihre Bündnispartner, die ges-

tern das Ergebnis mit vorgestellt haben, meine Damen und Herren. Frau Geywitz, Sie haben gesagt, dass 400 000 Wohnungen nicht mehr reichen werden; aber im Bündnispapier steht diese Zahl nach wie vor drin. Anstatt klare Konzepte und gezielte investive Maßnahmen zu erarbeiten, wollen Sie den Wohnungsbau mit Prüfaufträgen, Evaluation und runden Tischen fördern. Das klingt schön, aber damit werden keine neuen Wohnungen und zumindest nicht schnell neue Wohnungen gebaut, die wir brauchen.

Eines noch: Sie haben völlig recht, Frau Geywitz: Wenn es im Bau wumms macht, dann ist etwas kaputt, dann hat etwas nicht funktioniert. – Sie machen einen Doppel-Wumms. Sie fahren die Bauwirtschaft gegen die Wand.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Frau Geywitz, Sie machen einen Doppel-Wumms. Sie fahren die Bauwirtschaft gegen die Wand.**

Hanna Steinmüller, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wohngeld für sozial gemischte Kieze



Hanna Steinmüller (\*1993)  
Wahlkreis Berlin-Mitte

Herr Kießling, ich habe wirklich zugehört. Es ging um das 9-Euro-Ticket und das Bürgergeld. Das war ein buntes Potpourri. Zum Wohngeld habe ich nicht so viel gehört.

Deswegen probiere ich es jetzt noch einmal mit dem Wohngeld, worum es bei diesem Tagesordnungspunkt ja geht.

Wir wollen sozial gemischte Kieze. Das Wohngeld wurde eingeführt, um zu ermöglichen, dass sich Menschen mit niedrigem Einkommen auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung leisten können und da wohnen, wo sie es wollen. Das ist die Idee des Wohngeldes, und die gilt noch immer, auch wenn wir jetzt zu Recht viel über Entlastungen und die Folgen von Putins Angriffskrieg diskutiert haben, die zu steigenden Energiepreisen und anderen Preisexplosionen führen. Also, beim Wohn-

Fortsetzung auf nächster Seite

geld geht es darum, dass wir sozial gemischte Kieze erhalten.

Wir machen die größte Wohngeldreform der Geschichte der Bundesrepublik. Von ihr profitieren 2 Millionen Haushalte in ganz Deutschland: Rentner und Rentnerinnen, Alleinerziehende, Familien, Studierende, Azubis und Menschen mit kleinem Einkommen.

Mit Verena Hubertz sind wir gerade in Trier gewesen. Ich möchte mal in Berlin bleiben. Was bedeutet das Wohngeld konkret? Was bedeutet es für die Rentnerin in Berlin, die eine Miete von 550 Euro hat und ein Gesamteinkommen von 1 200 Euro? Sie hat bisher Anspruch auf 16 Euro Wohngeld. Sehr berechtigt können wir davon ausgehen, dass sie das vermutlich nicht beantragt hat. Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zu 16 Euro im Monat; das

heißt, wahrscheinlich nutzt sie es nicht. Nach der Reform bekommt sie 212 Euro Wohngeld; das ist fast die Hälfte ihrer Miete.

Wir wandern weiter, weil Berlin ja nicht der Nabel der Republik ist. Was bedeutet es für eine Familie in Heidelberg, zwei Elternteile, ein Kind, Miete: 900 Euro, Einkommen: 2 800 Euro brutto? Sie haben bisher keinen Anspruch auf Wohngeld; nach der Reform sind es 311 Euro. Es macht also einen Unterschied. Es bedeutet auch, dass sich – ich schaue zu meinem Kollegen Kassem Taher Saleh – beispielsweise die Alleinerziehende in Dresden ihre Wohnung noch leisten kann und nicht

umziehen muss. Das ist eine ganz wichtige Veränderung durch die Reform des Wohngeldes.

Heute ist jedoch die erste Lesung des Wohngeld-Plus-Gesetzes. Es gilt das Struckische Gesetz.

Auch wir möchten noch einige Dinge ändern. Eines wurde heute schon vielfach thematisiert, nämlich die Frage, wie wir es schaffen, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wohngeldstellen, die wirklich wichtige Arbeit leisten, nicht überfordern. Da müssten wir gemeinsam als Ampel überlegen – es gibt viele Vorschläge –, wie wir das noch einfacher machen können. Das sind wir den Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern schuldig.

Ich als Grüne habe noch einen zweiten Punkt. So, wie die Klimakomponente in diesem Gesetzentwurf ausgestaltet ist, hat sie mit einem sozialen Ausgleich für energetische Sanierung noch nicht so viel zu tun. Wir sind in der Situation, dass wir sehr schnell die Reform durchbringen müssen, weil wir sehr schnell Menschen entlasten wollen; das ist richtig. Aber ich finde, wir müssen trotzdem noch mal überlegen, was man da noch drehen kann, oder notfalls bei der nächsten Evaluierung eine Klimakomponente einführen, die ihrem Namen wirklich gerecht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel beim Wohngeld ist, dass die soziale Mischung erhalten bleibt. Dafür nehmen wir, ehrlich gesagt, ganz schön viel

Geld in die Hand, um Mieten zu subventionieren. Aber es gibt auch andere Wege, dieses Ziel zu erreichen, und an denen müssen wir genauso arbeiten. Wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit, damit wir dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Und wir müssen das Vorkaufrecht wieder rechtssicher einführen, damit Mieterinnen und Mieter nicht weiter verdrängt werden. Dafür werden wir Grüne uns in der Koalition weiter einsetzen. Ich freue mich auf die Beratung von Heizkostenzuschuss- und Wohngeld-Plus-Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Daniel Föst [FDP])

**Unser Ziel beim Wohngeld ist, dass die soziale Mischung erhalten bleibt.**

Anne König, CDU:

## Zu einem Weiter-so werden wir keinen Beitrag leisten



Anne König (\*1984)  
Wahlkreis Borken II

Fast auf den Tag genau vor sieben Monaten durfte ich hier im Deutschen Bundestag meine erste Rede zum Heizkostenzuschuss halten. Seit Anfang März ist viel Zeit vergangen, und immer noch warten die Menschen in unserem Land auf strukturelle und spürbare Entlastungen. Schon damals haben wir als Union erklärt, dass Ihre Einmalhilfen der Wirklichkeit hoffnungslos hinterherhinken und bei immer weiter steigenden Preisen die Kosten der Menschen nur minimal abfedern. Ich habe im März schon darauf hingewiesen, dass die Preisexplosion längst die gesellschaftliche Mitte erreicht hat und es eben nicht nur symbolische Hilfe für wenige, sondern strukturelle Lösungen für viele braucht. Denn schon damals war

klar, dass ein einmaliger Heizkostenzuschuss nicht reichen wird und dass es einer Wohngeldreform mit einer integrierten Klima- und Heizkostenkomponente bedarf.

Es ist für die Menschen in diesem Land bitter, dass die allermeisten Kritikpunkte aus dem Frühjahr heute noch genauso zutreffend und aktuell sind wie vor sieben Monaten; denn Ihre Herangehensweise hat sich seitdem nicht verbessert. Eine Lernkurve ist bei Ihnen mit bloßem Auge auch nicht zu erkennen. Aber fangen wir mal bei der Wurzel des Problems an. Diese Bundesregierung weigert sich hartnäckig, das Energieangebot in der gebotenen Konsequenz zu erhöhen. Ihr ist es nicht gelungen, in sieben Monaten einen Vorschlag auf europäischer Ebene zu unterbreiten, wie man Gas aus dem Merit-Order-System rausnimmt. Somit bleiben

Strom- und Gaspreise bis auf Weiteres hoch. Hinzu kommt: Experten sagen uns seit Monaten voraus, dass uns eine schwere Rezession droht. Man kann nur hoffen, dass Ihr sogenannter Doppelwumms für Industrie und Mittelstand nicht zum Doppel-Flop wird. Irgendwer muss in Zukunft ja auch unsere Sozialleistungen erwirtschaften, und wir können nur mit einer starken Wirtschaft unseren Wohl-

stand erhalten.

Zurzeit vergrößert Ihre Politik nicht nur den ökonomischen Schaden, sondern führt auch zu gesamtgesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen. Denken Sie bitte auch darüber mal nach: Was sollen eigentlich all diejenigen, die arbeiten gehen und kein Wohngeld und keinen Heizkostenzuschuss erhalten, tun? Auch die Unterstützung für die arbeitende Mitte ist jetzt notwendiger denn je. Zudem braucht es für Geringverdiener und Rentner, die knapp oberhalb des Empfängerkreises liegen, ebenfalls Lösungen; alles andere wäre ungerecht.

Da es sich heute um die erste Lesung handelt und wir die Regierung im Interesse der Menschen kritisch-konstruktiv begleiten wollen, will ich Ihnen gerne die wichtigsten Kritikpunkte noch einmal darlegen. Das tue ich in der Hoffnung, dass Sie diese Kritikpunkte dieses Mal auch aufgreifen und endlich Verbesserungen vornehmen.

Erstens. Sowohl der Heizkostenzuschuss als auch das Wohngeld Plus in ihrer jetzigen Form behandeln höchstens die Symptome. Das Problem muss an der Wurzel gepackt werden. Erweitern Sie also das Energieangebot, und reduzieren Sie dadurch die Preise!

Zweitens. Lösen Sie zumindest bei diesem Gesetz einmal Ihr Ver-

sprechen aus dem Koalitionsvertrag ein! Da heißt es nämlich richtigerweise auf Seite 8: „Wir wollen Gesetze verständlicher machen.“ Stattdessen konfrontieren Sie nun den Bürger mit folgender Formulierung aus Anlage 3 – ich zitiere –:

Das ungerundete monatliche Wohngeld ergibt sich durch Einsetzen der Werte für „a“, „b“, „c“ (Anlage 2) und für „M“ und „Y“ in die Formel nach § 19 Absatz 1 Satz 1 und durch Ausführen der vier folgenden Rechenschritte:

$$\begin{aligned} \dots \\ z1 &= a + b \cdot M + c \cdot Y, \\ z2 &= z1 \cdot Y, \\ z3 &= M - z2, \\ z4 &= 1,15 \cdot z3. \end{aligned}$$

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Damit provozieren Sie wahrscheinlich Hunderttausende Anrufe bei den Wohngeldstellen vor Ort, weil bei Ihrem Gesetz niemand weiß, ob ihm Wohngeld Plus überhaupt zusteht. Sorgen Sie da bitte für Klarheit!

Drittens. Insbesondere der Heizkostenzuschuss erscheint nicht zielgenau. Der festgelegte Betrag kann sowohl in die eine als auch in die andere Richtung stark vom tatsächlichen Preis zum Zeitpunkt des Bedarfs abweichen. Da entstehen Ungerechtigkeiten mit Ansage. Während es für den einen Teil der Empfänger ein auskömmlicher Zuschuss sein kann, weil sie gegebenenfalls in einem energetisch guten Gebäude wohnen, wissen andere immer noch nicht, wie sie die Preisexplosion mit der Einmalzahlung schultern sollen. Wenn Sie die Betroffenen nicht zielgenauer bezuschussen, können Sie quasi jetzt schon über das nächste Nachbesserungsgesetz nachdenken.

**Erweitern Sie also das Energieangebot, und reduzieren Sie dadurch die Preise!**

**Sieben Monate mussten vergehen, bis Sie wieder tätig wurden.**

Viertens. Bedauerlicherweise ist das Geld mit der Verabschiedung von Gesetzen ja noch lange nicht bei den Bürgern. Der Aufgabenzuwachs bei den Wohngeldbehörden führt durch die Verdreifachung der Zahl der Anträge zu langen Wartezeiten. Pro Erstantrag für Wohngeld werden laut Ihren Ausführungen 92 Minuten benötigt. Ich warne davor, die zu erwartende Antragsflut auf dem Rücken der Mitarbeiter in den Behörden auszutragen. Eine Bundesregierung, die ihren Personalkörper so schamlos aufgestockt hat wie die Ihre, muss es jetzt schaffen, die Wohngeldbehörden durch Umschichten und Abordnen von Personal auch wirksam zu unterstützen. Im Übrigen braucht es auch hier eine echte Digitalisierungsoffensive, damit das Geld schneller bei den Menschen ankommt.

Abschließend sei gesagt: Handeln Sie vor allem weitsichtig! Sieben Monate mussten vergehen, bis Sie wieder tätig wurden. Und jetzt sind wir schon längst in der Heizperiode. Nehmen Sie die notwendigen Verbesserungen an Ihrem Gesetzentwurf im Interesse der Menschen vor! Dann sind wir auch gerne bereit, zuzustimmen. Aber zu einem Weiter-so Ihrer unausgegorenen und unzureichenden Krisenpolitik werden wir keinen Beitrag leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Sandra Weeser (FDP), Brian Nickholz (SPD), Anja Liebert (Bündnis 90/Die Grünen) und Martin Diederhoben (SPD).



leicht  
erklärt!

# Das Bürger-Geld

## Ersatz für Hartz 4?



### Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag über einen Gesetz-Vorschlag gesprochen.

Dabei ging es um das Thema: Arbeitslosen-Geld.

Genauer: Das Arbeitslosen-Geld 2 soll durch ein neues Bürger-Geld ersetzt werden.

Im folgenden Text gibt es weitere Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist das Arbeitslosen-Geld 2?
- Was ist das neue Bürger-Geld?
- Welche Meinungen gibt es zum Bürger-Geld?

### Was ist Arbeitslosen-Geld 2?



Wenn in Deutschland jemand keine Arbeit hat, kann er verschiedene Hilfen bekommen.

Das Ziel von diesen Hilfen ist: Menschen ohne Arbeit sollen ihren Alltag bezahlen können.



Eine dieser Hilfen ist das Arbeitslosen-Geld 2.

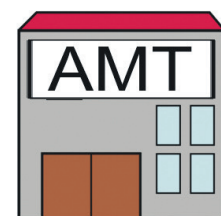
Dabei bekommt die arbeitslose Person Hilfs-Zahlungen vom Staat.

Dafür verpflichtet sie sich, einen neuen Arbeits-Platz zu suchen.

Das Arbeitslosen-Geld 2 kennt man besser unter seinem Spitz-Namen.

Der lautet: Hartz 4.

Wenn im folgenden Text „Arbeitslosen-Geld 2“ steht, ist damit also Hartz 4 gemeint.



Verantwortlich für das Arbeitslosen-Geld 2 ist die Bundes-Agentur für Arbeit.

Meist nennt man sie kurz: Arbeits-Amt.

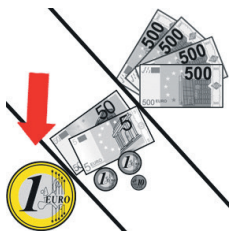
### Kritik am Arbeitslosen-Geld 2



Das Arbeitslosen-Geld 2 gibt es seit dem Jahr 2005.

Seitdem gibt es viel Kritik daran.

Zum Beispiel:



- Das Arbeitslosen-Geld 2 ist zu niedrig.  
Man kann davon nicht richtig leben.
- Die Regeln vom Arbeitslosen-Geld 2 sind zu streng.

Zum Beispiel muss man fast jeden Arbeits-Platz annehmen, der einem angeboten wird.

Und wenn man sich nicht an die Regeln vom Arbeits-Amt hält, bekommt man weniger Geld.

Schon lange gibt es deswegen die Forderung: Das Arbeitslosen-Geld 2 braucht neue Regeln.

### Gesetz-Vorschlag

Auch die Bundes-Regierung ist mit dem Arbeitslosen-Geld 2 nicht zufrieden.

Sie hat deswegen beschlossen: Das Arbeitslosen-Geld 2 soll abgeschafft werden.

Stattdessen soll es ein Bürger-Geld geben.

Das soll die Aufgaben vom Arbeitslosen-Geld 2 übernehmen. Es soll aber vieles anders machen.

Es soll arbeitslose Personen besser unterstützen, eine gute, neue Arbeit zu finden.

Dafür hat die Bundes-Regierung einen Gesetz-Vorschlag gemacht.

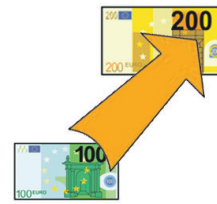
Über den hat der Bundestag letzte Woche gesprochen.



### Regeln für das Bürger-Geld

Im Folgenden werden die wichtigsten Regeln für das Bürger-Geld beschrieben.

Und wie es sich vom Arbeitslosen-Geld 2 unterscheidet.



### Mehr Geld

Das Bürger-Geld soll etwas höher sein als das Arbeitslosen-Geld 2.

Zum Beispiel:

Eine unverheiratete Person bekommt 449 Euro Arbeitslosen-Geld 2.

Beim Bürger-Geld soll sie 502 Euro bekommen.

Für ein Kind zwischen 14 und 17 Jahren bekommt man 376 Euro Arbeitslosen-Geld 2.

Beim Bürger-Geld sollen es 420 Euro sein.

### Bezahlung der Wohnung

Wenn jemand Arbeitslosen-Geld 2 bekommt, dann bekommt er auch die Wohnung bezahlt.

Allerdings darf die Wohnung nicht zu groß sein.  
Und sie darf auch nicht zu viel kosten.

Ist eine Wohnung zu groß oder zu teuer, kann das Arbeits-Amt sagen: Die arbeitslose Person muss bei den Miet-Kosten sparen.

Das kann sie zum Beispiel durch einen Umzug machen.  
Oder sie sucht sich einen Mit-Bewohner.

Schafft sie das nicht, zahlt das Arbeits-Amt nur noch einen Teil der Miete.

Den Rest muss die arbeitslose Person selbst zahlen.



Bisher durfte man höchstens 6 Monate in einer zu großen oder zu teuren Wohnung wohnen.

Beim Bürger-Geld soll das nun mindestens 2 Jahre erlaubt sein.

Das Ziel ist: Arbeitslose Personen sollen sich in diesen 2 Jahren nur um die Arbeits-Suche und Fortbildungen kümmern.

Sie sollen sich keine Sorge um ihre Wohnung machen müssen.



## Mehr eigenes Geld behalten

Arbeitslosen-Geld 2 soll Menschen helfen, die ihren Alltag nicht selbst bezahlen können.

Vielleicht hat eine Person aber eine größere Menge Geld gespart.

Dann muss sie das erst mal ausgeben. Erst dann kann sie Arbeitslosen-Geld 2 bekommen.

Sie muss aber nicht ihr ganzes Geld ausgeben.

Eine bestimmte Summe darf sie behalten.

Diese Summe soll beim Bürger-Geld höher sein als beim Arbeitslosen-Geld 2.

Beim Arbeitslosen-Geld 2 liegt die Summe bei einer einzelnen Person ungefähr zwischen 3-Tausend Euro und 10-Tausend Euro.

Beim Bürger-Geld soll sie in den ersten beiden Jahren 60-Tausend Euro betragen.

Und danach 15-Tausend Euro.



## Weniger Strafen

Bei Arbeitslosen-Geld 2 bekommt man Geld vom Staat.

Dafür verlangt der Staat, dass man bestimmte Dinge tut.

Zum Beispiel:

- Man muss helfen, dass man schnell einen neuen Arbeits-Platz findet.
- Wenn man ein Angebot für einen Arbeits-Platz bekommt, muss man es annehmen.
- Man muss zu Terminen beim Arbeits-Amt erscheinen.

Wenn man all das nicht macht, kann das Arbeits-Amt die Zahlungen kürzen.

Je häufiger man eine der Regeln verletzt, desto weniger Geld kann man bekommen.

Früher hat man im schlimmsten Fall sogar gar kein Geld mehr bekommen.



Beim Bürger-Geld soll es deutlich weniger Strafen geben.

In den ersten 6 Monaten soll es fast gar keine Strafen mehr geben.

Nur in ganz bestimmten Fällen.

Danach kann dann höchstens ein Drittel des Geldes gekürzt werden.

Bei 500 Euro also höchstens 150 Euro.

Es kann also nicht passieren, dass man gar kein Geld mehr bekommt.

## Ausbildung und Fortbildungen wichtiger

Beim Arbeitslosen-Geld 2 gilt die Regel: Arbeitslose Personen sollen möglichst schnell einen Arbeits-Platz bekommen.

Dadurch mussten Leute ohne Ausbildung oft auch schlechte Arbeit annehmen.

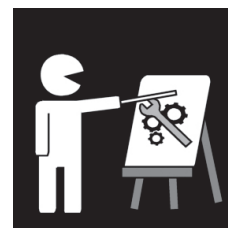
Beim Bürger-Geld sollen Ausbildung und Fortbildung wichtiger werden.

Dass bedeutet: Wer gerade eine Ausbildung oder Fortbildung macht, muss nicht unbedingt einen Arbeits-Platz annehmen.

Er kann seine Ausbildung oder Fortbildung abschließen.

Die Idee ist: Wer eine Ausbildung hat, hat in der Zukunft bessere Chancen auf eine gute Arbeit.

Das ist wichtiger, als schnell eine nicht so gute Arbeit zu finden.



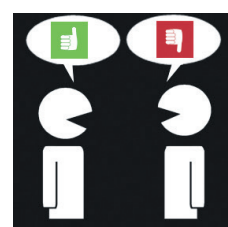
## Meinungen zum Bürger-Geld

Zum Bürger-Geld gibt es verschiedene Meinungen.

Viele Menschen finden es gut, dass das Arbeitslosen-Geld 2 verändert werden soll.

Eine Kritik ist aber, dass sich das Bürger-Geld nicht genug vom Arbeitslosen-Geld 2 unterscheidet.

Die Kritiker sagen: Eigentlich hat sich nur der Name geändert.



Manche Menschen finden es gut, dass es mehr Geld geben soll.

Eine Kritik ist aber, dass das Geld noch immer nicht ausreicht, um den Alltag zu bezahlen.

Gerade jetzt, wo alles teurer wird.

Viele Leute finden auch gut, dass es weniger Strafen geben soll als beim Arbeitslosen-Geld 2.

Es gibt aber auch die Meinung, dass von denen, die das Bürger-Geld bekommen, in Zukunft zu wenig erwartet wird.

Wenn auch der Bundes-Rat zustimmt, wird aus dem Gesetz-Vorschlag ein Gesetz.

Dann kommt das Bürger-Geld im nächsten Jahr.

Und dann gibt es kein Arbeitslosen-Geld 2 mehr.

### Kurz zusammengefasst



Wenn man keine Arbeit hat, kann man in Deutschland Arbeitslosen-Geld 2 bekommen.

Man nennt das auch Hartz 4.

Das ist Geld vom Staat. Damit soll man seinen Alltag bezahlen.

Viele Menschen finden das Arbeitslosen-Geld 2 nicht gut.

Deswegen hat die Bundes-Regierung beschlossen: Arbeitslosen-Geld 2 soll abgeschafft werden.

Stattdessen soll es ein Bürger-Geld geben.

Das soll die Aufgaben vom Arbeitslosen-Geld 2 übernehmen.

Es soll aber andere Regeln haben.

Die Bundes-Regierung hat dafür einen Gesetz-Vorschlag gemacht.

Über den hat der Bundestag letzte Woche zum ersten Mal gesprochen.

### Wie geht es jetzt weiter?



Der Bundestag hat letzte Woche zum ersten Mal über den Gesetz-Vorschlag gesprochen.

Danach wurde der Gesetz-Vorschlag an eine Arbeits-Gruppe mit Fach-Leuten weitergegeben.

Die werden nun weiter darüber sprechen.

Dabei kann sich auch noch etwas am Gesetz-Vorschlag ändern.

Danach wird der Bundestag noch einmal über den Gesetz-Vorschlag sprechen.

Dann werden die Politiker darüber abstimmen.

Wenn sie dem Gesetz-Vorschlag zustimmen, muss noch der Bundes-Rat darüber abstimmen.

Das ist eine Gruppe von Politikern aus den verschiedenen Bundes-Ländern von Deutschland.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)

Kontakt: Bastian Ludwig, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)



Redaktion: Annika Klüh,  
Bastian Ludwig, Victoria Tacker

Titelbild: © picture alliance / SvenSimon / Frank Hoermann/SVEN SIMON. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 42/2022

Die nächste Ausgabe erscheint am 24. Oktober 2022.